KulturRegion FrankfurtRheinMain

Extrablatt

im Geist der Freiheit

175 Jahre Revolution 1848/49

175 JAHRE Deutsche Nationalversammlung Paulskirche Frankfurt

Extrablatt, KulturRegion FrankfurtRheinMain
Mai 1848/2023 Preis: 0,00 fl./€

Im Interview: Gustav Justi und Dr. Heinrich Hoffmann • Seite 3
Alles über unsere Abgeordneten in der Paulskirche • ab Seite 20
Frauen und Revolution • ab Seite 31
Women, Life, Freedom! • Seite 36

Postkarte nach Stich von Carl Jügel, 1848/ HStAD R 4 Nr. 31669/5

Feier vor der Frankfurter Hauptwache zur Eröffnung der Nationalversammlung im Mai 1848

Frühling der Freiheit

Gesellschaft im Aufbruch zwischen Rhein und Main

Ende Februar 1848 erreicht die Nachricht von der Revolution in Frankreich die Menschen in der Region zwischen Main und Rhein. Von da an überschlagen sich auch hier die Ereignisse. Das repressive „System Metternich“, das die deutschen Staaten mehrere Jahrzehnte mit Zensur und politischer Verfolgung überzogen hat, kommt abrupt an sein Ende. Alle können nun ihre Meinung frei äußern und öffentlich über Politik diskutieren. Und das tun die Menschen ausgiebig — in Wirtshäusern, auf den Straßen und zu Hause am Küchentisch. Ihre Informationen beziehen sie aus Zeitungen, die seit Anfang März 1848 wie Pilze aus dem Boden schießen.

Allein in Frankfurt erscheinen im Revolutionsjahr 17 verschiedene Blätter, in Hessen-Darmstadt sind es gar 38. Häufig werden die Zeitungen gemeinsam gelesen, ob bei Vereinstreffen, in Lesehallen oder gleich mitten auf der Straße. Vor allem in den ersten Revolutionstagen kommt es in Städten und Dörfern regelmäßig zu Volksaufläufen, bei denen die neuesten Nachrichten öffentlich verlesen werden.

Doch nicht nur informieren möchten sich die Menschen — sie wollen auch mitreden. In Wiesbaden versammeln sich am 4. März mehr als 30.000 Demonstrierende aus dem gesamten Umland und fordern Freiheitsrechte und politische Reformen. In Hanau werden sogar Barrikaden errichtet und ein Volkskomitee stellt dem Kurfürsten ein Ultimatum. In beiden Fällen mit Erfolg. Nur wenige Wochen später, im Mai 1848, dürfen viele Menschen erstmals in ihrem Leben wählen. Bei der Wahl zur Nationalversammlung, dem ersten gesamtdeutschen Parlament, können immerhin zwischen 75 und 80 Prozent der erwachsenen Männer ihre Stimme abgeben. Eine große Bevölkerungsgruppe bleibt aber vom Wahlrecht ausgeschlossen: die Frauen. Was nicht bedeutet, dass Frauen sich 1848 nicht für Politik interessieren. Erste Frauenvereine mit politischer Ausrichtung entstehen ebenso wie Zeitungen und Zeitschriften. Die speziell für sie eingerichtete Besuchergalerie in der Paulskirche ist immer gut besucht. Dennoch sollte es bis zum Frauenwahlrecht noch bis 1919 dauern.

Hotspot der Revolution

Die Region zwischen Rhein und Main ist nicht nur wegen der Nationalversammlung in Frankfurt ein Hotspot der Revolution. Die freiheitlich-demokratischen Errungenschaften des Frühjahrs 1848 können allerdings nicht verhindern, dass sich die revolutionäre Bewegung schon bald in verschiedene Richtungen aufspaltet: Während radikale Republikaner die Revolution bis zum Sturz der Monarchen fortsetzen wollen und nicht nur auf politische Reformen, sondern auch auf soziale Veränderungen drängen, geben sich bürgerliche Liberale mit dem Erreichten weitgehend zufrieden und wollen Ruhe und Ordnung wiederherstellen. Ein Konflikt, der gelegentlich sogar gewaltsam ausgetragen wird wie im Frankfurter Septemberaufstand. Und ein Konflikt, der das Erstarken der alten Mächte begünstigt, die ein Jahr später wieder die Oberhand gewinnen. Doch die Erinnerung an 1848/49 macht auch Hoffnung. Denn vieles von dem, wofür die Menschen damals gestritten haben, ist inzwischen Wirklichkeit. Im Dezember 1848 beschließt das Parlament in der Paulskirche die „Grundrechte des Deutschen Volkes“. Ein Großteil dieser individuellen und staatsbürgerlichen Rechte findet ihren Weg durch die Geschichte bis in unser Grundgesetz. Was zeigt: Veränderung ist möglich. Aber genau wie vor 175 Jahren sind Freiheitsrechte und Demokratie auch heute nicht selbstverständlich. Es gilt, sie zu schützen und zu bewahren, aber gleichzeitig auch neuen Gegebenheiten anzupassen.

Torsten Weigelt, Redakteur „Extrablatt“

Freiheit, du mein Losungswort

Freiheit, du mein Losungswort,
Vollen Drangs und Schalles!
Deutschland, du mein Heimatport,
Du mein Schwert, mein letzter Hort!
Ihr mein Ein', mein alles!
Rasch die Banner aufgerollt!
Grüß' dich Gott, mein Schwarz-Roth-Gold!
Grüß' dich Gott von Herzen! [...]

Gottes Odem, du Orkan,
Unter Schlag und Blitzen!
Geist von Gott, du rauschst heran,
Rührst des Volkes Stirnen an
Mit den Flügelspitzen.
Bist, mein Volk, von Gott geweiht,
Für die Freiheit benedeit,
Denn das Volk ist heilig!

Unsre Freiheit, rein und ächt,
Muß uns wieder werden!
Und das menschliche Geschlecht
Hat ein unverjährtes Recht
Auf ein Glück auf Erden.
Frei geboren sind wir, frei!
Gott will keine Sklaverei!
Denn das Volk ist heilig! [...]

Friedrich Stoltze, März 1848

Revolution gestern und heute

Die Revolution von 1848/49 gilt als Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte und als wichtige Etappe auf dem Weg der Nationalstaatswerdung. Sie wird meist als eine gesamtdeutsche Geschichte erzählt, dabei war sie nicht nur ein deutsches und europäisches Phänomen, sondern auch ein regionales. Die zentralen Ereignisse, etwa in Frankfurt, verbanden sich mit einer in besonderer Weise bewegten Region, geprägt von den freiheitlichen Bestrebungen im Vormärz. Vom Rheingau bis zum Spessart, vom Taunus bis in den Odenwald, überall in unserer heutigen Metropolregion waren Menschen in Aufruhr und begehrten Freiheitsrechte auf allen Ebenen.

Die polyzentrische Struktur der Region, bestehend aus sechs Einzelstaaten, beförderte den Austausch von Ideen. Protagonistinnen und Protagonisten, Vereinigungen und lokale Ereignisse befeuerten sich gegenseitig.

175 Jahre später leben wir erneut in revolutionären Zeiten. Pandemie, Klimakrise und Künstliche Intelligenz wirken sich in kürzester Zeit drastisch auf unsere Gesellschaft aus. Weltweit treten soziale und politische Bewegungen für die Rechte von Minderheiten, für soziale Gerechtigkeit und für Veränderungen in der Politik ein, allen voran die Menschen im Iran.

Wir schreiben mit!

„Geist der Freiheit“ in der KulturRegion FrankfurtRheinMain hat anlässlich des Revolutionsjubiläums zum Mitschreiben aufgerufen. Alle soll es angehen, kein Ort, an dem im Mai 1848 nicht auch das erste Mal für ein gesamtdeutsches Parlament gewählt wurde. Keine Gegend in Stadt und Land, in der nicht die endlich erlangte Presse- und Versammlungsfreiheit für rege Debatten und Informationsaustausch sorgten.

In Rückgriff auf das Medium der Stunde — die gedruckte Zeitung — waren Akteur*innen aus verschiedensten Bereichen in der ganzen Region eingeladen, eine Jubiläumszeitung mitzugestalten. Erzählt werden lokale Geschichten aus den Revolutionsjahren. Dabei gerät neben den „großen“ Ereignissen auch scheinbar Nebensächliches in den Blick und bildet den Hintergrund für das revolutionäre Geschehen.

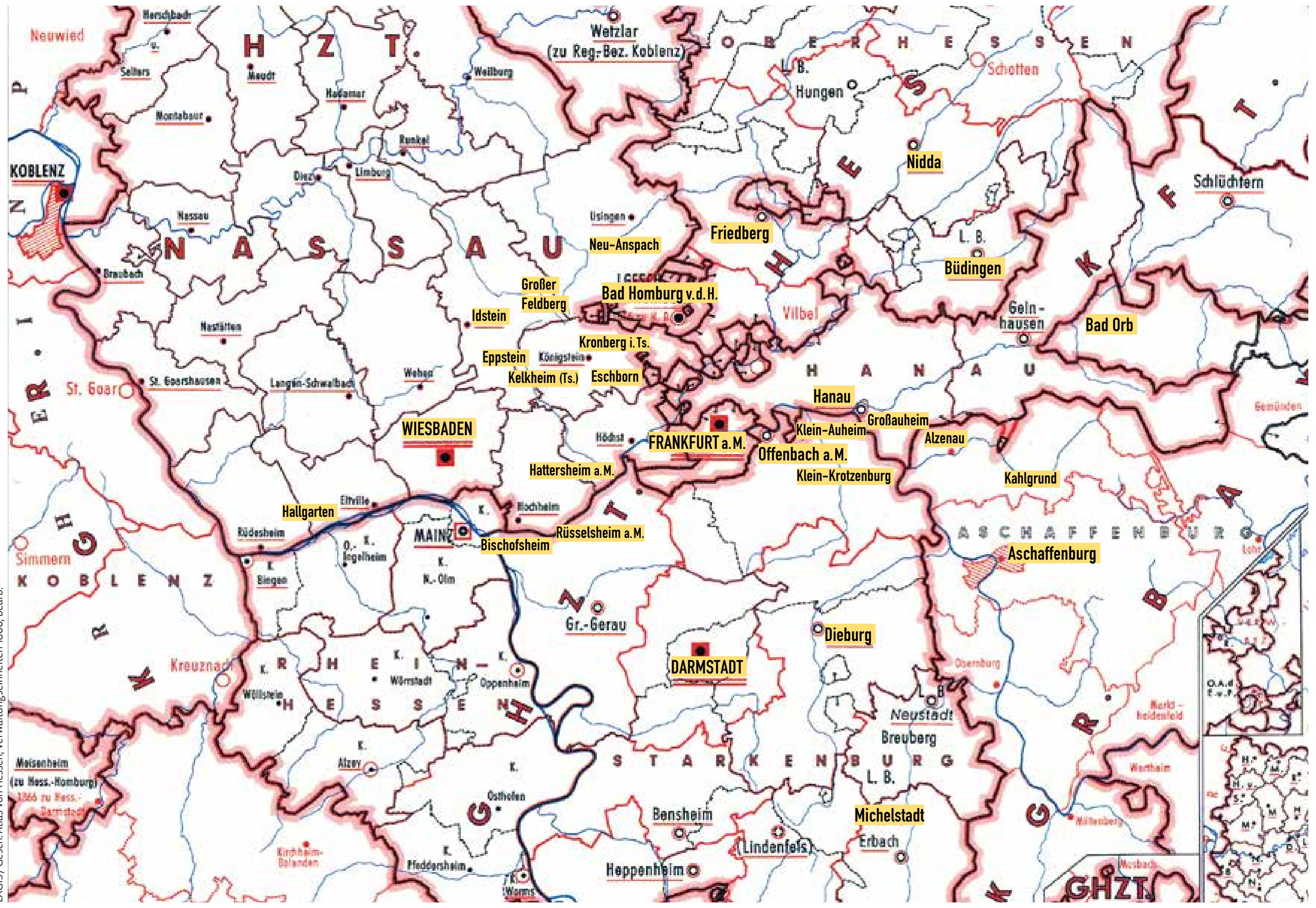
Die Beiträge nehmen wechselnde Perspektiven ein. Aus der Sicht der damaligen Zeitgenossen erzählt, nichtsahnend vom Scheitern der Revolution, spüren sie den Möglichkeitsräumen nach. Aus der Gegenwart kommentierend, stellen sich Fragen nach der Bedeutung von 1848/49 für unsere Demokratie heute. Aufgerufen war auch zu einem künstlerisch-kreativen Umgang auf der Grundlage historischer Fakten. So entstanden fiktive Text- und Bildformate wie Interviews mit Zeitgenossen, eine Zeitreise, Briefe sowie eine Graphic Novel und Collagen.

Unter den zahlreichen Mitwirkenden sind Archive, Museen, Geschichts- und Kulturvereine, Schulklassen, Kommunen, Kreise sowie freie Autor*innen und Fotograf*innen. Bei allen, die zum Entstehen des „Extrablatts“ beigetragen haben, bedanken wir uns herzlich für die Recherchen, Texte, Bilder und nicht zuletzt für die vielen guten Gedanken! Allen Leser*innen wünschen wir eine spannende Lektüre!

Magdalena Zeller, Projektleiterin „Geist der Freiheit“

Inhaltsverzeichnis

Meinung	2
März 1848	5
Großherzogtum Hessen-Darmstadt	8
Herzogtum Nassau	11
Freie Stadt Frankfurt	15
Königreich Bayern	16
Kurfürstentum Hessen	18
Turnen	19
Nationalversammlung	20
Grundrechte	24
Wendepunkte	26
Frauen und Revolution	31
Wirtschaft	34
Aufgespießtes	35
Revolution gestern und heute	36
Impressum	36



LAGIS / Gesch. Atlas von Hessen, Verwaltungseinheiten 1866, bearb.

Nassau, Hessen-Darmstadt, Hessen-Homburg, Frankfurt sowie Teile des Kurfürstentums Hessen und Bayerns bildeten die heutige Rhein-Main-Region.

Vom Vorparlament zur Paulskirche Deutschland feiert seinen „deutschen Mai“

Nach bisherigem Kenntnisstand beteiligte sich die Darmstädter Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Luise Büchner im Gegensatz zu ihren jüngeren Brüdern, Ludwig und Alexander, nicht aktiv an den Revolutionen von 1848. Dass sie die Ereignisse aufmerksam verfolgte, zeigt jedoch ihr Buch *Deutsche Geschichte von 1815 bis 1870*. Im 16. Kapitel schildert Luise Büchner detailreich die Debatten in der Frankfurter Paulskirche.

Gearbeitet wurde so gut wie nichts mehr in diesem Sommer von 1848 — die Studenten exerzierten mit ihren Professoren um die Wette und in den nun wieder überall neu erstandenen Turn-Vereinen, in denen der Bürger und Handwerker vornehmlich vertreten war, sah man den Turnplatz häufiger benutzt als die Werkstatt. Überall bildeten sich Gesellschaften für Hebung und Förderung der Volksbildung, die Mädchen und Frauen wanden Kränze und stickten Fahnen für die verschiedenen Korporationen — die Turner, Volks- und Bürgerwehren, die dann bei passenden Gelegenheiten feierlichst überreicht wurden, und eine Reihe der verschiedenartigsten Festlichkeiten nach sich zogen. Volks- und Bürgerversammlungen gab es jeden Tag und zu jeder Stunde und am Abend verlängerten sie sich zu endlosen nächtlichen Sitzungen in den Bierhäusern und öffentlichen Lokalen, aus denen die Männer kaum noch herauskamen.

In solcher Weise feierte Deutschland seine Auferstehung, seinen „deutschen Mai", fast den ganzen Sommer von 1848 über, und unter dieser bunten Freudendecke webte still und leise die Reaktion ihre alten Fäden wieder ineinander. Das alte System erholte sich allgemach von seinem Todesschreck, es schmiedete neue Pläne, wie man der so arglos schwärmenden Nation wieder ihre Fesseln anlegen könne.

Die vorbereiteten Ereignisse nahmen unterdessen auch ihren Fortgang und noch einmal kehrte die erste unentweihte Begeisterung in die Herzen zurück, erreichte der Jubel seinen ersten Höhepunkt, als am 18. Mai das erste deutsche Parlament in Frankfurt eröffnet wurde. Freudenfeuer auf allen Bergen, soweit die deutschen Gaue reichten, verkündeten es der Welt, dass sich nun die Revolution auf den gesetzlichen Boden gestellt habe, dass sie als beendigt betrachtet werden könne, und man sich anschicke ihre Früchte zu genießen.

Leider hatte […] der Fünfziger-Ausschuß, der die Wahlen hätte ausschreiben und leiten müssen, dieses wie auch die allgemeine Wahlart den einzelnen Regierungen überlassen. Es wurde folglich nach sehr verschiedenen Bestimmungen gewählt, doch konnte man diese im Ganzen als freisinnig bezeichnen, namentlich war dies jene Bestimmung, der zu Folge das dreißigste Lebensjahr jeden unbescholtenen Deutschen wahlfähig machte. […]

Uwe Schmolke

Luise Büchner (1821–1877), Denkmal in Darmstadt

Viele mittelmäßige Geister

Dass sich unter den Gewählten auch viele untergeordnete und mittelmäßige Geister befanden, ließ sich nicht vermeiden, nichts destoweniger war es eine glänzende Versammlung, in der sich eine Fülle von Talent, Gelehrsamkeit und Geist vertreten fand, die nun in Frankfurt zusammentrat, und der alten Krönungsstadt eine glänzende Zeit des Ruhmes und der Bedeutung verlieh. Das Parlament war zugleich ein Magnet, der aus den entferntesten Theilen Deutschlands, ja aus halb Europa, in diesem Sommer alles dorthin zog, was durch Bildung, Intelligenz oder sonstige hervorragende Eigenschaften glänzte. Aber auch die große Menge fehlte nicht. Wem es irgend möglich war gen Frankfurt zu ziehen, vornehm oder gering, Mann oder Frau, der unterließ es gewiss nicht. Jeder strebte darnach, nur einmal sein Auge und sein Herz am Anblick der deutschen Männer erfreuen zu dürfen, die da zur ernsten Beratung über die Zukunft des Vaterlandes versammelt waren; nur einmal wollte man den Reden lauschen, die allgewaltig von beiden Seiten aufeinander platzten, und in denen sich alles aussprach, was der deutsche Patriot seit so vielen Jahren hatte mühsam in sich unterdrücken müssen, wo aber auch ebenso die Anhänger des Alten in zahlreicher Vertretung nichts unterließen, um die Streiche der Fortschrittsparteien zu parieren und von der vergangenen Zeit noch so viel zu retten, als zu retten war.

Impuls: Agnes Schmidt,
Luise Büchner-Gesellschaft e. V., Darmstadt

Freiheit und Möglichkeiten

1848/49 und die Lage im Iran

Seit September 2022 protestieren Iraner*-innen für die Freiheit aller iranischen Frauen. Auslöser dafür war die Tötung Mahsa Aminis, welche nur aufgrund des „falschen“ Tragens ihres Hijabs von der Sittenpolizei ermordet wurde. Die Reaktionen der Regierung erstrecken sich von Gewalt gegen Protestierende über Verhaftungen bis hin zu Todesstrafen.

Auch im Jahr 1848 gab es Demonstrationen und Proteste. Die Menschen forderten Einheit, Freiheit und eine Verfassung. Presse- und Meinungsfreiheit wurden in dieser Zeit durch die Zensur stark eingeschränkt.

Im Iran existiert auch nahezu keine Pressefreiheit, das heißt , man kann und darf seine Meinung nicht öffentlich äußern. Im Unterschied zum Jahr 1848 liegt der Fokus hier hauptsächlich auf den eingeschränkten persönlichen Freiheiten, insbesondere die der Frau. Im Iran ist die Frau dem Mann untergeordnet und gesetzlich sowie gesellschaftlich nicht annähernd gleichberechtigt. Die Proteste im Jahr 1848 waren mit die ersten, an denen Frauen (wenn auch nicht offiziell) beteiligt waren. Damals haben sie zwar weniger für Frauenrechte gekämpft, so wie heute im Iran, haben sich aber trotzdem für ihre Überzeugungen und Träume eingesetzt.

Protest der Jugend

Im Iran haben sich in den vergangenen Jahrzehnten schon öfter Frauen auf die Straße getraut um zu protestieren, nur dieses Mal haben sie die ganze Welt damit erreicht. Vor allen Dingen auf Social-Media-Plattformen, insbesondere auf Instagram und TikTok, sind viele Videos und Bilder von den Protesten viral gegangen, sodass auch jüngere Menschen davon mitbekommen haben. Diese haben es sich zur Aufgabe gemacht, durch das Teilen der Videos und Bilder ein Zeichen zu setzen und ihre Anteilnahme und Unterstützung gegenüber den iranischen Frauen zu zeigen. Auch im Jahr 1848 haben sich zum Großteil jüngere Menschen (Burschenschaften) zusammengefunden, um für ihre Rechte und Forderungen einzustehen.

> *Auch 1848 protestierten zum Großteil jüngere Menschen.*

1848 wie aktuell im Iran kann man beobachten, wie auf zunächst friedliche Demonstrationen die Reaktion der Regierungen ausgeartet ist. 1848 versuchten die Menschen größtenteils gewaltfrei auf die Regierungen zuzugehen. Einige Fürsten ließen jedoch auf die Bevölkerung schießen, es kam zu Barrikadenkämpfen, die sich über mehrere Tage hin erstreckten.

Im Iran werden andauernd friedliche Protestant*innen festgenommen und gefoltert oder getötet. Die Situation im Iran ist der der Revolution im Jahr 1848/49 sehr ähnlich und man kann viele Parallelen ziehen. Auch auf emotionaler Ebene kommt die Lage im Iran der des Revolutionsjahres sehr nahe, da sich die Meinungen im Iran sehr spalten und es zu vielen Spannungen innerhalb des Landes kommt. Die Situation ist wie ein Pulverfass, das nur darauf wartet zu explodieren. Wir alle können nur hoffen, dass die Forderungen so gewaltfrei wie möglich, und anders als vor 175 Jahren auch erfolgreich durchgesetzt werden können und es zu einem friedlichen Ende kommt.

Phoebe Herzer und Ina Schneiker, Q2,
Immanuel-Kant-Schule Rüsselsheim a. M.

Exklusiv-Interview zum Paulskirchen-Jubiläum

Dr. Heinrich Hoffmann — Arzt, Kinderbuchautor, Kommentator

Wir treffen Dr. Hoffmann zum Interview in der Cloud. Dr. Hoffmann sitzt mit übereinandergeschlagenen Beinen auf seiner Wolke und zündet sich eine Zigarre an. Lässig nippt er an einem Glas Rotwein.

Paradiesisch. Warum sollte ich diese alten Laster hier oben aufgeben? Einem guten Tropfen war ich nie abhold. Ich war ja auch der erste Arzt, der in Frankfurt auf dem Weg zur Praxis Zigarre rauchte.

Herr Doktor, sicher ist Ihnen von hier oben nicht entgangen, dass sich in diesem Jahr das Paulskirchen-Parlament zum 175. Mal jährt. Wie schätzen Sie aus dieser himmlischen Distanz diese Zeit ein, die sich für Deutschland als so wichtig erweisen sollte?

Das Jahr 1848 sollte für die deutschen Staaten und Europa der Beginn weitreichender Veränderungen, tiefer Erregung und ebenso großer Enttäuschungen werden.

Sie hatten sich damals doch auch politisch engagiert.

Meine Tätigkeit in der Werkstätte freistädtischer Politik war aber nur auf wenige Jahre beschränkt. Ich machte das Jahr 1848 noch in freudiger Begeisterung mit. Als wir aber dann in lächerlicher Karikatur in unserem Pfahlbürgertum die große staatliche Krise nachäffen wollten und in der sogenannten „Frankfurter konstituierenden Versammlung“ Frankfurter Menschenrechte auf ultrademokratischer Basis beraten und ins Leben führen wollten, hatte ich die Geschichte satt und legte meine Stelle nieder. Ich sagte: „Die Zahl der Regierer ist so groß, die der Regierten so verschwindend klein, dass ich es für einen Verdienst erachten muss, die Zahl der letzteren zu vergrößern. Ich will nunmehr mich regieren lassen!“ Ich blieb dabei bis zu meinem Lebensende und habe mir dadurch viel Ärger erspart.

Im März 1848 klangen Sie da noch ganz anders.

Als wir am 28. Februar bei einer Abendgesellschaft im Hause Brentano die Nachricht vom Ausbruch der Revolution in Paris erhielten, wollten viele es nicht glauben. Aber am nächsten Morgen! Wie sahen da die Gesichter unserer Bankiers, Rentner, Makler und anderer blass und lang aus! Es war wahr, und jeder fühlte den Sturm heranbrausen, der über ganz Europa hinwegfegen sollte.

Ich schrieb voll Begeisterung, es muss der 18. März gewesen sein, eine Hymne auf die Freiheit. „Horch auf, mein Volk!“ hieß sie, und mein Freund, der Komponist Wilhelm Speyer vertonte sie. Geschrieben hab ich’s mit voll klopfenden Pulsen, die Feder in mein Herzblut getaucht. Die Hymne war ein großer Erfolg und wurde seinerzeit häufig von Männerchören aufgeführt, nicht nur in Frankfurt. Übrigens habe ich mich vom 28. Februar 1848 an nicht mehr rasiert und behauptete stolz, das sei eine der Errungenschaften, die man von dem Revolutionsjahr für die Folge gerettet habe. *(Streicht sich schmunzelnd über seinen langen Bart.)*

Sie waren mit Friedrich Hecker, einem der radikalsten republikanischen Köpfe der Revolution, seit Studienzeiten befreundet. Dabei war doch Ihr erklärtes politisches Ziel nicht die Republik, sondern die konstitutionelle Monarchie. Wie ging das zusammen?

Ich kannte den Fritz aus Heidelberg. Er studierte damals Jura, ich Medizin. Im März 1848 gehörte ich einem Komitee an, das für die Vorbereitung des Vorparlaments zuständig war. Wir sollten alle einen Abgeordneten zu Hause aufnehmen. Ich wollte einen alten Freund beherbergen, nicht etwa einen malkontenten Schulmeister aus dem Vogelsberg. Also schrieb ich an Hecker, der mir freundlich zusagte. Ich schrieb ihm mahnende Worte und bat um Mäßigung. Er war dann auch nicht oft bei uns zu Hause, sondern übernachtete bei seinen Meinungsgenossen. Ich geriet häufig mit ihm und gegen seine republikanischen Utopien in aufgeregte Diskussionen; meine Frau behauptete immer, ich sei der erregteste. Und als dann das Vorparlament schloss, verabschiedete sich Hecker von mir mit den Worten: „Stürzen wir uns mutig in die Wogen der Revolution!“ — „Und ersaufen wir darin!“, erwiderte ich.

Wie erlebten Sie selbst die Zeit als Vorparlamentarier?

Ich gehörte dem Vorparlament als einer der zehn von dem städtischen gesetzgebenden Körper gewählten Mitglieder an. Meine Erinnerungen an jene Tage sind ziemlich konfus. Was für eine schöne rauschhafte Zeit: der Einzug in die Paulskirche, der Schmuck der Straßen, die friedlich begeisterte Menge, die sich jubelnd und drängend durch die Straßen bewegte. Ich erinnere mich an einen Streit an der Brücke, als zwei Burschen eine Schlägerei anfingen. Das empörte die Umgebung. „Was ist das?“, hieß es, „ist das die deutsche Einheit? Wollt ihr aufhören! Wollt ihr euch gleich umarmen!“ Und dann prügelte das Publikum die beiden Feinde durch; die umarmten sich, und alles zog versöhnt weiter.

Dem Paulskirchen-Parlament gehörten Sie dann nicht mehr als Abgeordneter an.

Nur von der Galerie erlebte ich die Sitzungen mit. Das Intrigenspiel begann. Die beste Zeit wurde mit doktrinären Debatten über die Volksrechte verbraucht; es wurde leeres Stroh gedroschen — und doch auch nicht vergebens, denn auch hier wurde nur die Saat gesät, die im Jahre 1866 und namentlich 1870 mächtig aufgehen sollte.

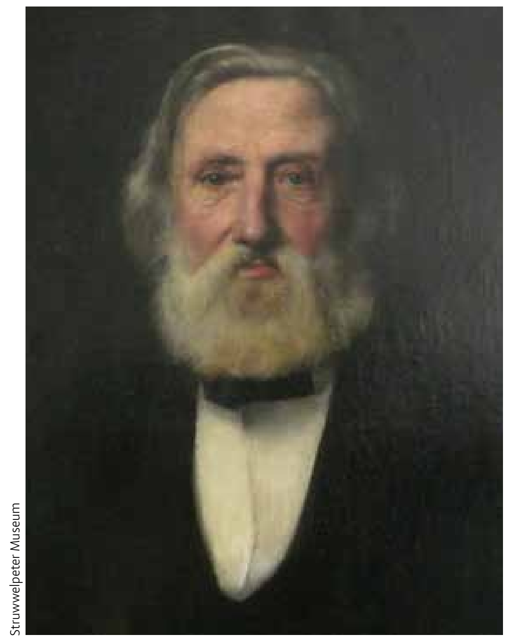
In der Zeit zwischen Vorparlament und Parlament gründete ich den Bürgerverein mit. Ich habe mich immer gerne als Netzwerker, wie Sie heute da unten sagen, betätigt. Ich wollte damit einen außerparlamentarischen Ort für Diskussionen und Belehrungen in Frankfurt schaffen. Hier sollten Gelehrte, Kaufleute und Handwerker Aufnahme finden ohne Unterschied der Konfession. Bei uns sollten auch jüdische Frankfurter mitmachen können, selbstverständlich war das damals nicht. Ich wollte für Ausgleich und Gespräche zwischen den Parteien sorgen. Das wurde nun freilich gar nicht erreicht; denn bald nach der Gründung des Bürgervereins trat der demokratisch-republikanische Teil aus.

Wie kamen Sie auf die Idee, Ihren Struwwelpeter als erwachsenen Professor der Wühlerei auftreten zu lassen? Der war ja damals kaum vier Jahre alt.

Niemand war über das blitzähnliche Einschlagen der bunten Geschichten mehr überrascht als ich. Da habe ich mit den rebellischen Figuren wohl einen Nerv der Zeit getroffen. Jeder kannte das Buch! Schon Ende 1847 war in den „Fliegenden Blättern" eine Satire gedruckt worden, die meinen ungekämmten Jungen als Radikalen enttarnte. Das konnte ich auch! Ich hatte mich im Frühsommer 1848 mächtig geärgert über die linken Republikaner mit ihren wilden Bärten und Heckerhüten. Wühler nannten wir diese Leute, die in den Frankfurter Wein- und Bierhäusern dem Alkohol kräftig zusprachen. *(Erhebt prostend das Glas Rotwein.)*

> *Mit den rebellischen Figuren habe ich einen Nerv der Zeit getroffen.*

Also schrieb ich als Peter Struwwel ein satirisches Benimmbuch, das „Handbüchlein für Wühler“. Als mir nun einst Gutzkow erzählte, wie es namentlich in Sachsen von der reaktionären Partei mit Anerkennung gelesen werde, so schrieb ich im nächsten Jahr, gewissermaßen zur unparteiischen Entschädigung und als Gegenstück den „Heulerspiegel“. Heuler hießen damals die reaktionären Konservativen, die genauso opportunistisch waren wie die Wühler.



Struwwelpeter Museum

Heinrich Hoffmann (1809–1894)

Im „Heulerspiegel“, der ja im Frühjahr 1849 erschien, als die Restauration schon wieder fest im Sattel saß, klingen Sie sehr pessimistisch.

Ja, ich war doch sehr enttäuscht. So schrieb ich damals: „Das Jammervolle der Gegenwart liegt nicht in dem, was wir verlieren, sondern in der Ungewissheit, ob wir verlieren oder gewinnen. Dies ewige haltlose Schwanken zwischen Zuversicht und Trostlosigkeit macht mürbe.

Drei Dinge sind es, die alles verderben und vergiften, die Gleichgültigkeit, die Feigheit und die Lüge. Die Menschen sind feig aus Liebe zum Besitz, und aus Liebe zum Besitz heucheln und lügen sie in allen Parteien. Es ist eine Komödie; eine Komödie, gespielt auf einer Riesenbühne von Zwergenpuppen! Der Humor allein hat ein Recht an diesen Marionetten. Es müsste der Humor eines Gottes oder eines Teufels sein, der in ein unmenschliches Gelächter ausbräche, so dass diese ganze Narrenkugel ‚Erde‘ auseinanderflöge, gleich einer Seifenblase, die ein spielender Knabe zerschlägt.“

Beurteilen Sie selbst, ob das auch für Ihre Zeit noch gilt. Immerhin dreht sie sich seitdem schon 175 Jahre munter weiter, die alte Narrenkugel. *(Lacht und bläst eine Wolke Zigarrenrauch ins Blaue.)*

Herr Dr. Hoffmann, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Beate Zekorn-von Bebenburg,
Struwwelpeter Museum, Frankfurt a. M.

Endlich herrscht Pressefreiheit!

Es gibt keine staatliche Zensur und keine staatlichen Zensoren mehr, weder für das gedruckte Wort noch für das Bild! Jeder darf fortan ohne Angst vor Verfolgung, Berufs- oder Ehrverlust seine Meinung völlig frei und ohne jedwede Einschränkung äußern! Dabei wird die Karikatur nicht nur eine Waffe im inneren Streite der parlamentarischen Parteien sein; sie wird auch besser als Zeitblätter, Flugschriften und Maueranschläge das Verständnis der Personen und der Dinge zwischen der Paulskirche und dem Publikum vermitteln können. An den Ständen vor der Paulskirche kann diese Blätter bereits jedermann für wenige Kreuzer erwerben!

Auch der Offenbacher Verlag von Salomon Stern bietet hier seine Karikaturen feil. Diese sind gezeichnet von Leopold Nickelsberg, gefertigt in lithographischer Technik, die ja in Offenbach am Main erstmals kommerziell angewandt worden ist. Rasch und ohne Umstand kann auf diese Weise jedes politische Tagesereignis kommentiert werden.

Die Karikatur lebt!

Die Karikatur dient dabei als Warnungszeichen, als nacheilende Strafe; und indem sie eine heitere Anschauung des parlamentarischen Lebens gibt, beweist sie umso mehr dessen ernste Bedeutung! Solange die Nationalversammlung im Gefühl ihrer Kraft für die deutsche Einigkeit, für Recht und Freiheit wirkt, solange wird die Karikatur leben. Wenn jene hinzusiechen beginnt, wird diese im Nu ersterben!

Dr. Jürgen Eichenauer (je),
Haus der Stadtgeschichte, Offenbach a. M.

Haus der Stadtgeschichte, Offenbach a. M.

Die Karikatur „Der Demokratenfresser“ aus dem Verlag Salomon Stern von 1848 fand von Offenbach aus weite Verbreitung. Sie zeigt den Abgeordneten Friedrich Ludwig Jahn, auch als Turnvater Jahn bekannt, am Rednerpult in der Paulskirche. Er ist als turnender Esel an einer Reckstange dargestellt, das Plenum johlt. Jahn enttäuschte im Parlament durch seine reaktionäre Haltung und wurde als „Demokratenfresser“ verspottet.

Stoltze-Museum der Frankfurter Sparkasse / Uwe Dettmar

Blick in das Stoltze-Museum der Frankfurter Sparkasse

Freiheitskämpfer und kritischer Beobachter

Friedrich Stoltze erlebt als einfacher Frankfurter Bürger die Nationalversammlung in der Paulskirche vor seiner Haustür. Als Redakteur und Verleger setzt er sich für Demokratie und Freiheit ein.

In seinem Elternhaus, dem Gasthof „Zum Rebstock“, kommt Stoltze (1816–1891) schon früh mit den Forderungen nach Bürger- und Menschenrechten, politischer Mitbestimmung, nationaler Einheit der deutschen Länder und der Abschaffung der Monarchien zugunsten einer Republik in Berührung. Gemeinsam mit seinem Vater nimmt Friedrich als Jugendlicher 1832 am Hambacher Fest teil. Insbesondere Ludwig Börne beeindruckt ihn als Redner dauerhaft und wird zu seinem literarischen Vorbild. In autobiografisch geprägten Werken und Jugenderinnerungen wie „Der rothe Schornsteinfeger“ oder „Polen und Studenten“ hat Stoltze die Zeit des Vormärz eingefangen.
1848 veröffentlicht er im Selbstverlag ein dünnes Heftchen mit Freiheitsgedichten, in denen er seine Sehnsucht nach individueller Freiheit der Menschen, aber auch nach einem geeinten, starken und wehrhaften Deutschland zum Ausdruck bringt. Zusammen mit dem Zeichner Ernst Schalck (1827–1865) schließt sich der junge Autor kurz vor dem endgültigen Scheitern der Nationalversammlung Freischärlern in der Pfalz an. Ihre Erlebnisse veröffentlichen die beiden Freunde 1849 in den „Skizzen aus der Pfalz“. In seinen ab 1852 erschienenen 44 humoristischen „Krebbelzeitungen“ greift Stoltze erstmals vereinzelt auch gesellschaftskritische und politische Themen seiner Zeit auf.

„Frankfurter Latern“ als Sprachrohr

Die 1860 gegründete „Frankfurter Latern“ ist als satirisches Wochenblatt von Anfang an Sprachrohr Friedrich Stoltzes. In seinem programmatischen Gedicht „Es werde Licht“ lässt er keinen Zweifel daran, dass er Heuchlern und Speichelleckern heimleuchten, aber die Verteidiger von Menschenwürde, Freiheit und Vaterlandsliebe als Vorbilder erstrahlen lassen wird.
In seiner Satirezeitschrift erinnert Friedrich Stoltze über fast 30 Jahre hinweg immer wieder an die Ereignisse der Jahre 1848/49, in denen die Erfüllung seiner Träume so nahe schien, aber am Ende nur ein sitzengebliebener Aufstand übrigbleibt. Im Rückblick lässt der Satiriker die Entwicklung und das Scheitern der Nationalversammlung aus seiner persönlichen Sicht Revue passieren. Aus der Aufbruchstimmung, dem Lenz, von dem Stoltze anfangs spricht, wird Enttäuschung und Rückschritt, auf eine kurze Episode der Pressefreiheit folgt wieder die Zensur.

Petra Breitkreuz,
Stoltze-Museum, Frankfurt a. M.

Klingspor Museum

Zum Thema „Demokratie und Freiheit“ erarbeiteten Praktikantinnen und Ferienreporter*innen im Klingspor Museum Offenbach im Frühjahr 2023 Collagen auf der Grundlage von Zeitungen und Zeitschriften. Das „Extrablatt“ veröffentlicht einige der Arbeiten sowie Ausschnitte daraus. Siehe auch die Seiten 11 und 27.

1848/49 — was wäre wenn …?

In einem Kurzfilm haben wir uns die Frage gestellt, was passiert wäre, wenn die deutsche Revolution von 1848 nicht gescheitert wäre. Da man bis heute die Spuren der Revolution in unserem politischen und gesellschaftlichen System erkennen kann, ist dies eine sehr interessante Frage. Wir nehmen Euch mit in die Frankfurter Paulskirche, in Kriege, Entscheidungssituationen und wichtige Schlüsselpunkte der europäischen Geschichte, bis wir schlussendlich in der Gegenwart ankommen …

Flynn Stratmann und Philipp Schmidt, Q2,
Immanuel-Kant-Schule Rüsselsheim a. M.

Preußenkönig lehnt Kaiserkrone ab
Ist die Revolution gescheitert?

Die am 28. März 1849 von der Nationalversammlung in der Paulskirche verabschiedete Verfassung sah die Einführung einer konstitutionellen Monarchie mit erblichem Kaiser an der Spitze vor. Am 3. April 1849 trugen Abgeordnete dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone an, doch dieser lehnte ab.

Seinem Freund Freiherr von Bunsen schrieb Friedrich Wilhelm in einem Brief, dass er sinngemäß keine „Krone aus Dreck“ akzeptieren könne. Er erkannte zwar die Repräsentation des Volkes als wichtigste Aufgabe an, aber seine Einsetzung als Kaiser konnte aus seiner Sicht nicht von den Vertretern der Paulskirche ausgehen. Als Herrscher „von Gottes Gnaden“ wollte er die Krone nicht vom Volk verliehen bekommen.
Doch ist die Revolution von 1848/49 damit wirklich gescheitert? Oder kann man davon ausgehen, dass sie als das Fundament unserer heutigen Verfassung dient? Dazu sollte man die Entwicklungen seit 1815 miteinbeziehen. Der Wiener Kongress beschloss die Gründung des Deutschen Bundes, die Restauration der vorrevolutionären Herrschaftssysteme und erklärte unter dem Einfluss Metternichs Liberalismus und Nationalismus zu staatsgefährdenden Ideen. 1819 wurden die Karlsbader Beschlüsse gefasst und die Burschenschaften verboten, was die Überwachung der Universitäten und Professoren sowie Zensur und Verfolgung zur Folge hatte. Diese strengen Maßnahmen zeigten die Angst der Fürsten vor einer Rebellion. Doch Unterdrückung der Meinungsfreiheit und Pressezensur beförderten die Gründung von Burschenschaften, die für Freiheitsrechte und einen Nationalstaat eintraten. Die Stimmen gegen die Fürsten verstärkten sich allen Maßnahmen zum Trotz. 1830 ergriff das Bürgertum in Frankreich die Macht, diese Juli-Revolution diente als Vorreiter des Hambacher Festes und später der 1848er Revolution in Deutschland.
Betrachtet man die Ereignisse vom Vormärz bis zur Revolution, dann erkennt man, dass der ausschlaggebende Wille für gesellschaftliche Veränderungen aus der Bevölkerung selbst hervorging. Oppositionelle setzten sich im Vormärz für liberale Ideen und Verfassungen ein. Schließlich gelang es 1848/49, eine Verfassung zu verabschieden, der unsere Grundrechte von heute voranstehen. Zwar konnte die Paulskirchenverfassung nicht durchgesetzt werden und die Revolution mag gescheitert sein. Jedoch hat die politische Bewegung, die sich trotz Zensur und Widerstände für ein freies und gerechtes Deutschland einsetzte, eine Vorbildfunktion für alle Menschen heutzutage.

Said Aydinli, Hohe Landesschule Hanau

„Freiheit der Gesinnung, Offenheit des Worts“
Carl Scriba und sein Wetterauer Volksblatt

„In einer Zeit der Auflösung, wo die Stützen der seitherigen Gewalten zusammenbrechen, wo ein neuer frischer Hauch der Freiheit durch die Welt geht, wo aber auch die gestürzten Verräther an dem Glück des Vaterlandes nicht rasten und das alte Joch heimlich und offen wieder dem Volke aufzuzwingen suchen, in einer solchen Zeit ist es vor allem nötig, ein bestimmtes Ziel festzuhalten, eine bestimmte Partei zu ergreifen. Das wollen wir, und unser Blatt wird für die Partei des Rechts und der Wahrheit kämpfen.“

Mit diesen gedruckten Worten nimmt die Redaktion des Wetterauer Volksblatts am 28. Juni 1848 erstmals Kontakt mit den Friedberger Bürgern auf. Vom 1. Juli an erscheint das Blatt künftig zweimal wöchentlich und kann über alle Postämter bestellt werden. Hauptverantwortlicher Redakteur ist Carl Scriba (1823–1883). Er stammt aus bürgerlichem Elternhaus, war allerdings schon während seines Studiums der evangelischen Theologie in Gießen mit dem revolutionären Gedankengut Georg Büchners und Friedrich Ludwig Weidigs in Berührung gekommen und in der republikanischen Szene aktiv. Sein Studium im Theologischen Seminar Friedberg brach er zugunsten einer Tätigkeit als Hauslehrer ab. Daneben verfasste er politisch geprägte Texte.

Der Regierung ein Dorn im Auge

Unmittelbar nach Inkrafttreten der Pressefreiheit begann er mit dem Verlegen des Wetterauer Volksblatts. Es sollte sich hauptsächlich mit politischen Themen beschäftigen und sich nicht scheuen, sowohl die Obrigkeit als auch andere politische Akteure anzugreifen und seine eigenen radikal republikanischen Ansichten zu vertreten. Scriba setzte sich für Demokratie ein, forderte die Abschaffung der Monarchie und rief dazu auf, sich der Revolution anzuschließen. Der Verleger war den Machthabenden ein Dorn im Auge und wurde am 18. Juni 1849 wegen Pressevergehens und dem Einstehen für die Badische Revolution verhaftet. Seine viermonatige Haftstrafe und das Wiedererstarken der reaktionären Kräfte beendeten auch den Verlag des Wetterauer Volksblatts. Im darauffolgenden Jahr wurde er für die Mitarbeit am Gießener Volkskalender für 1851 und darin enthaltene politisch kritische Äußerungen erneut verhaftet und unter Arrest gestellt.
Im Jahr 1852 gründete er die Buchhandlung Carl Scriba auf der Kaiserstraße in Friedberg, die auch als Verlag diente. Scriba hielt am Schreiben und Publizieren fest und gab unter anderem Gedichtbände und Schriften heraus. Seine weitere politische Laufbahn führte ihn bis zum Amt des Bürgermeisters von Friedberg, das er von 1879 bis zu seinem Tod 1883 innehatte. Dies gelang ihm vor allem dadurch, dass er sich nach der Revolution mit dem System arrangierte und als gemäßigter Politiker galt.

Patrick Weise,
Stadtarchiv Friedberg (Hessen)

Stadtarchiv Friedberg (Hessen)

Scribas Buchhandlung in der Kaiserstraße

„So kam die Revolution in unser Nassauerland“
Brief von Louise Willett an ihren Sohn Gustav

Am 4. März 1848 strömten 30.000 Menschen nach Wiesbaden, um Veränderungen im Herzogtum Nassau einzufordern. Einen Monat später beschreibt die in Biebrich lebende Louise Willett anschaulich die Ereignisse dieses besonderen Tages.

Lieber Gustav!

Nun aber gieng das Revolutionsfieber nach Teutschland über. In jedem Land traten Bürger und Bauern mit ihren Anführern den Volksfreunden zusammen und forderten mit solchem Ungesthüm ihre Rechte, daß die großen Herren alles bewilligten, was von ihnen gefordert wurde. So kam denn auch die Revolution in unser Nassauerland; am 2ten Merz versammelte sich eine große Anzahl frey gesinnter in Wiesbaden und hielten Rath, dabey waren schon einige Tausend. Der Tag wurde auf den 4ten Merz festgesetzt und im ganzen Land bekannt gemacht alsdann zu erscheinen.
Hergenhahn war der Vorstand dieser Parthie. Der Herzog hatte ja in aller Unbefangenheit eine Reise nach Berlin unternommen, und war noch nicht zurück; darauf wurde aber keine Rücksicht genommen, sondern in dem Vorhaben immer fortgefahren. Den Tag vorher erfuhr ich erst, was vorgehen würde und dachte mir darunter einen gewöhnlichen Krawall, der recht bald wieder beseitigt werden würde.

Zu Fuß und auf Leiterwagen

Allein am 4ten Merz Morgens kam ein Zug Menschen aus dem Rheingau an unseren Fenstern vorbey, daß Louisen und mir das Herz pochte, wir zählten 83 Wagen besetzt mit kräftigen Männern, welchen der tiefste Ernst auf dem Gesicht bezeichnet war, die Wagen fuhren so langsam, dass in diesem Zug ich nichts als einen Trauerzug erkannte, nun aber kamen noch daher Leiterwagen, 3 und 4-spännig, worauf Mann an Mann stand, denn zum sitzen hätten sie nicht Platz gehabt, dann kam zu Fuß noch eine Schwadron gedrängt durch die Allee von vielen hunderten, die einzelnen Wagen dazu gerechnet waren 42 hindurch gekommen. Mit denen, die noch von anderen Orten gekommen waren hatte sich eine Menschenmasse von dreißig Tausend eingefunden und vor den vier Jahreszeiten versammelt, darunter waren über 4.000, was man Jahrhagel nennt, mit Klüppel und Äxten, die eigentlich nicht wußten, worum es sich handelt, aber dachten, eine gute Beute zu machen, weil einige ausgebreitet hatten, das Schloß würde gestürmt und Wiesbaden in Brand gesteckt, wenn sie nicht die Zusage auf ihre Forderungen erhielten.

Bürger schützen das Schloss

In dieser bedrängten Lage gieng Prinz Nicolay, der 16 Jahre alt ist, mitten in den Volkshaufen von 30.000 Menschen und sagte, es würde alles genehmigt werden, man sollte nur ruhig sein bis sein Bruder zurückkäme. Allein das half nichts, es wurde zwar dem jugentlichen beherzten Prinzen alle Achtung erwiesen, allein seinen Worten kein Gehör gegeben. Unterdessen waren schon alle Bürger und die meisten Staatsdiener bewaffnet — Albert war darunter. Das Militär rührte sich nicht und hielt sich meist in der Kasernei, alle Posten waren mit Bürgern besetzt und so auch das Schloß.
Hier ließ die Frau Herzogin einen Bürger zu sich bitten und frug diesen, ob sie sich auf den Schutz der Bürger verlassen könnte, dann würde sie unter ihnen bleiben; als dieser mit ja geantwortet, gab sie ihm die Hand und dankte mit Herzlichkeit, hierauf wurde die Genehmigung von allem schriftlich aufgesetzt, von der Herzogin, dem Prinz Nikola und Minister v. Dunger unterschrieben, das Militär wurde nach Verlangen beeidigt, und die Frau Herzogin fuhr durch die ganze Menschenmasse am Kursaal, wo ihr mit Achtung und manchem Hura begegnet wurde.

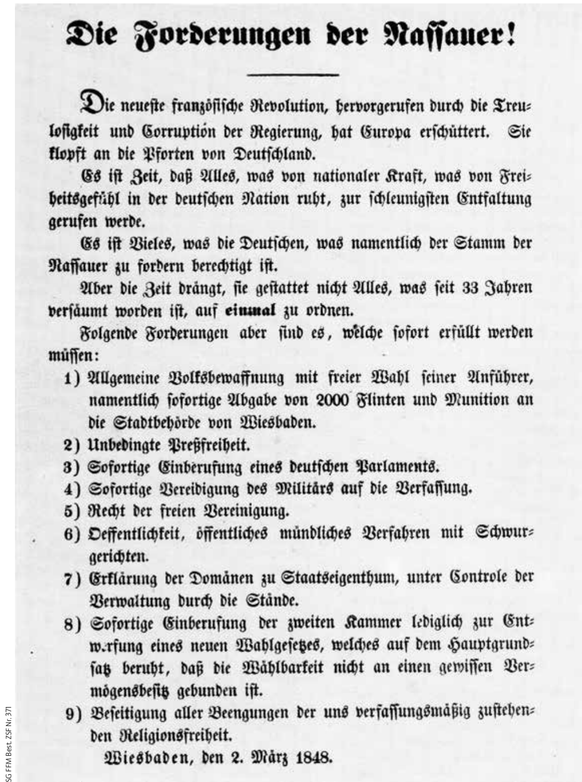
Alle warten auf den Herzog

Nun las der Minister die Genehmigung aller Forderungen auf der Rathaustreppe dem ganzen Volkshaufen mit lauter Stimme vor. Da waren aber einige hundert Mainzer — jetzt Darmstädter — die wiegelten aufs neue auf und sagten, das sey nur eine Vorspiegelung, und wenn der Herzog käme, würde dieser alles wiederrufen. Nun gieng der Aufruhr von neuem an Mittags um 12 Uhr. Der Minister erklärte, wenn der Herzog seine Genehmigung nicht gäbe, würde er seine Stelle sogleich niederlegen und ohne Pension abtreten. Hergenhahn suchte durch seine Reden zu beruhigen, allein alles vergebens; dieser wurde so bestürmt, daß er in Lebensgefahr war, wobey er einmal soll ausgerufen haben, zerreißt mich, ich kann nicht mehr für euch thun, als geschehen ist.
Mit einer verzweiflungsvollen Angst wurde der Herzog jeden Augenblick erwartet, denn es war nur eine Stimme, daß nur seine Gegenwart Rettung bringen könne, es war unbegreiflich, daß er noch nicht da war, da schon in den ersten Tagen ihm Staffetten mit der Nachricht von allem zugeschickt worden waren, und den 4ten Morgens früh auf verschiedenen Wegen ihm Gesandten entgegen gereist waren, damit er so schnell wie möglich eintreffen könnte, daher war sein ausbleiben unerklärlich.
Bis 4 Uhr Nachmittags dauerte die Gefahr für ganz Wiesbaden fort, als mit einem Mal der Herzog mit einem extra Zug auf der Eisenbahn ankam. Sogleich eilten die Bürger zu seinem Schutz mit ihrem Gewehr zur Eisenbahn und geleiteten ihn in das Schloß, wohin sich der Herzog mit Mühe durch die Volksmenge drängen mußte. Kaum in das Schloß getreten, erschien er auf dem Balkon und rief mit starker fester Stimme: Ich genehmige alles, was euch mein Minister versprochen und meine Mutter und mein Bruder mit ihrem Namen unterschrieben haben. Nun seid ruhig und gehet nach Haus. Es leben alle treuen Nassauer!! Nun schrie alles. Es lebe unser Herzog hoch! An die Stelle der Drohung und des Unwillens kam jetzt der Jubel. Die Wagen, welche am Morgen mit so feierlichem Ernst eingezogen waren, kehrten rasch mit deutschen Fahnen geschmückt zurück.
Die Gesellschaften auf denen Leiterwagen sangen: Heil unserm Herzog Heil! aus 50 Kehlen wie mit einer Stimme, und alle Wiesbader so wie wier athmeten wieder frey. Denn auch hier waren schon die Bürger bewaffnet und auf ihren Posten angestellt. Fritz hatte sich auch angeschlossen und eine Stunde im Schloßgarten Wache gestanden.
Fritz kam damit durch und hat sein Gewehr wieder abgegeben, allein Albert ist in der 9ten Compannie beybehalten und muß tüchtig Exerzieren und Dienst thun. So auch Karl, der sogar — wohl aus besonderem Vertrauen — zum Hauptmann gewählt wurde. Die Bürgergarde wurde in Zeit von 8 Tagen organisirt, und jeden Tag müssen sie exerzieren, überhaupt ist eine gänzliche Umänderung im Deutschen Reich vorgenommen worden, denn so wie es hier ging, so ging es im Monat Merz durch ganz Deutschland, von Oestreich, Preußen bis zu allen den kleinsten Fürsten.

Deiner treuen Mutter
Biebrich, den 8. April 1848

ISG FFM Best. STZ Nr. 1848 14

Stadtbürger und Bauern vor dem Schloss 1848, Zeichnung von 1898 nach einer zeitgenössischen Skizze



Die Forderungen der Nassauer!

Die neueste französische Revolution, hervorgerufen durch die Treulosigkeit und Corruptión der Regierung, hat Europa erschüttert. Sie klopft an die Pforten von Deutschland.

Es ist Zeit, daß Alles, was von nationaler Kraft, was von Freiheitsgefühl in der deutschen Nation ruht, zur schleunigsten Entfaltung gerufen werde.

Es ist Vieles, was die Deutschen, was namentlich der Stamm der Nassauer zu fordern berechtigt ist.

Aber die Zeit drängt, sie gestattet nicht Alles, was seit 33 Jahren versäumt worden ist, auf einmal zu ordnen.

Folgende Forderungen aber sind es, welche sofort erfüllt werden müssen:

1) Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl seiner Anführer, namentlich sofortige Abgabe von 2000 Flinten und Munition an die Stadtbehörde von Wiesbaden.
2) Unbedingte Preßfreiheit.
3) Sofortige Einberufung eines deutschen Parlaments.
4) Sofortige Vereidigung des Militärs auf die Verfassung.
5) Recht der freien Vereinigung.
6) Oeffentlichkeit, öffentliches mündliches Verfahren mit Schwurgerichten.
7) Erklärung der Domänen zu Staatseigenthum, unter Controle der Verwaltung durch die Stände.
8) Sofortige Einberufung der zweiten Kammer lediglich zur Entw.rfung eines neuen Wahlgesetzes, welches auf dem Hauptgrundsatz beruht, daß die Wählbarkeit nicht an einen gewissen Vermögensbesitz gebunden ist.
9) Beseitigung aller Beengungen der uns verfassungsmäßig zustehenden Religionsfreiheit.

Wiesbaden, den 2. März 1848.

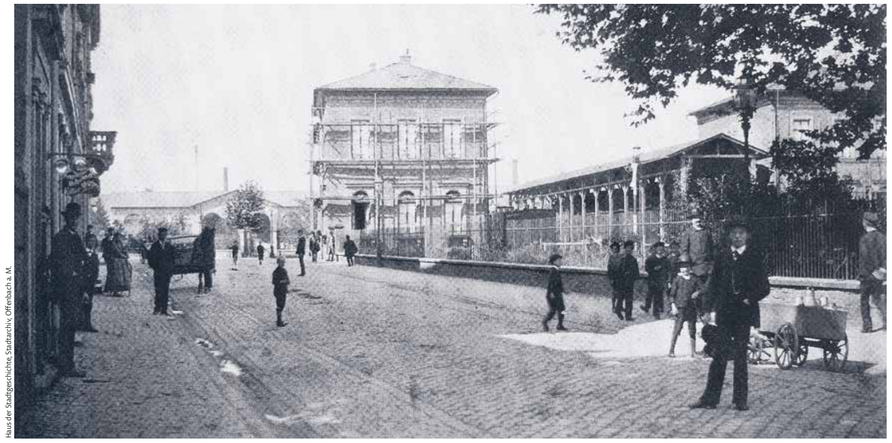
ISG FFM Best. ZSF Nr. 371

Neun Forderungen formulierte die Opposition. Der Herzog versprach, sie alle zu erfüllen.

Gabriele Kretschmer

Louise Willet (1776–1857) als junge Frau. Sie war im Revolutionsjahr 72 Jahre alt.

Louise Willett war die Tochter des nassauischen Saatsmanns Karl von Ibell und verheiratet mit dem Staatskassendirektor Gottfried Martin Willett. Beide hatten zusammen sechs Kinder. Der oben abgedruckte Text stammt aus dem Buch „Revolution in Wiesbaden. Augenzeugenberichte vom 4. März 1848“ von Guntram Müller-Schellenberg, erschienen in Taunusstein 2008.



Haus der Stadtgeschichte, Stadtarchiv, Offenbach a. M.

Der Offenbacher Lokalbahnhof um 1900. Mit der Stilllegung der Strecke 1955 wurde auch das Gebäude aufgegeben.

Sturm auf die Lokalbahn

Die Geschehnisse der Märztage von 1848 beweisen nicht nur Bestrebungen nach Freiheit und Gleichheit, sondern auch nach Einheit — wider den partikularistischen Standesdünkel der Fürsten. Inzwischen erstritten sich die Offenbacher einen der Vorteile, den ein einiges Vaterland ohne Partikularismus und Neid zwischen den Einzelstaaten bringen wird. Die seit langem von den Offenbachern gewünschte Eröffnung der Bahnlinie zwischen ihrer Heimatstadt und Frankfurt-Sachsenhausen wurde, wenn man den Berichten Glauben schenken darf, von der Bevölkerung schlichtweg erzwungen.

Offenbach ist eine Gewerbe- und insbesondere eine Fabrikstadt, deren Entwicklung seit annähernd 30 Jahren von einer vollkommenen bürgerlichen Gewerbefreiheit profitiert. Trotzdem konnten weiland die Fabrikanten ihre bekannten Leder- und anderen Produkte nur mit Fuhrwerken über Chausseen oder das Marktschiff, welches die Stadt mit Frankfurt verbindet, nicht aber durch den Einsatz moderner Eisenbahnen an ihren Bestimmungsort liefern.
Das unabhängige Frankfurt widerstrebte nämlich beharrlich Plänen, den Offenbachern eine Eisenbahnanbindung an die Bahnlinie von Mainz nach Frankfurt und einen Anschluss an die Main-Neckar-Bahn zwischen Mannheim, Darmstadt und Frankfurt zu gestatten. Der Grund für so wenig gute Nachbarschaftlichkeit war die Sorge, als Verkehrsknotenpunkt von Offenbach ersetzt zu werden. Die sieben florierenden Messejahre von 1828 bis 1835, in welchen Frankfurt selbstverschuldet die Messeherrlichkeit und damit viel Bedeutung an Offenbach eingebüßt hatte, dürfte vielen Frankfurtern als Warnung in Erinnerung geblieben sein!

Baubeginn verzögert sich

Die Freie Stadt Frankfurt und das Großherzogtum Hessen-Darmstadt einigten sich schließlich vor zehn Jahren auf eine Anbindung von Offenbach nach Frankfurt-Sachsenhausen, auch wenn dies vertraglich erst am 12. Dezember 1842 besiegelt wurde. Es sollte neben der Eisenbahnlinie zwischen beiden Stationsplätzen auch ein Anschluss von Sachsenhausen an die Main-Neckar-Bahn errichtet werden, sodass Passagiere und Güter ohne Umladung weiterfahren können.
Weil inzwischen aber kaum Enthusiasmus in der Bevölkerung für das Projekt zu finden war, mussten an Stelle der zunächst geplanten privaten Aktiengesellschaft beide Staaten die Bahn auf gemeinsame Rechnung errichten. Verhandlungen mit Besitzern von Weingärten im Planungsbereich der Bahn verzögerten den Baubeginn um weitere drei Jahre.
Schließlich und nach weiteren Querelen konnte die Lokalbahn im August 1847 vollendet werden. Streitigkeiten um die Preise für Bahnbillets und andere Fragen verhinderten jedoch die Inbetriebnahme für den Passagiertransport, weshalb seitens Hessen-Darmstadts Großherzog Ludwig II. nur den Gütertransport, und zwar als Probefahrten erlaubte.
Diese unbefriedigende Situation änderte sich im März dieses tollen Jahres, der neben so vielen herbeigesehnten Dingen nun auch Eisenbahnen in Bewegung versetzte. Ob die neue Offenbach-Sachsenhäuser Lokalbahn bereits am 5. März von einer mit den Forderungen der Offenbacher nach Darmstadt reisenden Delegation benutzt werden konnte, wie man es auch hört, ändert an den folgend beschriebenen Ereignissen wenig.
In jedem Fall hatte eine aufgebrachte und von revolutionären Turnern angeführte Menge am 8. März den Bahnhof in Offenbach gestürmt und sich der Lokomotive bemächtigt. Unter dem Druck und dem Jubel der Menge waren die Lokführer gezwungen, die Eisenbahn und ihre Passagiere kostenlos nach Sachsenhausen zu befördern. Sobald die Bahnhofsbeamten aus Sachsenhausen von dem ankommenden Zug gehört hatten, versuchten sie vergeblich, den Zug mit einem Lattenzaun aufzuhalten. Die Bahn fuhr glatt und mit schrillem Pfeifen der Lokomotive durch.

Der erste „Äppelwoiexpreß“

Die Lokalbahn verkehrte über den ganzen Tag und voll bis an den Rand besetzt zwischen Offenbach und Frankfurt. Es gab keinen Fahrplan, es wurden keine Tickets verlangt. Erst nach zwei Wochen wurden Passagiere schließlich zur Kasse gebeten, indem eine Kupferbüchse im Wagen herumgereicht wurde. Irgendwann bedienten sich die Fahrgäste echter Bahnbillets, und ab dem 9. April konnten sie sich sogar an einem Fahrplan orientieren.
Das zwischen beiden Städten verkehrende Marktschiff wurde durch die Lokalbahn überflüssig. Eine besondere Vorliebe scheinen die Offenbacher zu den in Sachsenhausen gelegenen Wirtschaften entwickelt zu haben. Bereits am 10. März bewarb die Witwe Heintz aus Oberrad die rüstigen Kämpfer im gerechten Kampfe mit einem angesteckten Stück echten Pressfreiheits-Äpfelweins. Der Volksmund taufte die Eisenbahn wegen dieser Besucher, welche in Frankfurt nichts anderes suchten als ebendies, den „Äppelwoiexpreß“.
Trotz aller Warnungen über die Gefahren der Eisenbahn konnten die letzten Äppelwoitrinker bisher immer treulich um Punkt 12 Uhr von Frankfurt nach Hause befördert werden. Die Gemütlichkeit dieser Fahrten kann sich wohl ein jeder vorstellen. Auch wenn die von uns hier vorgestellte Eisenbahnlinie erst am 16. April 1848 amtlich eröffnet wurde, war bereits zuvor ersichtlich, dass es kein Zurück zum Stillstand wie in den Tagen des Vormärz mehr geben konnte.
Es ist zu hoffen, dass man dies bald nicht nur von der Verbindung dieser zwei Städte, sondern überhaupt vom ganzen Vaterland sagen kann. Ob die politische Einigung Deutschlands, wie sie wohl bald in einem von allen Deutschen gewählten und in Frankfurt zusammentretenden Parlament beschlossen wird, mit dem geäußerten Bedürfnis seiner Volksstämme nach Verbrüderung Gleichschritt halten kann, ist noch zweifelhaft.

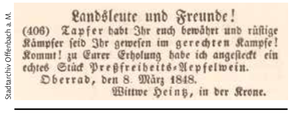
Signal der kommenden Einheit

Trotzdem ist die Eisenbahn ein unleugbares Zeichen der kommenden Einheit und der neuen Zeit, wie es der Ökonom Friedrich List bereits am Anfang dieser Dekade in seiner Schrift „Das deutsche Eisenbahnsystem als Mittel zur Vervollkommnung der deutschen Industrie, des deutschen Zollvereins und des deutschen Nationalverbandes überhaupt“ ausführte. Sie dient nämlich vornehmlich, aber eben nicht nur, den materiellen Nationalinteressen. Sie ist auch Vermittlerin des gemütlichen Verkehres, indem sie den Freund mit dem Freund und den Verwandten mit dem Verwandten verbindet. Und sie dient insbesondere als Stärkungsmittel des Nationalgeistes, indem sie das Übel der Kleinstaaterei und des provinziellen Eigendünkels und Vorurteils beseitigt.
In allen diesen Beziehungen, so folgert der Ökonom mit Recht, wird die Eisenbahn für keine Nation so segensreich sein wie für die deutsche. Die Eisenbahn wird aber auch helfen, die Hindernisse und Missverständnisse zwischen den Nationalitäten zu beseitigen. Man darf nun hoffen, dass das in der Zukunft große, mächtige, einige und freie Deutschland nie die Bruderhand eines fremden Volkes ausschlagen wird, sondern sich an den Offenbachern ein Beispiel nimmt, um mit allen Kräften, welche die neue Zeit entfesselt, alle Hindernisse zu durchbrechen.

Felix Kühnau, Schülerpraktikant,
Haus der Stadtgeschichte, Offenbach a. M.

Frankfurter Laternen 13/1973, Stotze: Museum der Frankfurter Sparkasse

Der deutsche Michel schaut zu, wie die Fürsten vor den revolutionären Kräften flüchten.



Landsleute und Freunde!
(406) Tapfer habt Ihr euch bewährt und rüstige Kämpfer seid Ihr gewesen im gerechten Kampfe! Kommt! zu Eurer Erholung habe ich angesteckt ein echtes Stück Preßfreiheits-Aepfelwein.
Oberrad, den 8. März 1848.
Wittwe Heintz, in der Krone.

Stadtarchiv Offenbach a. M.

Bürgerdelegation erfolgreich aus Darmstadt zurück

Offenbach. Am 6. März ist aus Offenbach am Main eine Bürgerdelegation zum Großherzog Ludwig in Darmstadt aufgebrochen. Als die Offenbacher am Folgetag anlässlich ihrer Rückkehr den Erfolg der Mission verkünden, bricht in der Stadtbevölkerung ein Orkan der Begeisterung los.
Der Großherzog lässt angesichts der erfolgreichen Kämpfe der Aufständischen in Paris und Berlin die März-Errungenschaften für das Großherzogtum Hessen-Darmstadt verkünden: „Was zur Gewähr politischer und bürgerlicher Freiheit gehört, soll Unserm Volke nicht vorenthalten bleiben. Die Presse ist frei, die Censur hiermit aufgehoben. Wir werden den Ständen eine allgemeine Volksbewaffnung in Vorschlag bringen lassen. Das Militär wird auf die Verfassung sofort beeidigt werden. Den Ständen wird ein Gesetzesentwurf auf Zurücknahme des Polizeistrafgesetzes unverzüglich vorgelegt werden.
Wir haben die Überzeugung gewonnen, daß eine Nationalvertretung zur Vervollständigung der Organisation und zur Erstarkung Deutschlands wesentlich beitragen wird. Wir werden Uns nach Kräften bemühen, bei den mitverbündeten deutschen Fürsten dieser Überzeugung Eingang zu verschaffen.“ *je*

Hessischer Kurfürst gibt klein bei!

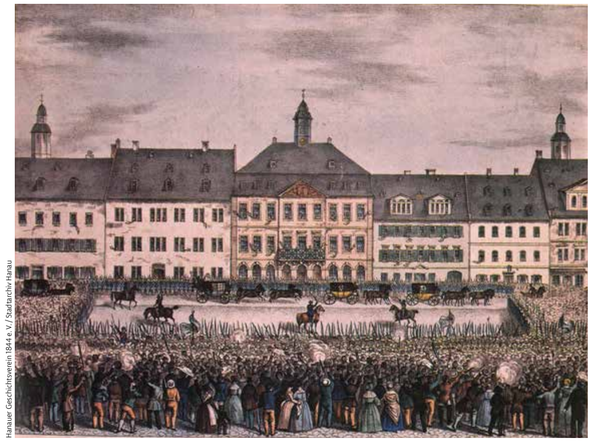
Hanauer Ultimatum erfolgreich

Hanau, 12. März. Welch ein Jubel auf dem Marktplatz. Die Delegation kam soeben mit der Billigung des Hanauer Ultimatums aus Kassel zurück. Ach was, Ultimatum. Es ist ein Sieg auf ganzer Linie! Der Kurfürst hat klein beigegeben. Die vorsorglich aufgestellten Barrikaden für einen Straßen- und Häuserkampf können wieder abgebaut werden. Alle Forderungen — bis auf die Auflösung und Neuwahl der Ständeversammlung — sind erfüllt. Der Kurfürst hat seinen Thron gerettet.

Drohen mit Aufruhr

August Rühl verkündete unter großem Hallo den „Sieg der Basis“. Tausende Menschen feierten mit Böllerschüssen, gewappnet mit Sensen, Groß und Klein, Mann und Frau. Hanau ist im Freudentaumel. Der preußische Gesandte sprach „von der frechsten Eingabe, die deutsche Untertanen je an ihren Fürsten gerichtet hätten“. Welch ein Lob! Morgen gibt es einen großen Dankgottesdienst auf dem Neustädter Markt. Die Predigt hält Pfarrer Anton Calaminus.
Das Ultimatum hat endlich den Regierungswechsel ausgelöst: Oberbürgermeister Bernhard Eberhard wird zum Vorstand des Innenministeriums ernannt. Der verhasste Hassenpflug, wir nennen ihn ja nur noch „Hessenfluch“, ist abgesetzt. Am 22. März folgt die Wahl von Fabrikant August Rühl zum neuen Stadtoberhaupt. Hurra, Hurra! Nachdem sich die Nachricht von der Revolution in Frankreich Ende Februar in Deutschland verbreitet hatte, waren die Hanauer Revoluzzer, inzwischen als „Mainfranzosen“ weithin bekannt, forsch vorangegangen. Erst wurde die Bürgergarde durch ein bewaffnetes Freicorps verstärkt, dann hatte sich eine Volkskommission als Stadtregierung gebildet. Das Volk wählte am 6. März 24 Honoratioren bei einer Versammlung auf dem Neustädter Markt. Unter anderem trugen die Herren Bernhard Eberhard, Karl Röttelberg, Christian Lautenschläger, Pedro Jung und August Rühl Verantwortung.
Sie sind auch Unterzeichner des Hanauer Ultimatums an den Kurfürsten vom 9. März. Mit Drohung von Aufruhr forderten sie vom Kurfürsten: Besetzung der Ministerien mit Männern, die das Vertrauen des Volkes haben; Auflösung der Ständeversammlung; Presse-, Religions-, Gewissensfreiheit; Wiederherstellung des Petitions-, Einigungs-, Versammlungsrechts; Amnestie für politische Vergehen seit 1830; Bildung einer Deutschen Volkskammer. „Jetzt ist die Stunde gekommen, wo Sie zu zeigen haben, Königliche Hoheit, wie Sie es mit dem Volke meinen. Zögern Sie nicht einen Augenblick zu gewähren, vollständig zu gewähren! Lenke Gott Ihr Herz!“ Anschließend fuhr eine achtköpfige Delegation nach Kassel, um dem Kurfürsten das Ultimatum zu überbringen, vier Mann über Marburg, vier über Fulda.

Martin Hoppe, Stadt Hanau,
FB Kultur, Stadtidentität und Int. Beziehungen



Hanauer Geschichtsverein 1844 e. V. / Stadtarchiv Hanau

Bei ihrer Rückkehr aus Kassel wird die achtköpfige Hanauer Delegation begeistert gefeiert.

Eingabe erfolgreich! Senat stimmt Forderungen zu

Frankfurt. In den ersten Tagen der 1848er-Revolution gingen die Frankfurterinnen und Frankfurter noch nicht auf die Barrikaden. Sie ereichten Reformen und Zugeständnisse der Obrigkeit mit politischen Eingaben: Zunächst verfasste eine mehr als 2.000 Köpfe zählende Volksversammlung per Akklamation am 3. März 1848 eine Petition mit acht Forderungen.
Aus Furcht vor einem radikalen Umsturz wie in Frankreich gab der Frankfurter Senat — wie andernorts in Hessen die Monarchen und Landesparlamente — dem öffentlichen Reformdruck zur Sicherung der eigenen Position zügig nach. Somit gewährte der Senat im März 1848 für den Stadtstaat Frankfurt die Presse- und Versammlungsfreiheit, ließ politische Gefangene frei, modernisierte mit Schwurgerichten die Justiz und verbesserte die Stellung der Bauern in den umliegenden Dörfern.
Ablehnend stand der Senat jedoch der Gleichstellung aller Staatsangehörigen unabhängig von der Konfession gegenüber. Zudem beauftragte er die Gesetzgebende Versammlung, die geltende Stadtverfassung zu reformieren. Dieser Reformprozess dauerte am Main bis in den Januar 1850.

Dr. Markus Häfner,
Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt a. M.

„Man entferne die polizeiliche Bevormundung“

Dieburger Bürger fordern Freiheit und Mitbestimmung

Eine Gruppe Dieburger Bürger lässt dem Landtagsabgeordneten Theodor Reh am 5. März 1848 eine Liste mit Wünschen und Forderungen zukommen. Reh soll sie in der Zweiten Kammer der Ständeversammlung in Darmstadt als Antrag gemeinsam mit Forderungen weiterer 19 Gemeinden aus der Provinz Starkenburg einbringen.

Die Unterzeichner sehen es als ihre „heiligste Pflicht“ an zu fordern, dass der Staat seinen Bürgern künftig ermögliche, sich „ohne Furcht vor Polizeizwang und Bevormundung der Beamten“ zu bewegen. Das neue liberale hessische Ministerium unter der Leitung von Heinrich von Gagern soll die Wünsche umsetzen. Die Dieburger Bürger verlangen die Ausarbeitung eines „klaren und scharfen“ Gesetzes zur Regelung der Verantwortlichkeit der Regierung. Bereits an zweiter Stelle steht die Freiheit der Presse ohne Vergabe von Konzessionen und generell ohne Verbote in- und ausländischer Presseerzeugnisse. Das Militär soll auf die Verfassung vereidigt und nur gegen äußere Feinde eingesetzt werden; eine allgemeine Volksbewaffnung und die Errichtung einer Bürgerwehr sollen die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung gewährleisten. Die Angehörigen der Bürgerwehr sollen ihre Vorgesetzten wählen.

Öffentlichkeit der Verwaltung

Die Versammlungsfreiheit und das Recht Vereine zu gründen, sollen dem Volk ebenso wie das Petitionsrecht unbeschränkt zustehen. Die Versammlung des Deutschen Bundes in der bestehenden Form gehöre abgeschafft und durch einen Bund mit Vertretern des Volkes ersetzt. Bisherige Beschlüsse des Bundestages wolle man beseitigen. Auch eine Modernisierung der Gemeindeordnung wird gefordert, um die Öffentlichkeit der Verwaltung sicherzustellen. Die Gemeinden sollen sich künftig selbst verwalten und ihre Aufgaben im Polizei- und Schulwesen selbst regeln. Der Kreisrat würde als Aufsichtsbehörde abgeschafft werden.
Religionsfreiheit wird ohne Einschränkungen und staatliche Aufsicht gefordert: „Der Staat hat nur Bürger, die Religion kümmere ihn nicht“. Die Richter blieben unabhängig, alles was dem zuwiderlaufe wie Übergriffe der Polizei gegen Richterrechte sei zu unterbinden. Zudem soll die hessische Verfassung zeitgemäß überarbeitet, das Forstkolleg für Gemeindewaldungen aufgehoben und die staatlichen Pensionen sollen halbiert werden.

Krawall vor dem „Weißen Roß“

Zusammengefasst wird die Zielrichtung der Petition so: „Man entferne die polizeiliche Bevormundung; alsdann wird unser Staat ein constitutioneller und kein Polizeistaat sein, — alsdann kann der Bürger glücklich und zufrieden leben, und wenn Stürme kommen, wird man einsehen, wie weise es war, dem Bürger die Rechte zu bewilligen, auf die ein jeder Staatsbürger unseres Jahrhunderts gerechte Ansprüche hat.“
Nach unruhigen vier Wochen und einem Straßenkrawall am 2. April vor dem Gasthaus „Zum weißen Roß“ in der Zuckerstraße, der Wohnung von Bürgermeister Johannes Weber VI, wird eine von Lehrer Schaller verfasste Sturmpetition Kreisrat Friedrich Kritzler übergeben. Gefordert werden vor allem die Entlassung aller Vertreter der örtlichen Obrigkeit, angefangen bei Bürgermeister Johannes Weber VI und Gemeinderechner Simon Kraft über die Forst- und Feldschützen Helferich, Adam Lindenfeld, Jakob Sattig II, Adam Nerwein und Johannes Müth III, die Stadt- und Polizeidiener Franz Xaver Hiemenz, Andreas Volk, Kaspar Sattig, Paul Kleibstein bis hin zur Industrielehrerin Elisabeth Steinbrenner, dem Kuhhirten Andreas Bühler I und dem Schweinehirten Jakob Enders. Der Kreisrat sichert eine Prüfung zu.

Lothar Lammer (lla),
Museum Schloss Fechenbach

Museum Schloss Fechenbach

Das Gasthaus „Zum weißen Ross“

Museum Schloss Fechenbach

Bürgermeisterei, Kreisamt und Stadtkirche

15.000 Teilnehmer bei großer Volksversammlung in Offenbach

Am 19. März 1848 findet unter dem Zeichen der neuen Freiheit ein Volksfest in Offenbach am Main statt. In einem gewaltigen Festzug ziehen etwa 15.000 Teilnehmer von der Waldstraße zu dem Platz vor dem Lagerhaus, wo verschiedene Redner sprechen. Der am 6. März zum Offenbacher Ehrenbürger ernannte Sprachwissenschaftler Dr. Lorenz Diefenbach hält eine patriotische Rede, in der er ausführt: „Der große Baumeister des deutschen Volkstempels ist kein anderer als der deutsche Volksgeist selbst, der Geist und die vereinigte Kraft des deutschen Volkes. Nur unter diesem Baumeister wollen wir Gesellen arbeiten, nicht nach französischen, auch nicht nach nordamerikanischen Bauplänen, am wenigsten nach dem Grundriß des Winterpalastes zu St. Petersburg.“ Auch die im Zuge demagogischer Umtriebe verbotenen deutschen Farben Schwarz, Rot und Gold sind auf diesem Fest zahlreich zu sehen. Schließlich wird ein Lied gesungen, das den Landesherren rühmt. *je*

Schwarz-Roth-Gold uns All' vereinet
Unterm deutschen Firmament,
Eine helle Sonne scheinet
Uns im deutschen Parlament!
Ludwig, Sprosse großer Ahnen,
Seinen Hessen treu und gut,
Half den Weg zur Freiheit bahnen,
Heil ihm! Für ihn Gut und Blut.

Vorläufer der politischen Parteien

Der Vaterländische Verein in Klein-Krotzenburg

Im entlegenen Klein-Krotzenburg gründete sich 1848 eine Ortsgruppe des „Vaterländischen Vereins", dessen Hauptakteure sehr rege waren. Die Mitglieder unterstützten die Wahl des demokratischen Kandidaten Theodor Reh in die Nationalversammlung.

Nach der Märzrevolution sollte ein gesamtdeutsches Parlament in Frankfurt gewählt werden, wozu Wahlbezirke gebildet wurden. Der 5. Wahlbezirk umfasste neben dem Bezirk Rödelheim und einigen Orten des Kreises Friedberg auch Stadt und Kreis Offenbach. Obwohl in den überwiegend katholisch geprägten Orten im östlichen Teil des heutigen Kreises Offenbach der Mainzer Theologieprofessor Dr. Riffel von der Kirche zur Wahl empfohlen wurde, gewann der liberal-demokratische Advokat Theodor Reh das Mandat.

Zu seiner Unterstützung gründete Reh einen — erst seit der Revolution zulässigen — Verein: den Vaterländischen Verein. Zu den rührigsten Ortsgruppen zählte der Klein-Krotzenburger Verein. Lehrer Hofmann, der Schuhmacher Andreas Brischar und der Landwirt Johann Schwab V hatten ihn ins Leben gerufen. Auch der Bürgermeister Bartolomäus Schwab arbeitete mit. Innerhalb kürzester Zeit zählte der Verein in dem kleinen Ort rund 300 Mitglieder. Offensichtlich war die Mehrzahl der Einwohner mit der Kirche beziehungsweise mit dem Pfarrer und dem mit ihm zusammenarbeitenden früheren Bürgermeister nicht zufrieden. In nur wenigen Monaten erarbeitete der Vaterländische Verein auf örtlicher Ebene mehrere Anträge, die Hofmann, Brischar und Schwab beim Gesamtverein vorstellten. Im Wahlbezirk tagte dieser in Offenbach und Bad Vilbel. Die Klein-Krotzenburger hatten nach Offenbach gut drei Stunden und nach Vilbel etwa sechs Stunden Wegstrecke inklusive dem Mainübergang auf der Schiffsbrücke in Offenbach zurückzulegen. Wenn der Pferdewagen des Johann Schwab genutzt werden konnte, halbierte sich die Zeit.

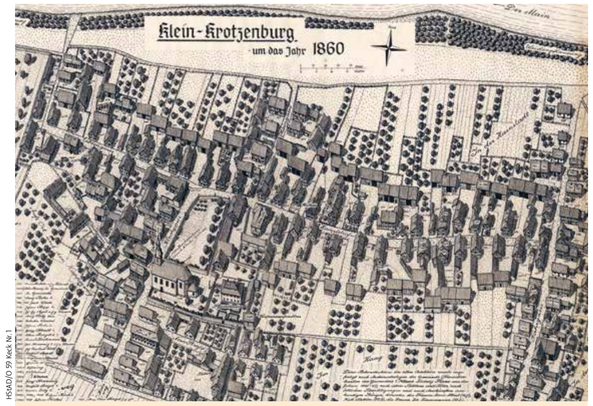
Krotzenburger bringen Anträge ein

Nach Beratungen im Gesamtverein stellte der Abgeordnete Reh die Anträge in einer Sitzung der Nationalversammlung vor. Zu den Anträgen, die von Klein-Krotzenburg aus initiiert oder wesentlich unterstützt wurden, zählten etwa, dass die Sitzungen des Gemeinderates öffentlich abgehalten werden müssen, dass die Schule von der Kirche getrennt werden muss und dass die 1. und 2. Kammer im Großherzogtum Hessen aufgelöst werden sollten.

In den beiden Kammern saßen zumeist Landadelige, Großgrundbesitzer und hochrangige Beamte. Unter den Deputierten, welche die Forderung nach Auflösung der Kammern überreichen und begründen sollten, waren auch der arme Klein-Krotzenburger Schuster Andreas Brischar und der Landwirt Johann Schwab V. Doch dazu kam es nicht, denn im Gesamtverein entwickelten sich nach nur wenigen Monaten des Bestehens unterschiedliche politische Strömungen. Bei einer der letzten gemeinsamen Sitzungen des Vereins wurde beschlossen, dass der Antrag zur Aufhebung der Hessischen Kammern nur noch übersendet werden soll — die Klein-Krotzenburger konnten also zuhause bleiben.

Vom Vaterländischen Verein in Klein-Krotzenburg hört man danach nichts mehr, vielleicht waren dessen Mitglieder von der schleppenden Umsetzung der Anträge enttäuscht oder sie waren den Streitigkeiten im Gesamtverein überdrüssig. Auf jeden Fall hatte ihr Einsatz einige positive Nachwirkungen, so wurden die Gemeinderatssitzungen tatsächlich öffentlich abgehalten und die Schulen von den Kirchen getrennt. Auf lokaler Ebene konnten sie außerdem erreichen, dass der verhasste Förster von Berg entlassen wurde. Aus dem benachbarten Hainstadt sind dagegen keinerlei politische Vereinsaktivitäten bekannt geworden. Vielleicht war man dort zu sehr mit dem Kirchenbau beschäftigt, der auch mit finanzieller Unterstützung des Großherzogs erfolgte und bei dem zahlreiche Hainstädter beschäftigt waren.

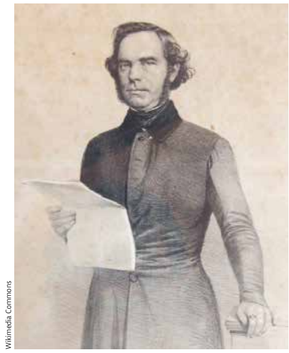
Stefan Becker (sb),
Heimat- und Geschichtsverein Hainburg e. V.



HSAD/O 59 Keck Nr. 1

Ortsansicht Klein-Krotzenburgs von Lothar Keck, gezeichnet auf Basis eines historischen Katasters

Am Main gelegen, gehörte das Dorf zum Amtsgerichtsbezirk Seligenstadt und Kreis Offenbach. 1846 zählte es 1.123 Einwohner. Da die landwirtschaftliche Fläche begrenzt war und in den letzten Jahren auch hier Missernten erfolgten, mussten viele Klein-Krotzenburger Männer und junge Frauen in den aufstrebenden Städten wie Offenbach Arbeit suchen. Zur Arbeitsstelle liefen sie sonntagabends, um an den Wochentagen ihrer zehn- bis zwölfstündigen Arbeit nachzugehen und kamen erst samstagabends wieder zurück. Die Frauen waren meist als Hausangestellte tätig, viele Männer arbeiteten als Pflasterer. *sb*



Wikimedia Commons

Theodor Reh (1801–1868)

In Hanau Wilderei — in Klein-Auheim Ruhe

Klein-Auheim 1848. Während auf der anderen Mainseite in Hanau die Revolution heftig und aufgeregt verläuft, bleibt es in Klein-Auheim weitgehend ruhig. Das mag am Wesen der Klein-Auheimer Knerrn liegen, die so schnell keine Neuerungen zulassen, aber auch an der ruhigen Führungselite rund um den besonnenen und zugleich tatkräftigen Bürgermeister Andreas Winter III. Vielerorts äußert sich der Freiheitssinn nämlich hauptsächlich dadurch, dass man bei Tage die gröbsten Wald- und Jagdfrevel begeht. In Klein-Auheim werden diese Dinge durch die führenden Bürger in den Anfängen sofort geahndet.

Der Sprung vom bäuerlichen zum industriellen Dorf ist längst in Gang gekommen. Als eine Folge der Neuerungen werden überall Vereine gegründet. Auch das geschieht in Klein-Auheim nur ganz langsam und sehr oft im Umkreis und Einfluss der katholischen Kirche. Man hat, einfach gesagt, neben den eigenen Sorgen keinen Vereinsbedarf. Die Familien sind allerdings in Unruhe, denn auch hier ist die Auswanderungswelle in Bewegung geraten. Amerika lockt die verarmten Dorfbewohner mit schier unbegrenzten Möglichkeiten. In den folgenden 30 Jahren werden insgesamt 60 Menschen auswandern.

Auch wenn die Folgen der Revolution nicht so hohe Wogen schlagen werden, so gibt es doch im Dorf zwei Lager: Die Gemäßigten werden bezeichnet als „Glatte", die Wühler oder Aufrührer als „Struwwel". Dieses „Zwei-Parteien-System" mit der Bezeichnung „Glatte und Struwwel" wird sich über ein halbes Jahrhundert halten — aber eben in der ruhigen Klein-Auheimer Lebensweise.

Detlef Hellmann (erzählt nach Robert Neudecker),
Heimat- und Geschichtsverein Klein-Auheim e. V.

Hoch lebe Bogen!

Auf dem Lindenplatz in Michelstadt findet am 29. März 1848 eine große Volksversammlung statt. Der Revolutionär Ludwig Bogen tritt als Kandidat für das Paulskirchenparlament zur Wahl an. Es werden Lieder angestimmt, dann hält Bogen eine begeisternde Rede.

1. Szene (Auszüge)

Bogen: Liebe Bürger Michelstadts — und aus dem ganzen Odenwald. Die Männer haben mit ihrem Gesang musikalisch das ausgedrückt, was wir uns alle wünschen: eine Frühlingssonne, die unsere Lebensfreude weckt — und Freiheit der Rede und der Schrift in einem geeinten Deutschland! – Beides erfordert die Überwindung der Adelsherrschaft und die Einführung einer demokratischen Republik! Dies wird nur dann erreichbar sein, wenn sich Männer — und Frauen — finden, die für *(zitiert)* „Ehr und Recht mutig sich verbinden"!

Seitdem der gallische Hahn zum dritten Mal gekräht und den schlafenden Völkern die Morgenstunde der Freiheit verkündet hat, ist es auch in den Tälern des Odenwaldes lebendig und rührig geworden.

Volk: Endlich!

Bogen: Die alten Formen sind nun eingestürzt, und neue sollen werden. Da stehen wir, eine Nation mit 40 Millionen Menschen, vor den Trümmern des alten Polizei-Staates und der Fürstenwillkür und wir sinnen und raten über den Grundriss eines neuen Gebäudes. Wir wollen einen Tempel der Freiheit, des Glücks und der Wohlfahrt, für uns alle, für unser geeintes, deutsches Volk!

Volk: Bravo!

Bogen: Das Volk ist souverän und anerkennt keinen Herrn über sich außer Gott und das selbst gegebene Gesetz. Freunde und Mitbürger vernehmt nur wenige Worte von einem Manne der Tat. Von einem Manne, der in seinem Leben bereits für die Sache des Volkes Opfer gebracht hat. Heute spreche ich zu euch, weil man es von mir verlangt. Ich bin auch bereit, Bewohner aus Michelstadt, Erbach, Freienstein und Reichenberg, den 4. Wahlbezirk des Großherzogtums Hessen in der deutschen Wahlversammlung in Frankfurt zu vertreten.

Volk: Bravo, Bogen lebe hoch!

Bogen: Vor 15 Jahren habe ich, mehr dem Zug des Herzens als der kalten Überlegung folgend, mein Leben für das Vaterland eingesetzt. Meine Ernte waren: Kerker, Zurücksetzung, notgedrungenes Exil.

Ein freier Schweizer Kanton, der Kanton Bern, gab mir endlich Obdach, und ich habe als eines Freistaates öffentlicher Beamter durch eigene Anschauung all die köstlichen Güter kennengelernt, welche die Zierde eines freien Volkes sind und seine Wohlfahrt begründen. Wer wie ich den Aufschwung der schweizerischen Nation durch bloße Bürger-Soldaten geführten Kampf mitangesehen hat, kennt den Vorteil der Volksbewaffnung gegenüber der stehenden Heere. Ich weiß von einem Regime, wo der Bauernstand nicht belastet ist, wo die Beamten für Staat, Kirche und Schule vom Volke selbst gewählt werden und Privilegien ein unbekanntes Ding sind. Wo das Gerichtsverfahren öffentlich und mündlich ist, die Schuld durch ein Geschworenengericht ausgesprochen wird, wo Rede- und Pressefreiheit und das Vereinigungsrecht bestehen, wo die Gemeinden von ihrer Verwaltung nicht bevormundet werden.

Wir wollen erreichen, dass alle Glaubensbekenntnisse gleich geachtet werden und das Recht der Gemeinden, ihre Lehrer und Geistlichen selbst zu wählen. Wir wollen hauptsächlich die Beseitigung des Notstandes der arbeitenden Klasse und des Mittelstandes, Hebung des Handels und der Landwirtschaft. Wir müssen uns davor hüten, nur an das Glück und den Wohlstand der Reichen und Gebildeten zu denken, sondern wir müssen vor allem für die Armen sorgen.

Volk: Bravo!

Bogen: Unsere bisherigen zerrissenen Zustände müssen aufhören und ein einiges großes Deutschland muss an die Stelle treten. — Wir sollten uns dabei vor überstürzten Handlungen hüten. Bei allem, was wir uns vornehmen, sei das Vaterland unser Ziel, das Gesetz unsere Richtschnur und die Rechte unserer Mitbürger unsere Rücksicht! — Nun Freunde und Mitbürger trete ich in eure Mitte.

(steigt vom Podest — und geht zum Volk)

Volk: Bogen, hoch, hoch, hoch!

Erich Becker, Michelstadt (Auszüge aus dem Theaterstück „Ludwig Bogen", 2018)

Uwe Schnoße

Der Lindenplatz in Michelstadt, Schauplatz der Volksversammlung im März 1848

Gepackt vom revolutionären Geist

Ein Michelstädter plant den Umsturz

„Der Beschluss! Ludwig Bogen, ich verurteile Sie wegen Hochverrates zu acht quälenden Jahren im Zuchthaus", so lautet das Urteil nach drei Jahren in Untersuchungshaft. Der Hammerschlag ist erklungen, die Würfel gefallen, das Urteil gefällt. Der Grund: Ein Putschversuch. Ludwig Bogen führte ein bewegtes Leben als Revolutionär und Visionär, er war eine starke Persönlichkeit und strebte nach Freiheit in einer stürmischen Zeit.

Am 7. Juni 1809 geboren wächst Ludwig Bogen behütet in Michelstadt im Odenwald auf. Von seinem nächsten Umfeld, dem Vater Georg Heinrich Bogen und der Mutter Katharina Rexroth, erhält er den liebevollen Spitznamen „Louis". Seine Kindheit verläuft ruhig, Bogen wächst in guten Verhältnissen auf, lernt fleißig und besucht eine Privatschule in Michelstadt, später ein Gymnasium in Darmstadt. 1827 beginnt er an der Universität in Gießen ein Studium der Rechtswissenschaften, welches er 1833 mit Bravour beendet. Sein Leben verläuft ruhig, noch scheint es nicht denkbar, dass aus dem fleißigen Bogen später einmal ein Hochverräter und Revolutionär werden soll.

„Ehre, Freiheit, Vaterland"

Stolz legt sich Ludwig Bogen das in den Farben Schwarz-Rot-Gold schimmernde Band der Bonner Burschenschaft Germania um. „Ehre, Freiheit, Vaterland" — so lautet ihr Motto, eines, dem er von nun an auch folgen möchte. Im Kreise Gleichaltriger und zwischen lebhaften Diskussionen wird das politische Interesse des jungen Bogens schnell geweckt. Durch das Hambacher Fest von 1832 ermutigt sieht er die Zeit für einen Umsturz gekommen, weg muss die alte Politik — zur Not auch mit Gewalt. Er nimmt an einem geheimen Treffen von Burschenschaften in Stuttgart teil. Sie bilden den „Deutschen Preß- und Vaterlandsverein" und planen den Umsturz. Deutschlandweit suchen sie nach Mitstreitern, appellieren an Bürger und Burschenschaften. Die Begeisterung ist groß, der Umsturz heiß ersehnt.

Trotz aller Vorsicht kommen die Behörden dahinter. Noch im selben Jahr wird der „Deutsche Preß- und Vaterlandsverein" verboten. Dennoch lassen sich einige tapfere Revolutionäre nicht verunsichern und wollen den geplanten Putschversuch Realität werden lassen. Unter ihnen befindet sich auch Ludwig Bogen.

Sturm auf die Wache

Am 3. April 1833 ist es schließlich soweit. Unter der Führung von Gustav Bunsen und Johann von Rauschenplat stürmt Ludwig Bogen mit 100 Mitstreitern auf die Haupt- und Konstablerwache in Frankfurt am Main der Freiheit entgegen. Doch die erhoffte Unterstützung bleibt aus, die Revolutionäre sehen sich wehrlos einer gut gerüsteten Übermacht an Soldaten gegenüber. Den Wachensturm hat Ludwig Bogen sich anders ausgemalt. Glorreicher, siegreicher. Doch hier ist sie nun, die Realität, und sie ist erdrückend. In einem Polizeibericht von 1834 ist die Rede von neun Toten, darunter zwei Revolutionäre und sieben Soldaten. Die Dunkelziffer ist jedoch wesentlich höher, wie die Untersuchungsberichte der republikanischen Bewegung in Hessen belegen.

Mit dem Erreichen der Wache hatten die Revolutionäre die dort Inhaftierten befreit, ohne zu wissen, dass sie bald deren Platz einnehmen würden. Die anrückenden Soldaten zermürben die noch kampfeslustigen Revolutionäre und zwingen sie zur Aufgabe. Ein Großteil wird verhaftet, nur wenigen gelingt die Flucht — unter ihnen Ludwig Bogen. Die Bundeszentralbehörde entsteht und mit ihr auch eine Schwarze Liste. Wer auf ihr steht, wird als Staatsfeind gekennzeichnet und politisch belangt.

Doch das durch den Wachensturm aufkeimende Nationalgefühl können auch die Behörden nicht unterdrücken. So schreibt Georg Büchner in einem Brief an seine Eltern 1833: „Wenn in unserer Zeit etwas helfen soll, so ist es Gewalt […]" und stellt sich damit auf die Seite Bogens und seiner Mitstreiter.

Das Parlament ist ihm zu langsam

Bogen selbst bekommt zunächst noch nichts von den Folgen zu spüren. Von 1834 bis 1835 arbeitet er unbehelligt als Hofgerichtssekretariatsakzessist in Darmstadt, doch dann beginnen die Frankfurter Ereignisse ihn einzuholen. Drei lange Jahre verbringt er in Untersuchungshaft, bis er sich vor Gericht verantworten muss und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wird. Schon 1839 wird er, nach einem Jahr in Haft, begnadigt. Enttäuscht wandert er in die Schweiz aus, jedoch zieht ihn der Ruf der Revolution 1848 zurück nach Michelstadt, wo er für den Wahlkreis Erbach als Abgeordneter in die Paulskirche gewählt wird.

Die Nationalversammlung in der Paulskirche sei zwar revolutionär, jedoch in ihrer Entscheidungskraft zu langsam und eingeschränkt, findet Ludwig Bogen. Viele andere scheinen Bogens Auffassung zu teilen und so finden sie sich im badischen Ausland unter der Führung von Friedrich Hecker und Gustav Struve zusammen. Mit Gleichgesinnten will Bogen im April unter Hecker nach Konstanz ziehen, dort wird die Republik und die Revolution eigenhändig vorangetrieben. Auf dem Weg nach Karlsruhe will man viele Mitstreiter gewinnen, soweit sollte es allerdings nie kommen.

Auch Bogens Gesuch an die demokratischen Vogelsberger Vereine zu einem bewaffneten Aufstand wird nicht erhört, und so zieht er erfolglos vom Odenwald her zu Hecker. In Schlachten bei Kandern, Freiburg und Steinen wird der Heckerzug zerschlagen. Nach dem Scheitern der badischen Aufstände sehen sich viele Teilnehmer gezwungen zu flüchten, Bogen jedoch beschließt, in Deutschland zu bleiben. Erneut steht er als Landesverräter vor Gericht, diesmal im Dezember 1848, vor dem Assissenhof in Darmstadt. Doch auch diese Strafe währte nicht lange. 1850 wird Ludwig Bogen freigesprochen.

> ***Bogens Traum liegt in Trümmern. Nichts hält ihn noch in seiner Heimat.***

In seiner Zeit als Abgeordneter ist er Teil des Deutschen Hofes, der stärksten Partei des linken Flügels. Unter der Führung von Robert Blum steht diese vor allem für die Einrichtung einer parlamentarisch-demokratischen Republik. Als jedoch im Mai 1849 die Nationalversammlung zerbricht, liegt auch Bogens Traum in Trümmern. In Friedrich Römer sieht er eine letzte Chance für ein geeintes Deutschland und folgt ihm nach Stuttgart.

Doch Glaube allein kann nichts ausrichten. Auch das hastig errichtete Rumpfparlament bricht in sich zusammen. Nichts hält Ludwig Bogen nun noch in seiner Heimat. 1854 folgt er schweren Herzens seiner Verlobten Margarethe Nix nach Amerika. Das dumpfe Geräusch des Stempels besiegelt es: Aus ist der Kampf für die Heimat, eine Heimat, für die er bereit war, alles zu geben. Auf Ellis Island angekommen, bricht er auf in seine neue Heimat New Ulm in Minnesota. Im folgenden Jahr heiratet er Margarethe Nix und widmet sich einer alten Leidenschaft, den Rechtswissenschaften. 1864 übernimmt er die Zeitung „New Ulm Post", welche sich selbst als „independent newspaper for freedom, justice and progress" bezeichnet. Diese vertreibt er bis zu seinem Tod am 6. April 1886.

Zurück lässt er die Erinnerung an einen tapferen Revolutionär, welcher nie aufgehört hat, sein Land und die Freiheit zu lieben und alles für diese zu geben.

Carlo Hummel und Ian Warfsmann, Q2,
Anna-Schmidt-Schule Frankfurt a. M.

Georg Büchners Bruder zu Unrecht verdächtigt

Gießen, 18. Mai 1848. Ich habe gehört, dass sich in Darmstadt das Gerücht verbreitet hat, ich zöge in der hießigen Gegend auf den Dörfern herum und predige den Bauern Aufruhr. Derartigen meiner Person höchst nachteiligen Nachreden trete ich hiermit entschieden entgegen, indem ich sie für unbegründet und ihre Erfinder und Verbreiter so lange für böswillige Verleumder erkläre, bis sie mir derartige Handlungen nachgewiesen haben werden. Auf größeren Volksversammlungen hier, in Friedberg, Lich habe ich, wie viele andere, gesprochen, allein darin wird kein vernünftiger Mensch ein Herumlaufen auf den Dörfern und Aufwiegeln der Bauern sehen.

Alexander Büchner, Stud. Jur.

Impuls: Peter Brunner,
BüchnerHaus, Riedstadt

Für eine freie Kirche!

Seit dem Jahre 1845 gibt es auch in Offenbach am Main eine deutsch-katholische Gemeinde, der sich viele Protestanten angeschlossen haben. Es geht um die Wiedervereinigung der christlichen Konfessionen in Deutschland als Vorstufe zu einem geeinten Deutschland, ohne Verbindung nach Rom. Dinge wie die Wallfahrt zum Heiligen Rock nach Trier im Jahre 1844, an der zigtausende Menschen auf Geheiss der Obrigkeit teilnahmen, dürfen sich nicht wiederholen. Es geht nicht um Gehorsamsbekundungen, es geht um eine freie Kirche, die sich auf ein wahres Christentum ohne konfessionelle Verstellungen besinnt!

Nehmt Euch ein Beispiel am Abgeordneten Robert Blum, der deutsch-katholisch handelt und denkt! Seine Ziele sind unsere Ziele! Robert Blum hat gesagt: „Es hätte nie ein Christentum und nie eine Reformation und keine Staatsrevolution und überhaupt nichts Gutes und Großes gegeben, wenn jeder stets gedacht hätte: „Du änderst doch nichts!" In diesem Geiste wollen wir handeln! Schließt Euch den Deutsch-Katholiken an! *je*

◆ ◆ ◆

Revolutions = Wurst.
(702) Taxe:
bei den Ochsenschlachtern. . 10 kr. pr. Pfund
bei Wilhelm Kopp. . . 8 kr. pr. Pfund

Stadtarchiv Offenbach a. M.

Mit Zeitungslektüre durch die Revolution

Tagebuch eines bettlägerigen Büdinger Bürgers

11. März 1848. Nun scheint sich auch in unseren Breiten eine revolutionäre Bewegung zu erheben, ein Volksaufstand, der selbst mich alten Mann fiebrige Erregung spüren und zur Feder greifen läßt, um von diesen denkwürdigen Tagen Zeugnis abzulegen; auch wenn ich mich kaum einen Gewährsmann nennen kann, liege ich doch malad auf dem Krankenbett darnieder. So bin ich isoliert vom Treiben in der Stadt, angewiesen auf meine einzige Verbindung zur Außenwelt, der gutherzigen Eva, die mich mit Nahrung, dem Anzeigeblatt und dem Wochenblatt versorgt. Diese Zeitungen sind leider schon das wenige, was mir an dürren Informationen zur Verfügung steht.

Ich frage mich, ans Bett gefesselt, was wohl los ist im Lande und welche Unrast sich hier in Büdingen wohl gerade Bahn bricht. Es muß zu Tumulten gekommen sein, denn im Anzeigeblatt gelangt heute eine Verkündigung des Großherzogs Ludwig vom 6. März zum Abdruck, gemäß derer er von seinem Vater zum Mitregenten ernannt wurde. Er macht uns, dem Volk, im Übrigen sogleich Zugeständnisse: Die Presse soll frei sein, das Recht auf freie Volksversammlungen soll kommen!

Jubel in Büdingens Straßen

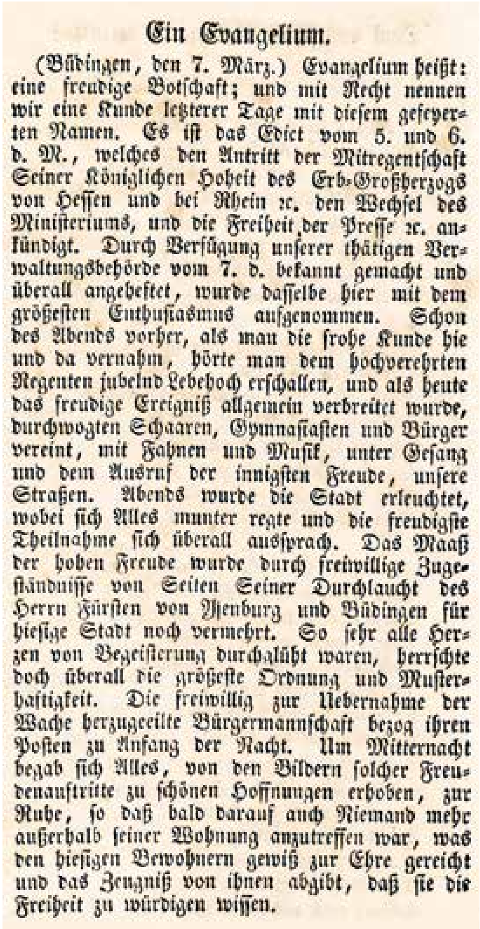
Aber was bringt uns dies hier, weitab von Darmstadt? Ich richte meinen Blick vielmehr auf das Agieren unseres Fürsten Ernst Casimir zu Ysenburg-Büdingen, sind doch seine Entscheidungen von größerer, unmittelbarer Tragweite im Hinblick auf unsere Nöte. Interessanter als Ludwigs Versprechungen ist ergo die auf den 7. März datierte Meldung „Ein Evangelium“ im Wochenblatt. Der Schreiber berichtet, Ludwigs Edikt sei in Büdingen durch die Verwaltungsbehörde überall angeheftet und mit größtem Enthusiasmus aufgenommen worden. Scharen von Gymnasiasten und Bürgern seien mit Fahnen, singend und von innigster Freude erfüllt durch die Straßen gezogen. Das Wichtigste folgt allerdings erst jetzt: Der Jubel sei noch gesteigert worden durch Zugeständnisse unseres Fürsten! Welcher Art diese Konzessionen aber sind, darüber schweigt der Bericht zu meinem Ingrimm.

18. März 1848. Eine am 12. März an die Odenwälder gerichtete Botschaft des Ministers Gagern, in welcher er die Revolutionäre aufruft, die Eigentumsrechte zu heiligen und die Sicherheit der Personen zu gewährleisten, wird heute auf Geheiß unseres Kreisrats Dr. Spamer auch im hiesigen Anzeigeblatt mitgeteilt. Laut Spamer beabsichtigt Gagern, nicht nur in den Odenwald, sondern auch nach Büdingen einen Commissär zu entsenden. Er soll die hier gehegten Wünsche entgegennehmen, prüfen und alsbald wie möglich Entschließung zukommen lassen. Er ruft überdies nachhaltig zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung auf — was mich wähnen läßt, daß es auch in meiner Stadt durchaus zu gewissen Händeln kommt.

1. April 1848. Im heutigen Anzeigeblatt erscheint eine von unserem Bürgermeister und den Gemeinderäten „in tiefster Ehrfurcht“ unterzeichnete Dankadresse an den „allerdurchlauchtigsten Erbgroßherzog und Mitregenten“. Es sind devote Einschmeichelungen, salbungsreiche Worte an den „edelmütigen Regenten“, dessen „hochherziges Geschenk so herrlicher Güter“ in Büdingen „jubelvollen Wiederhall gefunden“ habe. Sie schließen mit der Zusicherung, daß sich, wenn es feindliche Angriffe zu bekämpfen gälte, alles um die Ehrwürdige Hoheit scharte.

Die Treue Büdingens zum Regentenhaus kann kaum deutlicher zum Ausdruck gebracht werden. Ich vermute daher, daß sich die Revolution in meiner Heimatstadt kaum entfesselt hat. Andererseits sind jedoch die Sympathien für die mit großen Erwartungen verknüpfte neue Ära bei den Büdingern offenbar sehr wohl geweckt. Denn gewiß nicht ohne Grund bietet der Posamentier Pauly im Anzeigenteil schwarz-roth-goldene Bänder von allen Breitungen an.

Die größte Relevanz am heutigen Tage besitzt für mich aber ein Artikel im Wochenblatt. Der Herausgeber Reining nimmt darin Bezug auf einen Leserbrief vom 23. März und pflichtet der dort gestellten Forderung nach Einführung öffentlicher Gemeinderatssitzungen bei, auch wenn er nicht nachvollziehen kann, warum dem Rat — so stand es im Leserbrief — unterstellt wird, die vom Fürsten gemachten Verwilligungen könnten in seinen Händen verkümmern. Der Stadtvorstand habe es zwar de facto unterlassen, die Zugeständnisse des Fürsten öffentlich bekannt zu machen, allerdings könnte es sich dabei auch bloß um ein „Versehen“ gehandelt haben — denn schließlich sei das fürstliche Dekret vor der versammelten Bürgerschaft auf dem Rathause laut verlesen worden.



Ein Evangelium.

(Büdingen, den 7. März.) Evangelium heißt: eine freudige Botschaft; und mit Recht nennen wir eine Kunde letzterer Tage mit diesem gefeyerten Namen. Es ist das Edict vom 5. und 6. d. M., welches den Antritt der Mitregentschaft Seiner Königlichen Hoheit des Erb-Großherzogs von Hessen und bei Rhein rc. den Wechsel des Ministeriums, und die Freiheit der Presse rc. ankündigt. Durch Verfügung unserer thätigen Verwaltungsbehörde vom 7. d. bekannt gemacht und überall angeheftet, wurde dasselbe hier mit dem größesten Enthusiasmus aufgenommen. Schon des Abends vorher, als man die frohe Kunde hie und da vernahm, hörte man dem hochverehrten Regenten jubelnd Lebehoch erschallen, und als heute das freudige Ereigniß allgemein verbreitet wurde, durchwogten Schaaren, Gymnasiasten und Bürger vereint, mit Fahnen und Musik, unter Gesang und dem Ausruf der innigsten Freude, unsere Straßen. Abends wurde die Stadt erleuchtet, wobei sich Alles munter regte und die freudigste Theilnahme sich überall aussprach. Das Maaß der hohen Freude wurde durch freiwillige Zugeständnisse von Seiten Seiner Durchlaucht des Herrn Fürsten von Isenburg und Büdingen für hiesige Stadt noch vermehrt. So sehr alle Herzen von Begeisterung durchglüht waren, herrschte doch überall die größeste Ordnung und Musterhaftigkeit. Die freiwillig zur Uebernahme der Wache herzugeeilte Bürgermannschaft bezog ihren Posten zu Anfang der Nacht. Um Mitternacht begab sich Alles, von den Bildern solcher Freudenauftritte zu schönen Hoffnungen erhoben, zur Ruhe, so daß bald darauf auch Niemand mehr außerhalb seiner Wohnung anzutreffen war, was den hiesigen Bewohnern gewiß zur Ehre gereicht und das Zeugniß von ihnen abgibt, daß sie die Freiheit zu würdigen wissen.

Stadtarchiv Büdingen

Wochenblatt enthüllt Konzessionen

Was ich mich seit Wochen gefragt habe, nämlich, welche Konzessionen der Fürst uns gemacht hat, lese ich hier nun schwarz auf weiß: Ernst Casimir verzichtet auf Ansprüche am Wildenstein, an den Sandsteinbrüchen, an den Lettgruben im Stadtwald und an den unkultivierten Flächen in der Gemarkung Büdingen. Ferner hebt er die Schafhut auf Wiesen und Äckern auf, genauso wie das Bier- und Branntweinmonopol; er räumt den Bewohnern der Altstadt und der Hinterburg das Beholzungsrecht nach dem früheren Besitzstand ein, verspricht die Ausrottung des Hochwildbestands außerhalb des Parks und die Beilegung der zwischen ihm und der Stadt noch schwelenden Differenzen sowie auch die Einstellung der systematischen Güteranküufe in hiesiger Gemarkung. Dies also sind die Willensbekundungen unseres Fürsten, die, da teile ich Reinings Ansicht, Verbesserungen für uns leidgeprüfte Bürger versprechen. Damit dürfte die Erklärung gefunden sein, warum unter den Büdingern Zufriedenheit überwiegt und warum der Stadtvorstand seine Dankadresse an den Erbgroßherzog so positiv formuliert hat.

Überlieferungslage und Hintergründe

Die Quellenarmut, die dem bettlägerigen Chronisten sein Handwerk erschwert, vernebelt auch den Blick seiner Nachkommen, denn im Büdinger Stadtarchiv haben sich nur sehr wenige Schriftstücke aus den Revolutionsjahren 1848/49 erhalten. Die beiden genannten Lokalzeitungen stellen beinahe das einzige Quellenmaterial zu den damaligen Geschehnissen in Büdingen dar — und es sind keine sonderlich ergiebigen Quellen, halten sich doch die Redakteure auffallend zurück mit Berichten über das Revolutionsgeschehen.

Indes ist auch auf einen Glücksfall der Überlieferung hinzuweisen, denn es hat zumindest ein Schriftstück von herausragender Bedeutung überdauert: das „Document“, das Fürst Ernst Casimir am 7. März abfassen ließ und mit welchem er der Büdinger Bevölkerung mitteilte, auf welche Vorrechte er verzichtete und welche Segnungen er ihr zukommen ließ. Sein beträchtliches Entgegenkommen war zumindest in Teilen eine Reaktion auf eine Petition des Stadtvorstands — dies verrät der Wortlaut der Urkunde, während die Zeitungen nichts über die Petition berichten(!). Die Zugeständnisse scheinen eine gewisse „beruhigende“ Wirkung auf die Einwohnerschaft Büdingens ausgeübt zu haben, auch wenn Bürgermeister Urbach am 3. April den Bewohnern der Stadt noch einmal Regeln zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit vorgab. Grosso modo erfüllte sich aber die von Ernst Casimir geäußerte „zuversichtliche Erwartung […], daß von nun an Nichts mehr das herzliche Einvernehmen zwischen mir und der Stadt trüben werde, in welcher meine Väter geweilt, und ich 67 Jahre lang in Freud und Leid stets gerne mich aufgehalten habe“.

Carsten Parré,
Stadtarchiv Büdingen

(87) Schwarz-Roth-Gold-Bänder von allen Breiten, so wie Franzen Cocarden und alle dahin einschlagenden Artikel empfiehlt sich

Büdingen im März 1848.

Georg Pauly, Posamentier.

Stadtarchiv Büdingen

Michael Elsaß

Reinhard Pfnorr und Hans Gotthard Lorch an der Druckerpresse der Cloos'schen Druckerei

„Bei der Ehre unseres Blattes“

Vier Fragen an einen Drucker in Nidda

August 1848. Wir treffen Johann Lehr, der von Frankfurt kommend in der 1842 gegründeten Cloos'schen Akzidenzdruckerei in Nidda beschäftigt ist. Die kleine Druckerei hat einen wichtigen Anteil an der Entwicklung der Stadt.

Herr Lehr, was drucken Sie gerade?

Ich setze gerade Lettern für unsere lokale Zeitung, die wir hier seit 1843 drucken. Seit der Schaffung des Regierungsbezirkes Nidda im Juli heißt das Blatt nicht mehr „Kreisblatt“, sondern „Intelligenzblatt“. Die Zeitung wird immer wichtiger. Inzwischen drucken wir nicht nur amtliche Bekanntmachungen, Anordnungen, Aufsätze und Geschäftsanzeigen, sondern auch politische Nachrichten und ausführliche Berichte zu den Wahlversammlungen.

Was halten Sie vom politischen Geschehen?

Die Pressefreiheit, die seit März gilt, erleichtert die Arbeit. Aber wir nehmen nicht alles ins Blatt, was man uns zumutet. Artikel, die sich gegen die bestehende Staatsverfassung richten, lehnt mein Chef ab.

Welche Maschinen haben Sie in Ihrer Druckerei im Einsatz?

Ich arbeite an einer großen Kniehebel-Druckpresse der Firma Henschel & Sohn von 1843, das ist quasi eine direkte Weiterentwicklung der Gutenbergpresse. Beim Setzen mit einzelnen Bleilettern, die hier in den vielen Setzkästen zu finden sind, und dem Herstellen des Druckstockes muss ich sehr aufmerksam sein.

Andernorts entwickelt sich gerade rasant der fabrikmäßige Druck. Fürchten Sie soziale Folgen dadurch?

Ja, davon habe ich aus Frankfurt und Offenbach gehört. Die Einführung von Dampfmaschinen und Schnellpressen in den großen Druckereien drücken unseren Berufsstand zu Fabrikarbeitern herab. Wir befürchten sinkende Löhne. Ein Bekannter von mir hat sich schon dem Nationalen Buchdrucker-Verein angeschlossen, der sich im Juni in Mainz gegründet hat.

Das Interview führten Magdalena Zeller und Reinhard Pfnorr, Heimatmuseum Nidda e. V.

Stadtarchiv Butzbach/08.04.01.01.-0068

Georg Böhning (1788–1849), rechts, unterstützt den badischen Aufstand 1849. Grafik aus der Sammlung A. W. Heil im Stadtarchiv Butzbach

Ein fast vergessener Revolutionär

Georg Böhning aus Wiesbaden

Er kämpfte für die parlamentarische Republik und beschützte dennoch im März 1848 den nassauischen Monarchen. Gedankt wurde Georg Böhning das nicht. Wegen seines politischen Engagements musste er aus Wiesbaden fliehen und wurde 1849 hingerichtet.

Rund 30.000 bis 40.000 Demonstranten versammelten sich am 4. März 1848 vor dem Wiesbadener Schloss, um die neun Nassauer Forderungen durchzusetzen. Der alarmiert aus Berlin heraneilende Herzog vermochte nur unter militärischem Schutz des Bürgerwehr-Kommandanten Georg Böhning durch die Reihen der Protestierenden rasch vom Bahnhof zum Schloss zu eilen, um den fordernden Anwesenden vom Schlossbalkon — trügerisch, wie es sich herausstellen sollte — zu versichern: „Nassauer! Die Forderungen, die ihr an mich gestellt habt, werde ich halten.“ Die protestierenden Bauern und Bürger zogen zufrieden und unter Hochrufen ab. So ermöglichte — wohl aus Anstand oder Soldatenehre — der Revolutionär Georg Böhning in einem entscheidenden Moment den Fortbestand der eigentlich von ihm bekämpften feudalen Herrschaft, hier des Nassauer Herzogs Adolph. Das war so nicht vorhersehbar, kämpfte doch der hier schützende Kommandant seit langem für eine parlamentarische Republik.

Johann Georg Daniel Böhning, geboren 1788 in Wiesbaden, war Sohn einer Uhrmacherfamilie, lernte und übte lebenslang auch diesen Beruf erfolgreich aus. Über seine Schul- und Ausbildungszeit ist wenig bekannt; überhaupt ist die Quellenlage über ihn sehr dürftig. Jedoch darf angenommen werden, dass ihm seine besonderen handwerklichen Kenntnisse — bald wurde er „Hofuhrmacher“ genannt — und politischen Interessen Kontakte zu anderen republikanischen Uhrmachern eröffneten, wie zu dem Demokraten Philipp J. Schöppler aus Mainz oder seinem Freund Karl Schapper aus Nassau.

Oppositionelle Schriften

Das erfolgreich betriebene Uhrmacherhandwerk bildete nicht alleine seine wirtschaftliche Basis. Er führte zudem mit seiner Frau Johanette geb. Zollmann, die er 1808 geheiratet hatte, ab 1827 in der Wilhelmstraße (damals Nr. 34, heute 40) ein Hotel mit Badehaus und Restaurant, den „Aachener Hof“. Auch hier verband er wirtschaftliche Tätigkeit mit politischem Engagement. Er richtete — unentdeckt — eine kleine Druckerei ein, in der er mutmaßlich auch oppositionelle Schriften druckte. Das Hotel bot zudem Unterschlupf und Kontaktstelle für geflohene oder verfolgte Republikaner. Das Hambacher Fest 1832, an dem er begeistert teilnahm, gab Böhning einen neuen politischen Impuls. Er nahm auch aktiv an der Gründung eines Geheimbundes „Zelt“ teil, der im Austausch mit den Geheimbünden „der Geächteten“ und „der Gerechten“ stand. Im Verfahren gegen die beiden Schneidermeister Wilhelm und Philipp Enke 1840 wegen Beteiligung am Frankfurter Wachensturm 1833 gestanden diese und verrieten dabei, dass Georg Böhning aus Nassau auch beteiligt war. Böhning wurde daraufhin 1841 verhaftet und musste schließlich doch mangels Beweisen freigelassen werden. Er ließ sich in Folge einen markanten Bart wachsen, wohl um weniger erkennbar zu sein.

Im Januar 1848 fanden die vielfältigen republikanischen Aktivitäten Georg Böhnings ihren ersten Höhepunkt. Auf einer regionalen Turnerversammlung in Hattersheim mit Teilnehmern aus Frankfurt, Offenbach und Mainz rief er zum gewaltsamen Umsturz auf.

Kommandant der Bürgerwehr

Sein bekanntes republikanisches Engagement und seine militärischen Erfahrungen bildeten die Voraussetzungen dafür, dass Georg Böhning am 2. März 1848 zum Chef der Wiesbadener Bürgerwehr gewählt wurde. Böhning hatte durch seine Kriegsteilnahme 1814/1815 erhebliche militärische Kenntnisse gesammelt. Diese wohl leidenschaftlichen Erfahrungen ließen den Oberleutnant zudem von 1822 bis 1824 am griechischen Befreiungskampf teilnehmen. Er wollte danach sogar mit seiner Frau in Izmir/Smyrna sesshaft werden; dieser Plan scheiterte und beide kamen 1827 nach Wiesbaden zurück.

Am 4. März 1848 forderten die Vorsitzenden des „Comités der republikanischen Gesellschaft“, Böhning, Dietz und Graefe, in einem Flugblatt die Abschaffung der Monarchie und Errichtung einer Republik. Nach dem „Versprechen“ des Herzogs am gleichen Tag legte Böhning aber am 9. März, wohl wegen interner Konflikte, das Amt des Bürgerwehrkommandanten mit einem Hoch auf die Bürgerwehr und — erstaunlich — den Herzog nieder. Das Sicherheitskomitee bestimmte nun das militärische Vorgehen. Am 26. März wurde er allerdings wieder als Mitglied im Komitee bestätigt.

Mit dem Beginn des Vorparlaments in Frankfurt am 31. März nahmen auch die Auseinandersetzungen in Wiesbaden zu. Böhning fasste in einem Flugblatt die politischen und vor allem sozialen Forderungen der Republikaner zusammen, die endlich alle 50 Millionen Menschen in Deutschland und nicht nur die 33 Fürstenfamilien glücklich machen sollten. Böhning wurde daraufhin endgültig aus dem Sicherheitskomitee ausgeschlossen und des republikanischen Hochverrats angeklagt. Gleichzeitig unternahm er weitere republikanische Anstrengungen, die in Wiesbaden am 24. Mai 1848 zur Gründung eines Arbeitervereins mit 300 Mitgliedern führten. Diese Aktivitäten spitzten sich im „Julikrawall“ vom 16. bis 18. Juli zu. Es galt, verhaftete Kanoniere zu befreien. Das gelang, doch Georg Böhning musste fliehen. Militär aus Mainz stellte „Ruhe und Ordnung“ wieder her, die Wiesbadener Soldaten galten als nicht mehr zuverlässig. Sogar „Turnvater“ Jahn wandte sich in einer üblen Polemik gegen Böhning und Genossen: „Jedes Volk hält seine erkauften Wühler in Deutschland, sogar türkische Sendlinge treiben sich hier umher und die socialen Demokraten sind die Dummhüte und Dubber.“

Standrechtlich zum Tode verurteilt

Von Frankreich aus schloss Böhning sich zunächst dem republikanischen Aufstand Gustav Struves in Baden an und floh nach dessen Niederlage erneut nach Frankreich. An der Schweizer Grenze sammelte er zahlreiche Flüchtlinge und begründete die „Flüchtlingslegion“ zur weiteren militärischen Unterstützung der badischen Revolutionsarmee. Nach einigen Kämpfen unterlag auch diese den preußischen Truppen. „Oberst“ Böhning floh mit 6.000 Soldaten am 30. Juni 1849 in die Festung Rastatt. Die Garde verließ die Festung und gab die Waffen ab. Am 16. Juli wurde Georg Böhning verhaftet und standrechtlich zum Tode verurteilt, das Urteil wurde am 17. August vollstreckt. „Ach Gott, von meinen Mördern komme ich zu Dir“, sollen seine letzten Worte gewesen sein. Mit ihm starben 19 weitere Freiheitskämpfer.

Am 17. August 1999 wurde in Wiesbaden am Eingang einer Passage von der Wilhelmstraße ein Gedenkstein eingebracht. Das ist wenig für eine Stadt, die ansonsten gern Straßen nach feudalen Feldherren benennt.

Dr. Helmut Arnold, Wiesbaden,
Nassauischer Verein für Naturkunde e. V.

Klingspor Museum

„Dem Volke sein Recht“

Interview mit dem Landtagsabgeordneten Justi

Der Idsteiner Apotheker und Likörfabrikant Gustav Justi gehörte 1848 der Nassauischen Ständeversammlung an. Als engagierter Demokrat zählte er unter den insgesamt 41 Abgeordneten zu den politisch linksstehenden Volksvertretern. 1850 musste Justi sich einem Hochverratsprozess stellen, wurde jedoch von den Vorwürfen freigesprochen. In einem fiktiven Gespräch haben wir ihn zu seinen politischen Gedanken und Vorstellungen befragt. Sie zeigen stellenweise eine starke Nähe zur Rechts- und Staatsphilosophie Georg Wilhelm Friedrich Hegels, mit dessen Denken sich Justi eingehend beschäftigte. Die Antworten sind wörtlich den Protokollen der Ständeversammlung und einer wissenschaftlichen Abhandlung Justis entnommen. Stil und Schreibweise der damaligen Zeit sind beibehalten worden.

Herr Justi, zwei Generationen liegen jetzt die umwälzenden Ereignisse zurück, die unseren Kontinent grundlegend verändert haben. Wie schätzen Sie diese Veränderungen ein?
Die Französische Revolution hat in ihren tragischen Arbeiten manche schrecklichen Wege eingeschlagen. Aber durch sie haben und mußten wir eine andere Staatsform erhalten, und zwar eine Staatsform, die sich sichert vor der Persönlichkeit, die der Persönlichkeit einen Damm in ihrem einseitigen, willkürlichen Handeln entgegensetzt. Dem Volke sein Recht.

Worin zeigt sich der Unterschied im Vergleich zu der Zeit davor besonders deutlich?
Vorher galt der Mensch nur, insofern er eine äußere bestimmte Stelle entweder durch den Zufall der Geburt oder durch äußere Verhältnisse hatte. Dieser Zufall wies ihm seine ganze staatliche Stellung an; schon in der Wiege war die ganze Art des Ablaufens seines Lebens bestimmt. Die Französische Revolution brachte die Anerkennung des Menschen als Geist.

Dieser Geist, will heißen die Intelligenz und Klugheit der Menschen, versammelt sich in unserer heutigen Zeit in den Parlamenten. Die Volksvertreter haben Verfassungen ausgearbeitet und dem Staat und sich selbst Regeln gegeben.
In der Tat. In der constitutionellen Staatsform treten die Staatsbürger als anerkannte und vertretene Allgemeinheit der Persönlichkeit des Monarchen gegenüber. Jedes Glied mit seiner Eigenthümlichkeit ist zur Darstellung des Staates notwendig und hat somit gleiche Berechtigung. Jedes Glied ist nicht als Theil für sich, sondern als Glied zur Hervorbringung des Ganzen thätig und wird sich seiner wahren Stellung in dem Ganzen (dem Staate) durch das Ganze bewußt. Es erhält folglich seine staatliche wahre Lebensstellung an und in dem Ganzen.

Der Dienst am und im Staate erfordert doch von den Bediensteten eine gewisse Neutralität?
Ich glaube, der Staatsdiener muß im vollesten Sinne des Wortes auch Staatsbürger seyn können und dürfen, und alsdann ist erst eine wahre Vermittelung zwischen Regierung und Volk hergestellt, und die Regierung stark. Eine Regierung, welche auf dem Bewußtseyn der Zeit und dem wahren Rechte basirt, ist stark in sich selbst, steht sie nicht auf diesem Standpunkt, so ist es die Pflicht jedes Staatsbürgers und besonders jedes Staatsdieners, sie zu stürzen. Ich muß es nochmals ansprechen, daß nur da, wo der Staatsdiener im vollen Sinne des Wortes Staatsbürger seyn kann, alle Institutionen die wahre Festigkeit erhalten.

Als Mitglied des nassauischen Parlaments setzen Sie sich besonders für Bildung und Wissenschaft ein. Brauchen wir überhaupt so etwas Kostspieliges wie Eliten?
Namentlich haben wir Deutsche alles der Wissenschaft zu danken, und was uns früher in politischer Beziehung mangelte, hatten wir in Beziehung auf wissenschaftliche Bildung vor anderen Völkern voraus. Durch sie waren wir und sind wir groß, ja selbst unsern politischen Aufschwung haben wir fast allein nur der wissenschaftlichen Ausbildung zu verdanken.

Bei den Vertretern der christlichen Kirchen haben Sie sich mit Ihren Forderungen, ihnen den Religionsunterricht aus der Hand zu nehmen, nicht gerade beliebt gemacht.
Die Trennung der Schule von der Kirche ist ausgesprochen. Wir wollen nicht, daß später in den Elementarschulen confessioneller Unterricht ertheilt werde, indem dieser nur Zwietracht in das jugendliche Gemüth säet. Der Zweck der Schule ist und bleibt die Erziehung des Menschen zur geistigen Selbstständigkeit, nicht der confessionellen. Wir leben in einer Zeit, welche nach Einheit strebt; wir müssen daher, um nicht schon früh den Zwiespalt in das jugendliche Gemüth zu säen, den confessionellen Religionsunterricht in den Schulen aufheben und den Händen der Geistlichen entnehmen, dagegen aber den Lehrern den allgemeinen Religionsunterricht zurückgeben. Im 13ten oder 14ten Jahre beginnt alsdann der confessionelle Religionsunterricht noch früh genug. Der allgemeine Religionsunterricht in der Hand des Lehrers schlingt ein innigeres Band um Lehrer und Kinder. Während jener sonst meist als Zuchtmeister erscheint, so ist es die Religionsstunde, welche ihm das kindliche Gemüth aufschließt.

Was schlagen Sie stattdessen vor?
Wenn angegeben wurde, der Religionsunterricht auf dem Seminar solle ein wissenschaftlicher sein und müßte hauptsächlich zur wissenschaftlichen Ausbildung der Seminaristen beitragen, so kann dieser Zweck nur erreicht werden, wenn Religionsgeschichte, respektive Religionsphilosophie vorgetragen wird. Sie zeigt den Schülern, wie sich die Menschheit von der tieffsten Stufe der religiösen Anschauung zu einem reineren, geistigeren Gottesbewußtseyn entwickelt hat, wie sich die Menschheit von der Religion, der Zauberei und dem Brahmaismus zur geistigen Anschauung der Gottheit erheben kann. Ich glaube, daß ein solcher Religionsunterricht einen viel allgemeineren und höheren Bildungsstoff in sich trägt als der confessionelle Religionsunterricht, der bisher immerwährend Zwiespalt hervorgerufen hat.

Wikimedia Commons

Gustav Justi (1810 – 1879), Büste in Idstein

Gestatten Sie noch eine abschließende Frage: Welche Voraussetzungen muß der Staat schaffen, damit sich ein lebendiges funktionierendes Gemeinwesen entwickelt?
Der Staat muß sich selbst und somit auch seinen Gliedern die Freiheit der Bewegung und Einsicht in die Bewegung geben; er muß, so wie seine Glieder, danach streben, alles Einseitige und Persönliche, alles nicht in seinem Wesen Liegende, zu entfernen. Dann ist der Staat wahrer dargestellter Geist. In dem geselligen Leben ist Störung, sobald e i n e Person sich geltend macht; nur wenn alle Personen gleiche Berechtigung haben, ist wahrer geselliger Verkehr.

Das Interview führte Ulrich Boller,
Stadtarchiv Idstein

Jürgen Mogg, Museumsverein Kelkheim e. V.

Steine erinnern an Familie von Gagern

Ein kleiner Park erinnert in Kelkheim-Hornau an die Zeit, als die Familie von Gagern dort ein Hofgut besaß. Zwölf Findlinge symbolisieren die Mitglieder der Familie: die Eltern Hans Christoph und Charlotte von Gagern, die 1818 das Hofgut kauften und zu ihrem Wohnsitz machten und ihre zehn Kinder — darunter die „politischen Söhne“ Friedrich, Heinrich und Max, die sich häufig in Hornau aufhielten. Neben Heinrich, der zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde, zog auch sein jüngerer Bruder Max 1848 als Abgeordneter in die Frankfurter Nationalversammlung ein. *tw*

Landwirt zieht ins Vorparlament ein

Eschborn, März/April 1848. Oppositionelle Politiker hatten auf der „Heidelberger Versammlung“ am 5. März 1848 beschlossen, „Vertrauensmänner“ zu einem Vorparlament in Frankfurt einzuladen, um Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung vorzubereiten. Dazu zählte auch Philip Jacob Müller aus Eschborn. Er war Mitglied der Deputiertenkammer des Herzogtums Nassau, in die er von 1846 bis 1848 von der Gruppe der Grundbesitzer im Wahlkreis Wiesbaden gewählt worden war. So kam er zu der Ehre, im Vorparlament mitwirken zu dürfen. In der Wahlperiode 1848 bis 1851 war er dann Mitglied der Nassauischen Ständeversammlung, gewählt im Wahlkreis X (Königstein/Höchst). Er gehörte dem „Club der Rechten“ an, in dem sich klerikal-konservative Abgeordnete zusammengeschlossen hatten.
Geboren wurde Müller 1786 im Eschborn benachbarten Sulzbach. Er war evangelisch, und er war „Erbhofbeständer“ (Gutsverwalter) auf dem Solms-Rödelheimer Hof in Eschborn wie bereits sein Vater, dem er in dieser Funktion nachfolgte. Philips Mutter, eine geborene Rudolph, war die Tochter des Sulzbacher Gerichtsmannes Jacob Rudolph. Müller war zweimal verheiratet, in erster Ehe mit der Tochter des Eschborner Schuhmachers Johann Christoph Diel. Nach deren frühem Tod heiratete er die Tochter des Eschborner Schultheißen Johann Andreas Junghenn. Müller verstarb am 6. Oktober 1858 in Eschborn, wo er auch beerdigt wurde. *gr*

Preußische Truppe in Eschborn in Bereitschaft

Oktober 1848. „Den 8ten Octob.[er] wurde von dem preusischen Militär, welches schon vom 7ten d. M. zum Schutz des Parlaments hier liegt, in dem einen Schulzimmer des Königs Geburtstag gefeiert.“ So heißt es in der alten Schulchronik von Eschborn.
Bei dem Geburtstag, den die Truppen in Eschborn feierten, kann es sich nur um den Geburtstag des damaligen preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. (geboren am 15. Oktober 1795) handeln. Entweder haben die Soldaten den Geburtstag ihres Königs zu früh gefeiert oder der Lehrer hat das Datum in der Schulchronik falsch angegeben.
Die in Eschborn vorsorglich „zum Schutz des Parlaments“ stationierten preußischen Truppen kamen wohl nicht zum Einsatz. Sie haben Eschborn mit dem Ende der Nationalversammlung im Frühsommer 1849 wieder verlassen und den okkupierten Schulsaal frei gegeben.
Wie viele Soldaten dort einquartiert waren, ist nicht bekannt. Stationiert wurden sie wohl in Folge des Septemberaufstandes im benachbarten Frankfurt, wo am 18. September 1848 bei heftigen Barrikadenkämpfen und Schießereien 40 Aufständische, elf Soldaten und die beiden Paulskirchenabgeordneten Fürst Felix von Lichnowsky und Hans von Auerswald ums Leben gekommen und zahlreiche weitere Menschen verletzt worden waren.

Gerhard Raiss (gr),
Museum Eschborn

Frei wie die Vögel des Waldes

Lebensfreude und Geselligkeit — darum ging es den Eppsteiner Sängern bei der Gründung ihres Vereins. Doch sie haben auch ein ungewöhnliches Anliegen: den Tierschutz.

Im Jahre 1845 haben sich 15 Herren aus Eppstein zusammengetan und einen Singverein gegründet. „Das Singen machte uns frei wie die Vögel des Waldes“, berichtet der Präsident des Eppsteiner Gesangvereins, Adam Guckes. Der Zeichenlehrer und Heimatdichter aus Eppstein erklärt, warum es zur Gründung des Vereins kam: Jeden Montag müssten viele Arbeiter Eppstein verlassen, um zu ihren Arbeitsstätten nach Frankfurt zu wandern. Der kleine Flecken im Herzogtum Nassau ist zwar Erholungsort und hat eine romantische Burgruine, die von vielen Ausflüglern besucht wird. Es gibt dort einige Mühlen, auch Gasthäuser, aber keine Fabriken, die den Bewohnern Arbeit geben.
Wie Guckes ausführt, ertöne jeden Montag in aller Herrgottsfrühe ein Böllerschuss von der Burg. Das sei das Zeichen für die Männer, sich vor der Talkirche zu versammeln und nach Frankfurt aufzubrechen. „Auf dem langen und beschwerlichen Weg haben wir oft Lieder angestimmt, um die Zeit zu verkürzen, aber auch, um die Sorgen des Alltags hinter uns zu lassen“, berichtet Guckes. „Das Singen war ein Born für unsere Lebensfreude auch an schlechten Tagen.“

Zahlen statt Noten

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten außer Adam Guckes auch Johann Ludwig Guckes, Johann Philipp Guckes, Johann Kilb, Jakob Löber, Friedrich Quandt, Johann Quandt, Philipp Quant, Herasmus Schmidt, Johann Sauer, Ludwig Sparwasser, Gerhard Ubrich, Philipp Ubrich und die Lehrer Wehrheim und Stroh. Die Genehmigung zur Gründung des Vereins sei mit einigen Hürden verbunden gewesen. Aber die Statuten wie die Hebung des Volkslebens durch die Gesangsausbildung, die Förderung der Eintracht und Geselligkeit, die Verbesserung des Kirchengesangs und die Aufrechterhaltung von Anstand und Sittlichkeit hätten die herzoglichen Behörden dann doch überzeugt.
Ein ganz besonderes Statut hat der Eppsteiner Gesangverein zudem: die Sänger engagieren sich für den Schutz der heimischen Vögel. Die Singvögel werden vielerorts gefangen und getötet, weil sie die Saaten fressen. Oft ist sogar behördlich angeordnet, Spatzenköpfe abzuliefern. „Wir möchten, dass die Vögel geschützt werden“, betont Guckes. Wer gegen die zum Schutz der Singvögel erlassenen Bestimmungen verstoße, dem sei der Zutritt zu den Vereinsveranstaltungen verwehrt. Der Eppsteiner Gesangverein erfährt dabei große Unterstützung durch den herzoglichen Amtmann Kissel, der den Missetätern empfindliche Strafen androht.

> *Wer gegen den Schutz der Singvögel verstößt, dem ist der Zutritt verwehrt.*

Der Monatsbeitrag für die Mitgliedschaft in Eppsteins erstem Gesangverein beläuft sich auf sechs Heller. Jeden Sonntag nach dem Gottesdienst in der evangelischen Talkirche ist Gesangsprobe. „Die Mitglieder konnten keine Noten lesen, sie haben mit schwieligen Händen selbst ihre Liederbücher geschrieben und statt der Noten einfach Zahlen in die Linien eingetragen“, berichten die Dirigenten Wehrheim und Stroh. Mühevoll sei es oft gewesen, die Melodien und Texte zu lernen. Dennoch seien immer mehr Eppsteiner, sogar katholische, nach und nach in den neuen Gesangverein eingetreten.

Stadtarchiv Eppstein

Seit 1845 gibt es in Eppstein einen Gesangverein. Ein Jahr später wurde die Vereinsfahne geweiht.

Zweimal täglich exerzieren

Stolz ist man auf die Vereinsfahne. Der Besitzer der Burgruine, der Historiker Friedrich Gustav Habel, hat sie dem Verein gestiftet. „Ich habe oft oben auf der Burg gestanden und dem Gesang unten in der Talkirche gelauscht“, erzählt Habel. „Also habe ich eine Fahne bei Fräulein Reil in der Schlossgasse sticken lassen.“ Habel engagiert sich aber nicht nur für den ersten Gesangverein in Eppstein. Er gehört auch zu den Besitzern der Burg, die das ehrwürdige Gemäuer erhalten möchten und vor dem Abbruch bewahren. Im Burghof hat er daher Bäume gepflanzt, die es ermöglichen, die alten Mauern in einem Park zu erleben.
In dem von ihm ausgelegten Besucherbuch haben sich viele illustre Gäste aus aller Herren Länder eingetragen. Und so wurde auch im Burghof am 30. August des Jahres 1846 die Fahne geweiht. „Ich möchte hiermit meinem Wunsch Ausdruck verleihen, dass dieser Verein die Einigkeit beider Konfessionen und die Verfolgung der Vereinsziele bewahren möge“, so die feierliche Ansprache des Schultheißen Friedrich Probst. Vereinsmitglied Jakob Löber schrieb ein Festgedicht: „Nur zu Eppsteins Ehre wallen, soll die Fahne, nun geweiht. Weithin soll ihr Lob erschallen, weithin und zu jeder Zeit.“
In diesen unruhigen Tagen des Jahres 1848 sind Eppsteins Sänger nun anderweitig beschäftigt. Nach den neun Forderungen der Nassauer vom 2. März hat Herzog Adolph die Volksbewaffnung gewährt. So wurde auch in Eppstein eine Bürgergarde aufgestellt. Statt in die Singstunde zu gehen, müssen alle Männer im Alter von 17 bis 50 Jahren nun zweimal täglich — auch sonntags — exerzieren. „Doch werden wir auch den Gesang und die Ziele unseres Eppsteiner Gesangvereins weiter in die Zukunft tragen, die uns hoffentlich weitere Freiheiten gewährt“, ist sich Präsident Adam Guckes sicher.

Monika Rohde-Reith,
Stadt- und Burgmuseum Eppstein

Volksfest unter Kastanien

Revolution in Kronberg

1848 zieht auch durch das beschauliche Kronberg ein frischer Wind. Die Bürger bewaffnen sich und der bekannte linke Paulskirchenabgeordnete Robert Blum hat einen vielbeachteten Auftritt.

Es ist eine unruhige Zeit in deutschen Landen. Im Zuge bürgerlich-revolutionärer Erhebungen gegen die herrschenden Mächte der Restauration und deren politische und soziale Strukturen stellten die Bürger Nassaus unter der Führung des liberal gesinnten Politikers und Advokaten August Hergenhahn, des späteren Ministerpräsidenten, neun Forderungen an ihren Landesherrn Herzog Adolph von Nassau. Unter anderem wurden die Volksbewaffnung, die Pressefreiheit und die Einberufung eines deutschen Parlaments verlangt. Aufgrund einer Großdemonstration von rund 30.000 Menschen vor dem Wiesbadener Schloss und der Androhung der Erstürmung der Residenz gab der Herzog den Forderungen nach.
Und so wehte auch in Kronberg, damals noch „Cronberg“ geschrieben, ein Hauch davon durch den Ort, der zwar seit 1330 Stadtrecht besaß, aber eher ein landwirtschaftlich und durch Handwerk geprägtes Dorf war. Es hatte die mittelalterlichen Grenzen der Stadtbefestigung mit seinen gerade 1.800 Einwohnern noch nicht gesprengt.
Und doch entwickelte sich dieser Hauch schnell zu einem frischen Wind. Bereits am 5. März 1848 erscheint in Kronberg ein Aufruf zur Volksbewaffnung. Es wurde eine etwa 200 Mann starke Bürgergarde, auch Sicherheitskomitee genannt, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gebildet. Die Schützengesellschaft von 1398 bildete den Kern dieser Garde unter der Führung eines der angesehensten Bürger des Städtchens. Wilhelm Neubronner, der Besitzer der alten Apotheke in der Doppesstraße übernahm als Major die Führung. Als seine Hauptleute agierten der ehemalige Spitalmeister Weidmann und Oberförster J. Gerstner. Tambourmajor wurde der Besitzer des Gasthauses Zum Weinberg, Heinrich Renker, der später als Wirt das Gasthaus Zum Schwarzen Adler übernahm. Sein Tambour war ein Bürger namens Henrich.

50 Gewehre, 32 Musketen

Die notwendige Bewaffnung mit 50 Gewehren und 32 Musketen wurde aus Wiesbaden beschafft und die Stadt Kronberg mietete vom 12. März bis zum 12. Mai ein Zimmer von Friedrich Bohrmann am ehemaligen Frankfurter Tor im Habig'schen Haus zum Preis von zehn Gulden an, das als Wachstube diente.
Am Vorabend der Eröffnung der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, dem 17. Mai 1848, gab es eine Veranstaltung während der ein Freudenfeuer abgebrannt wurde. Am 23. Juli — eine andere Quelle, der Kronberger Kur-Anzeiger, nennt den 30. Juli — findet schließlich die feierliche Weihe der schwarz-rot-goldenen Freiheitsfahne der Bürgergarde auf dem Kastanienstück des Philipp Peter Brosius an der Königsteiner Straße im Rahmen eines Volksfestes statt.
Brosius besaß wohl das Gelände rechts der heutigen Gartenstraße zwischen Königsteiner- und Jaminstraße, auf dem die Feier stattfinden konnte. Die Fahne, die jede Bürgergarde haben musste, wurde von Frauen und Mädchen aus der Einwohnerschaft genäht und bestickt. Die Stadtkasse übernahm mit der Zustimmung des Stadtvorstandes 7 Gulden und 39 Kreuzer an Kosten für die Feierlichkeiten, die auch acht Maß Apfelwein für die Mädchen beinhaltete. Mit den Mädchen sind wohl die Fahnenjungfrauen gemeint, die während des Zugs zum Festgelände die Fahne eskortiert haben.

Hans Robert Philippi

Wilhelm Neubronner (1813–1894)

Freiheitsrede von Robert Blum

Auf demselben Gelände hat das Mitglied der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, Robert Blum, eine Freiheitsrede an das Volk, an die Einwohner Kronbergs und Umgebung gehalten. Er war Gast des Apothekers Neubronner, der später selbst von 1867 bis 1871 Abgeordneter der Nationalliberalen Partei im Reichstag des Norddeutschen Bundes wurde. Blum ging 1848 nach Wien und wurde dort standrechtlich erschossen. Daher auch die insbesondere im 19. Jahrhundert bekannte Redewendung „Erschossen wie Robert Blum“, die für ein großes, ja brutales, Missgeschick steht.
Aus dem frischen Wind wurde jedoch bald nur noch ein laues Lüftchen. Zu schnell erreichte die alte Führungsschicht wieder die Oberhand. Bereits im Mai 1848 wurde das Wachlokal der Bürgergarde schon wieder aufgegeben. Es gab Schwierigkeiten mit der Beschaffung von Gewehren, Musketen und Munition. Soweit nachvollziehbar wurde die Wehr im September 1848 schon wieder entwaffnet.
Eines allerdings schaffte die Freiheitsbewegung in Kronberg dann doch: Als Maßnahme des Aufbegehrens gegen obrigkeitliche Forderungen ist der Kauf der Zehntscheune durch die Stadt im Laufe des Revolutionsjahres anzusehen. Die entschädigungslose Abschaffung der Zehntbesteuerung war eine der zentralen Forderungen der Märzrevolution. Um Genehmigung dieses Kaufs wurde erst ein Jahr später, 1849, nachgesucht. Geschickterweise, nachdem die Frage der Zehntablösung geregelt worden war.

Hans Robert Philippi,
Museumsgesellschaft Kronberg e. V.

Erstellt mit Canva.com / Sonstige Bilder: Wikimedia Commons

Anja Pinkowsky, Stadtarchiv Hattersheim a. M., und Ute Gillmann, Kulturforum Hattersheim e. V.

„Da habt Ihr mich, ich gehöre zu Euch!"
Einzug des Erzherzogs Johann

In einem Vortrag am Darmstädter Alice-Lyceum erinnerte sich Luise Büchner an den Tag, als der von den Abgeordneten der Nationalversammlung zum provisorischen Staatsoberhaupt gewählte Erzherzog Johann von Österreich in Frankfurt eintraf.

Auf den 11. Juli, einen glühend heißen Tag, war morgens 9 Uhr der Einzug in die alte Reichsstadt bestimmt; schon die ganze Nacht vorher wogte es in den Straßen, und am nächsten Morgen waren diejenigen, durch welche der Zug kommen sollte, so dichtgedrängt voll Menschen, dass kaum ein Apfel zur Erde fallen konnte. Alle Fenster, alle Dächer, jeder Mauervorsprung, jeder Baum war mit Menschen überladen, und geduldig harrte diese Masse aus, geduldig wie das deutsche Volk so lange auf seinen Messias gewartet, — den ganzen, heißen Sommertag lang.
Man hungerte und durstete, bis endlich um 6 Uhr Abends die kleine heisere Glocke auf dem Hanauer Bahnhofe das Nahen des Ersehnten verkündete; nun donnerten die Kanonen, nun brauste der Glockenklang durch die Luft, aber sie wurden noch übertönt von dem Rufen und Toben der Menge. Langsam fuhr der Wagen, in dem der Erzherzog saß, dahin; kaum konnten die sechs Schimmel, die ihn zogen, sich durch die Massen Bahn brechen, und nun erblickte man endlich ein kleines, verschrumpftes Männchen mit kahlem Kopfe und einem rötlichen, geistlosen aber gutmütigen Gesicht über der hechtgrauen Tyroler Jägeruniform, die der Erzherzog gewöhnlich trug. Er grüßte und nickte nach allen Seiten, während Kränze ihm entgegenflogen, Tücher und Fahnen zu Tausenden in die Luft wirbelten.
Auf der Zeil, am römischen Kaiser, wo er wohnen sollte, empfing ihn die Deputation des Parlaments, aus den verschiedenen Parteien der Paulskirche zusammengesetzt, mit sehr geteilten Empfindungen. Auf Gagerns Ansprache antwortete er mit wenigen herzlichen Worten, deren Schluss lautete: „Da habt Ihr mich, ich gehöre zu Euch!" Abends gab es einen glänzenden Fackelzug, […] ganz Frankfurt schwamm im Feuer einer glänzenden Illumination.

Enttäuschender Anblick

Viele, sehr viele hatte der Anblick des kleinen Männchens bitter enttäuscht, und man fragte sich sorgenvoll: Soll diese schwache Kraft in solch schwerer Zeit mächtig genug sein, dieselbe neu einzurichten? Am nächsten Morgen wurde der Erzherzog von 50 Parlamentsmitgliedern unter Glockengeläute und Freudenschießen zu Fuße nach der Paulskirche geleitet; den ganzen Weg entlang bildete die Bürgerwehr Spalier und ihm vorauf trug man zwei Reichsfahnen.
In der Paulskirche angekommen empfing Gagern den Reichsverweser mit einer feierlichen Ansprache, worauf einer der Sekretäre das Gesetz über die provisorische Centralgewalt verlas. Dann legte er ihm die Frage vor, ob er dieses Gesetz „wolle halten und halten lassen zum Ruhme und der Wohlfahrt des Vaterlandes". Der Erzherzog, welcher die Gabe der freien Rede in keiner Weise besaß, las, nachdem er die Brille aufgesetzt, seine Antwort von einem bereit gehaltenen Blatte Papier ab, versprach Alles, und dann, unter den Bravos und Lebehochs aller Anwesenden reichte er Gagern die Hand und sagte: „Auf der Welt darf man nichts halb thun, hat man einen Entschluß gefaßt, so muß man sich dem ganz widmen, wozu man berufen ist, nämlich der deutschen Nation!" Dann verließ er rasch die Kirche.

Impuls: Agnes Schmidt,
Luise Büchner-Gesellschaft e. V., Darmstadt

HMF CC0 71

Begeisterter Empfang in Frankfurt für Erzherzog Johann — das Paulskirchenparlament hatte ihn zum provisorischen Staatsoberhaupt eines zu schaffenden deutschen Nationalstaates gewählt.

Barrikadenkampf in Sachsenhausen

Juli 1848. Ein scheinbar nichtiger Anlass hat in den vergangenen Tagen Barrikadenkämpfe und Schießereien zwischen Bürgern und Militär ausgelöst. Ein Soldat ist dabei ums Leben gekommen. Auslöser der Tumulte war ein Streit zwischen einem Sachsenhausener Bäckermeister und dessen Kunden. Diese hatten sich über schlechtes Brot und zu kleine Brötchen beklagt. Der kritisierte Bäcker beschimpfte seinerseits die aus seiner Sicht undankbaren Konsumentinnen und Konsumenten.
Die Situation schaukelte sich weiter hoch, als einige Sachsenhausener in der Nacht zum 7. Juli vor dem Haus des Bäckers auftauchten, ihn mit einer Katzenmusik verspotteten und dabei mehrere Fensterscheiben einwarfen. Als sich dann auch noch die Frankfurter Behörden in den Sachsenhausener Brotstreit einschalteten, eskalierte die Lage vollends.

Bürger vertreiben Militär

Hochnervös wegen des besvorstehenden Einzugs des Reichsverwesers Erzherzog Johann beschlossen die Verantwortlichen, ein Exempel zu statuieren, um Ruhe und Ordnung in der Stadt zu wahren. Doch sie erreichten das Gegenteil. In Sachsenhausen wurden flugs Barrikaden errichtet, eine davon direkt an der Mainbrücke. Eine Einheit der Bürgerwehr, sogenannte „Freiwillige Jäger", die zumeist aus Sachsenhausenern bestand und als Verstärkung gedacht war, ging fast geschlossen zu den Aufständischen über.
Es kam zum Schusswechsel zwischen dem herbeigerufenen Militär und den Protestierenden. Dabei wurde ein Soldat erschossen. Der Widerstand war so groß, dass das Militär schließlich das Feld räumen musste. Am Abend des 7. Juli war Sachsenhausen in den Händen der Aufständischen. Die Nacht jedoch verlief völlig ruhig. Und nachdem der Frankfurter Senat eine Art Generalamnestie zugesichert hatte, wurden die Barrikaden bereits am folgenden Tag wieder geräumt.
Trotz der Amnestie wurden mehrere Personen verhaftet, darunter Christian Esselen, der Vorsitzende des Frankfurter Arbeitervereins. Wie das Frankfurter Journal berichtet, lieferten einige Bewohner Sachsenhausens sogar auf eigene Initiative mehrere „verdächtige Fremde" bei der Polizei ab. *tw*

Stadtarchiv Butzbach / 08.04.01.01-0034

Barrikade in Sachsenhausen: Auslöser war ein Streit um schlechtes Brot.

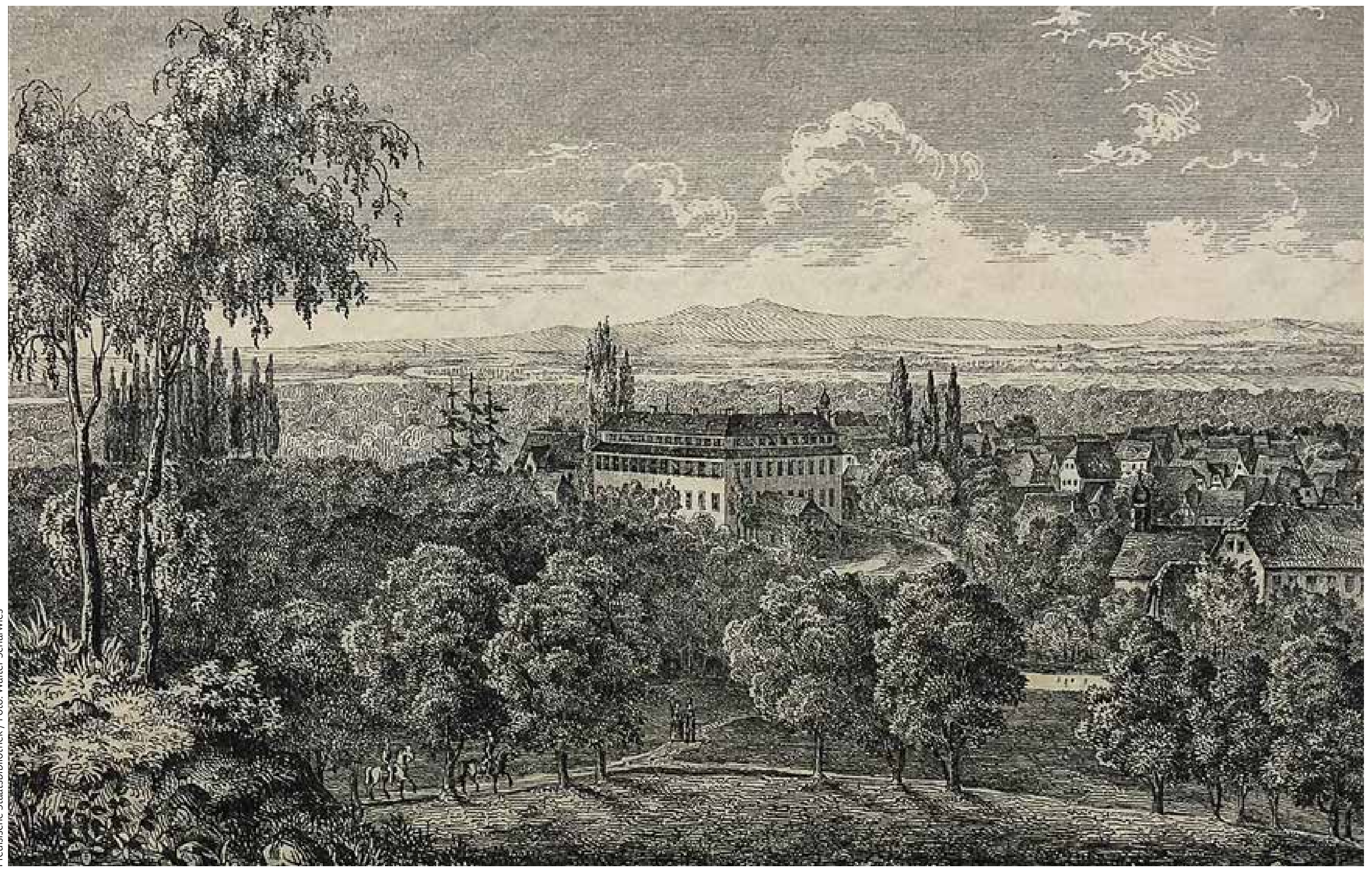
Im Schatten der Paulskirche
Frankfurter diskutieren über Stadtverfassung

Unser heutiges Bundesland Hessen bestand 1848 aus sechs Einzelstaaten, die parallel zu den Verfassungsdiskussionen in der Paulskirche auch ihre eigenen Landeskonstitutionen reformieren wollten. Frankfurt wählte hierfür die sogenannte Konstituante, eine 120-köpfige Verfassungskommission, die seit dem 5. November 1848 im Haus Limpurg am Römerberg tagte. Im seit März 1849 kursierenden Entwurf der neuen Stadtverfassung sollte Frankfurt zu einem demokratischen Freistaat werden. Als zentrale Neuerung stand das Bürgerrecht auch Beisassen und Juden zu, wenngleich der Anforderungskatalog und die zu erfüllenden Bedingungen für den Erwerb des Bürgerrechtes weiterhin eine große Hürde bildeten.
Doch die Radikalität der Ideen durch die beabsichtigte Direktwahl des siebenköpfigen Regierungsrats als Exekutive und des Volksrats als Legislative sorgten für große Widerstände und wenig Zustimmung in der Bürgerschaft. Die Unzufriedenen sammelten sich im Sommer und Herbst 1849 in dem im Juli des Jahres gegründeten Patriotischen Verein, der rund 2.500 Mitglieder zählte und mit dem Frankfurter Volksboten auch über ein publizistisches Sprachrohr verfügte.

Debatten nicht vergebens

Während andernorts die Reformvorhaben längst im Sande verlaufen waren, nahm die Konstituante am 3. Dezember 1849 die mehrfach überarbeitete Verfassung an und übersandte sie zur Genehmigung an den Senat. Doch Anpassungsvorschläge aus Kirche, Vereinen und sozialen Vereinigungen sowie eine von 2.000 Bürgern unterschriebene Petition ignorierte sie weitgehend.
Aufgrund des mangelnden Rückhalts in der Bevölkerung verweigerte der Senat eine Abstimmung der Bürgerschaft über den Verfassungsvorschlag. Stattdessen standen die Parlamentarier um Präsident Nikolaus Hadermann am 3. Januar 1850 am Haus Limpurg vor verschlossenen Türen und der Senat setzte Neuwahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung an. Hiermit endete die Frankfurter Verfassungsdiskussion im Schatten der Paulskirche unspektakulär und ohne Abstimmung.
Das Ende der Debatten kommentierte der Frankfurter Volksbote am 4. Januar 1850 wohlwollend: „Die neue Verfassungsvorlage war ein ganz (gut- oder übergemeintes) schülerhaftes Experiment, ein Rechnungsexempel, bei welchem alle Faktoren der menschlichen Gesellschaft übersehen [wurden]." Doch gescheitert oder vergebens waren die Debatten keineswegs. Denn 1850 erfolgte keine Rollback-Politik: Die Reformgesetze des Jahres 1848 blieben vorerst bestehen und im Gegensatz zum Vormärz wurden Demokratinnen und Demokraten nicht verfolgt. Vielmehr führten die öffentlich debattierten Verfassungsentwürfe und partiell demokratisch gewählten Gremien zu einer dauerhaften Politisierung der Frankfurter Stadtgesellschaft, die trotz des Scheiterns der Verfassungsnovellierung fortwirkte.

Dr. Markus Häfner,
Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt a. M.


Preußische Staatsbibliothek / Foto: Walter Scharwies

Schloss Wasserlos in einer Darstellung aus der Zeit um 1850

„Ich glaube auch das Ende der Welt ist nahe“

Wochen voller Unruhe und Sorge für Lulu Brentano

Ludovica Freifrau von Des Bordes, genannt Lulu Brentano, hinterließ mehrere Briefe, die sie in der Zeit von Februar bis Mai 1848 an enge Verwandte schrieb. In dieser Zeit residierte sie in Schloss Wasserlos/Alzenau. Die Autografen gewähren Einblick in das Leben der gesellschaftlichen Oberschicht.

Lulu war eine „sehr reiche Frau“, so ihr Bruder, der Dichter Clemens Brentano. Sie stand den politischen Entwicklungen und den angestrebten Veränderungen kritisch gegenüber — im Gegensatz zu ihrer Schwester Bettine von Arnim, die beispielsweise das Einschreiten des preußischen Staates gegen Berliner Demonstranten in der Nacht vom 18. auf den 19. März 1848 als „eine Schlacht des Verrats am Volk“ bezeichnete. Am 6. April 1848, einem Donnerstag, saß Lulu in ihrer Würzburger Zweitwohnung und schrieb an die Schwägerin Emilie Brentano nach Aschaffenburg. Glücklicherweise sei „die Versammlung in Frankfurt“ vorüber, ohne Unheil gebracht zu haben, gemeint ist das sogenannte Vorparlament. Ironisch, vielleicht sogar abwertend, heißt es in dem Brief:

„Ein hiesicher Buchbinder, der für mich arbeitet, war auch als Abge. in Frankfurt, vor einigen Tagen kam ich in den Laden und fand die Frau in Thränen weil das Vögelchen ihres Mannes welches er viele Jahre pflegt und liebt, seinen Lehren gefolgt und die Freiheit ergriffen hatte.“

Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, SSAA, NL 001, 331

Ludovica Freifrau von Des Bordes, Mitte der 1840er Jahre

Unternehmerin und Geschäftsfrau

Die bürgerliche Revolution in den Märztagen 1848 kostete Lulus Schwager Friedrich Carl von Savigny sein herausgehobenes Amt als Erster Minister unter Preußens König Friedrich Wilhelm IV. Lulu wähnte die Savignys in großer Gefahr und bot ihnen Schloss Wasserlos als Zufluchtsort an. Wasserlos sei sicher, hob die Gutsbesitzerin hervor. Die Einwohner stünden zu ihrer Schlossherrin, die für etwa 100 Menschen — Festangestellte und Taglöhner — Arbeit bot. Am 19. März schilderte Lulu in einem Brief an ihre Schwester Gunda, Savignys Ehefrau, dass sie in „Unruhe und Sorge befangen“ sei: *„Uns geht es leidlich, aber ob man noch einen Bissen Brod behält das weis kein Mensch ich sage nur Brod, denn was von Uiberfluß ist davon kann keine Rede sein, so eben erhalte ich Briefe aus Paris die mir melden daß mein Banquier mir kein Geld mehr geben will, und ich habe täglich 18 personen zu ernähren […].“*

Die 61-jährige Unternehmerin Lulu lebte mit ihrer Tochter Meline, deren Ehemann Graf Bentheim (er hatte Schulden mit in die Ehe gebracht) und vier Enkeln zusammen. Außerdem leistete sie sich einen großen „Hofstaat“.

Drei Jahre zuvor hatte sie das 42 Räume umfassende Schloss Wasserlos samt großem Wirtschaftsgut erworben und dafür nach heutiger Währung 17 Millionen Euro auf den Tisch gelegt. Seit 1832 führte sie, meist von Frankfurt und später von Schloss Wasserlos aus, die Geschäfte des verstorbenen Ehemannes in Frankreich fort und reiste mehrfach im Jahr nach Paris. Lulu gehörten auf der Grundlage eines Vertrages mit dem französischen Staat unter anderem zwei mautpflichtige Brücken über die Seine mit Anbindungsstraßen. Am 26. Mai 1848 schrieb sie an ihre Schwägerin Emilie, dass es in Frankreich immer schlimmer werde. Das französische Gouvernement wolle ihre Aktien („mein bestes Besitzthum“) ohne Entschädigung beschlagnahmen. Die Geschäftsfrau musste Vermögensanteile mit hohem Verlust verkaufen.

Ein Brief vom 24. März an Emilie und Bruder Christian Brentano lässt große Sorgen spüren, wenngleich die Verhältnisse deutlich dramatisiert erscheinen: *„Ich theile die Ansicht Christians schon fast einige Zeit, ich glaube auch das Ende der Welt ist nahe, und dieser Gedanke hat das Gute daß man sich auf den Tod besser vorbereitet. Wenn man alles mitnimmt was man liebt […] und die wiederfindet die vorangegangen sind wird der Tod nicht schwehr werden. […] Das schönste ist daß dann die unschuldigen Kinder alle ohne Versuchung und Schuld in den Himmel kommen also können sich die Eltern freuen lauter Engel mit sich zu nehmen, und nicht auf der bosen sündigen Welt zurük zu lassen, was ja sonst den Tod so sehr erschwehrt. In Gottes Nahmen hat die Welt ein Ende so brauchen wir nichts mehr, soll sie fort bestehen so muß es sich ändern und am Ende wird es doch Kartoflen geben oder sonst etwas.“*

Beobachterin in der Paulskirche

Für die Eröffnung der Nationalversammlung am 18. Mai 1848 sicherte sich Lulu einen Zuhörer-Platz in der Paulskirche. Am folgenden Tag schrieb sie an Emilie Brentano: *„Alles politicirt ich kann ach ich will dies nicht, und da sitze ich freilich stumm da, und das ist man an mir die ich alles lebhaft ergreife nicht gewohnt, […] ¾ meines Vermögens sind fort und für das übrige muß gesorgt werden. Gott seie Dank es wird noch genuch übrig bleiben, nur muß ich wissen woran ich jetz bin, mehr kann ich nicht thun für das übrige wird Gott sorgen. Brustkrampf habe ich gehabt und zwar sehr heftich aber es geht schon wieder gut. Gestern war ich in der Eroffnung des Parlaments, man will so etwas doch in der Nähe gesehen haben, es war viel erhebendes darin nehmlich das beständige tumultarische Erheben für und gegen die Vorschläge übrigens keine Ruhe keine Würde, es machte mir einen traurigen Eindruck, besonders als der H. Bischof Müller auf der Tribune mit dem Vorschlag auftrat eine so wichtiche Sache mit Gott anzufangen und […] gezwungen wird seine Rede zu unterbrechen. Wie freue ich mich auf meinen Aufenthalt in Würzburg wo ich wieder in meiner Einsamkeit an Gott denken und mich nach herzenswunsch und sehnen mit ihm beschäftigen kann. […] Ich habe unsere Bedienten entlassen, und will auch meine Jungfer abschaffen vielleicht ziehe ich die 2 Haushaltungen in Wasserlos zusammen um wenicher auszugeben sparen ist a l'ordre du jour das ist das sicherste.“*

Lulu verstarb im November 1854. Sie hinterließ ein riesiges Vermögen. Tochter Meline erbte auch französische Aktien im Wert von 357.000 Francs. 1853 hatte Lulu ihre „Geistlichen Lieder“ veröffentlicht. Das Buch fand begeisterte Aufnahme, unter anderem bei Joseph von Eichendorff.

Walter Scharwies, Alzenau

> 2021 erschien von Walter Scharwies: Lulu Brentano. Eine „curiose“ Lebensgeschichte erzählt in Briefen.

„Das Wild auf weiter Erde ist freies Eigentum“

Wilderer im Kahlgrund im Revolutionsjahr 1848

Wilderer wurden von der armen Landbevölkerung häufig zu Helden verklärt. Zum einen, weil sie den Landesherren oft ein Schnippchen schlagen konnten, zum anderen, weil das erbeutete Wild eine Möglichkeit darstellte, die Familie zu ernähren oder es gewinnbringend zu verkaufen.

Im Frühjahr 1848 wurde auch der Kahlgrund im Spessart von der Revolution erfasst. Um einen blutigen Bürgerkrieg in Bayern zu verhindern, dankte König Ludwig I. am 20. März zugunsten seines Sohnes Maximilian II. ab. Trotz dieses wohldurchdachten Schrittes kam es in den folgenden Monaten im Königreich immer wieder zu lokalen Unruhen. Oft hatten diese ihre Ursache in der tragischen Verkettung von sozialer Not mit abgrundtiefem Hass gegenüber dem Adel und dessen Beamten. Bereits am 14. März umlagerten aufgebrachte Bewohner von Ober- und Unterwestern das Gräflich Schönborn'sche Forsthaus in Huckelheim und forderten von Revierförster Metzger die Herausgabe der Forststrafakten und beschlagnahmter Äxte. Die Erstürmung des Forsthauses scheiterte jedoch am Widerstand der Huckelheimer Bevölkerung.

König Maximilian hatte eine Amnestie für Wald- und Feldfrevel verkündet und konnte damit die angespannte Lage vorübergehend beruhigen. Aber bereits im Mai kam es an der bayerisch-hessischen Landesgrenze erneut zu Zwischenfällen. Die aufgebrachten Bürger von Horbach, Neuses, Somborn und Altenmittlau wurden gegenüber den Bewohnern des Hofes Frohnbügel und dem zufällig anwesenden Forstwart Noll gewalttätig. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung stationierte die Regierung Militär auf dem Lande. Im Glaswerk bei Großkahl quartierte sie Soldaten ein.

Wilderei und Konflikte nehmen zu

Trotz aller Bemühungen des Forstpersonals nahm die Zahl der Holz- und Wildfrevel ständig zu. Die Bevölkerung ergriff, teils gewaltsam, Partei für die Wilderer. Die Polizeibehörde verfolgte diese Straftatbestände mehr oder weniger gleichgültig, das leistete dem Unwesen Vorschub. Selbst der von einer liberalen Geisteshaltung geprägte Revierförster Mosthaff von Schöllkrippen, der anfangs souverän ohne Polizei und Militär die rebellierenden Bewohner von Hofstädten, Oberwestern und Unterwestern beruhigt hatte, wurde allmählich unsicher. Mehrmals beklagte er in seinen Berichten das Ausbleiben von allgemeinverständlichen staatsbürgerlichen Informationen für die politisch ungebildete Landbevölkerung.

Auch die gezielte Verbreitung von Halb- und Unwahrheiten verschärfte die allgemeine Lage. Die Zahl der gewaltsamen Übergriffe stieg sprunghaft an. So griff an Pfingsten die Bevölkerung von Sailauf und Eichenberg das in Sailauf stationierte Militär an, wobei ein gefangener Wilderer entfliehen konnte. Nur wenige Tage später wurden in der Nähe des Röderhofes bei Schöllkrippen zwei Wilddiebe aus der Hand von fünf Soldaten befreit.

Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, SSAA, AT 17

Stadtansicht von Aschaffenburg, Stahlstich mit Aquatinta von Caspar Schneider, 1843

Protest in Aschaffenburg

Das revolutionäre Geschehen machte auch vor Aschaffenburg nicht Halt. In den Fastnachtstagen zwischen dem 5. und dem 7. März 1848 ereigneten sich in der Stadt am Untermain veritable Unruhen: die Absetzung dreier Beamter, ein Protestmarsch sowie ein versuchter Sturm auf den Dampfschiff-Anleger.

Der soziale Unmut der Bürgerschaft entlud sich zunächst gegenüber drei bekannten lokalen Amtspersonen: den Magistratsräten Johann Stephan Kaden und Wilhelm Konrad Bühler sowie dem Gerichtsassessor Franz Josef Mahut. Angesichts lang anhaltender Spannungen zwischen Bürgerschaft und Beamtenapparat waren es jene zu personae non gratae deklarierten drei Männer, die nach stürmischen Versammlungen und Protesten ihre Ämter verloren. Kaden war Handelsmann und technischer Assessor beim Wechsel-Appellationsgericht von Unterfranken und Aschaffenburg. Er hatte insbesondere als Kommandant der Landwehr den Unmut vieler Dienst leistender Bürger auf sich gezogen. Nachdem schließlich das Gerücht kursiert war, Kaden hätte dem König den Vorschlag unterbreitet, dessen in Ungnade gefallene und aus München geflohene Geliebte Lola Montez nach Aschaffenburg kommen zu lassen, setzte ihn das Offizierskorps der Landwehr am 6. März in einer Versammlung im „Bayerischen Hof“ als Kommandanten ab. Die Absetzung wurde von Protesten vor der Wohnung Kadens begleitet.

Am selben Tag marschierte eine aufgebrachte Gruppe von Fischern, den sogenannten „Fischergässern“, zum Rathaus, um den rechtskundigen Rat Bühler aufzusuchen. Der hatte ihnen das Fischen unterhalb der Brücke untersagt — was als kleinlicher Bürokratismus empfunden wurde. Nachdem sie Bühler nicht im Rathaus angetroffen hatten, zogen sie vor dessen Wohnung in der Weberstraße und verübten mit Beil und Hackklotz dessen symbolische Hinrichtung. Bürgermeister Adalbert von Herrlein und der Stadtverordnete Franz Dessauer, die ein schriftliches Gesuch von mehr als 300 Bürgern erreicht hatte, verkündeten vom Balkon des Rathauses aus schließlich die sofortige Absetzung Bühlers. Mit Gerichtsassessor Mahut, dessen herablassendes Auftreten von mehreren Bürgern kritisiert worden war, folgte schließlich der dritte Beamte, der während der Fastnachtstage unter dem Druck der Bevölkerung sein Amt niederlegte.

Mit Sensen und Dreschflegeln

Neben jenen Amtsenthebungen ereignete sich darüber hinaus ein Protestmarsch, der von der Gemeinde Damm ausging. Eine 200-köpfige Gruppe folgte dem Aufruf des Ortsvorstehers, darunter Fabrikarbeiter und Bauern, die sich mit Sensen und Dreschflegeln bewaffnet hatten. Sie zog am Morgen des 7. März vor das Aschaffenburger Landgerichtsgebäude. Dort erschien der königliche Stadtkommissär und Landrichter Ludwig Raiser. Die Menge trug ihre Forderungen vor. Sie umfassten die Aufhebung der Zehntablösung, der Obst-, Streulaub- und Jagdbeschränkungen sowie einen ungehinderten Austrieb der Schweine in die städtischen Waldungen. Der Ortsvorsteher forderte darüber hinaus, die Gemeinde Damm wieder mit der Stadt Aschaffenburg zu vereinigen. Nach einer wohlwollenden Zusage Raisers sowie Ansprachen der Honoratioren Dessauer und Dr. Daniel Müller zog die Menge zurück in Richtung Damm, wo der Protestmarsch letztlich friedlich endete.

> ***Die Schiffer wollten im allgemeinen Tumult Lände und Dampfer zerstören.***

Eine weitere Unruhe hätte die Stadt am selben Morgen schließlich beinahe am Landeplatz der Dampfschiffe, der Lände, verzeichnet. Die Aschaffenburger Mainschiffer hatten durch die Gründung der Dampfschifffahrtsgesellschaft in den letzten Jahren erhebliche Konkurrenz erhalten. In ihrem Unmut begaben sie sich zur Anlegestelle, um im allgemeinen Tumult Lände und Dampfer zu zerstören. Angehörige der „Forstpolacken“, der Aschaffenburger Forststudenten, patrouillierten jedoch zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung durch die Straßen und kamen dem Zerstörungsakt der Schiffer zuvor. Unverrichteter Dinge zogen diese wieder ab und die allgemeine Ruhe war wiederhergestellt.

Fabian Meyer,
Mainz

Nachricht für Auswanderer.

Jean Pirazzi, Agent der Main-Dampfschifffahrt zu Offenbach,

Joh. Bapt. Adams,

Stadtarchiv Offenbach a. M.

Oana Oravitan-Stenger

Blick über Mömbris — 1848 war die idyllische Gegend ein Hort von Unruhen.

Schwerverletzter bei Königshofen

Das aufsehenerregendste und tragischste aller Revolutionsereignisse im Kahlgrund ereignete sich am Donnerstag, 29. Juni 1848, in Königshofen. Unter Leitung des Gräflich Schönborn'schen Revierverwalters Reitz war eine 14 Mann starke Patrouille in Westerngrund aufgebrochen. Über Dörnsteinbach und Mensengesäß erreichte sie frühmorgens Königshofen. Auf dem Hauhofer Feld konnte die Truppe eines Wilderers habhaft werden. Unverzüglich machte man sich auf den Weg, um den an den Händen gefesselten Johann Adam Wiesel (vermutlich Wissel) von Königshofen in Alzenau am Landgericht abzuliefern.

Kaum hatte sich die Gruppe in Bewegung gesetzt, als schon die ersten Bewohner von Königshofen herbeigeeilt kamen. Das weitere Geschehen schildert Revierverwalter Reitz in seinem Bericht an den königlichen Revierförster Mosthaff: *„Wir gingen so rasch als möglich, um diesen Leuten aus den Augen zu kommen, allein diese ließen ihre Verfolgung nicht nach und holten uns beiläufig 1/2 Stunde von Königshofen entfernt, unterhalb dem Gräfl. Walddistr.[ikt] Womburg auf einer zum Hauensteiner Hofe gehörigen Wiese ein. Das Militair sowohl auch das Forstpersonal wurde durch den Andrang der Leute, 30–40 an der Zahl — viele kamen noch nach — mit Flinten, Heugabeln, Äxten und Hacken bewaffnet, genöthigt, kehrt zu machen. Diese Leute verlangten unter fortwährendem Drohen und Schimpfen die sofortige Herausgabe des gefangenen Wiesel.“*

Trotz aller Warnungen erneuerten sie ihre Angriffe, *„sie schlugen den Soldaten mehrmals die vorgehaltenen Bajonetten weg, und namtlich ein gewisser Hock, ledig von Königshofen, welcher mit einer Heugabel versehen war, fuhr dem Soldaten Johann Schwinghammer mehrmals vor dem Gesicht her, und bei einer wiederholten Führung der Heugabel des erwähnten Hock gegen Schwinghammer trug es sich zu, daß bei der Aussparung des Angriffes das gespannte Gewehr des genannten Soldaten, sich entlud […] Hierauf sprang der mittlerweile stärker gewordene Haufen nach allen Richtungen […] und es blieb nur eine Anzahl von ungefähr 30 Mann auf dem Platze zurück. Wahrscheinlich aus Furcht vor größeren Exzessen ergriff ein Theil der Soldaten die Flucht, dem wir, und der andere geringere Theil des Militairs nacheilen mußten, und wurden, wie auf diese Weise, bis auf den Sitz des Gräfl. Schönb. Patrimal. Gerichts Krombach, zu Schöneberg verfolgt, wo der ganze Vorfall umständlich und mit näheren Angaben der weitheren Beteiligten, zu Protokoll gegeben, und sogleich darauf die Anzeige dem Königl. Landgerichte zugesendet wurde.“*

Trotz der umgehend vorgenommenen ärztlichen Wundversorgung durch Dr. Ullrich von Schöllkrippen musste dem Verletzten ein paar Tage später der zerschmetterte Arm abgenommen werden.

In der darauffolgenden Woche ereignete sich ein weiteres blutiges Ereignis. Am 4. Juli erschoss sich der 19 Jahre alte Korporal-Kadett von Stubenrauch auf dem Großkahler Glaswerk mit seiner eigenen Waffe. Inwieweit die Ereignisse der vorangegangenen Tage zu diesem Selbstmord beigetragen haben, ist nicht bekannt. Der Schock, den diese Vorfälle in der Bevölkerung hinterlassen hatten, war groß. Zwar wurde nach wie vor gewildert und Holz gestohlen, aber über größere öffentliche Tumulte liegen für den Bereich des oberen Kahlgrundes keine Berichte mehr vor.

Thomas Röhrs (tr),
Heimat- und Geschichtsverein Alzenau e. V.

Jagdrechtliche Zeitenwende

Unzufriedenheit und Streit über die Sonderprivilegien der Adeligen bei der Jagd brachten im Revolutionsjahr 1848 überall grundlegende Veränderungen für die Jagd. Das Gesetz zur Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden wurde in die Paulskirchenverfassung vom 28. März 1849 aufgenommen. Es hob das Jagdregal, ein Monopol des Adels, auf und band das Recht zur Jagd an das Eigentum von Grund und Boden. Auch in Bayern wurde das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden aufgehoben, ein Revierjagdsystem entstand. *tr*

Motor der Revolution in Hanau

August Rühl, Verfasser des „Ultimatums“

Das Hanauer Ultimatum vom 9. März 1848 ist eine der wichtigsten Schriften der revolutionären Bewegung in Kurhessen. Aber wer verfasste die Petition, die mit ihren sehr kühnen Forderungen in Form, Inhalt und Ton alles bis dahin Bekannte in den Schatten stellte? Es war August Rühl. Zusammen mit August Schärttner, Carl Röttelberg und Bernhard Eberhard zählt er zu den populären Hanauer Persönlichkeiten und Motoren der Ereignisse von 1848/49.

Johann Adam August Rühl kam am 19. Februar 1815 als Sohn des Kantors und Realschullehrers Friedrich Wilhelm Rühl und der Maria Petronelle geborene Lappig in Hanau zur Welt. Nach dem Besuch der Hohen Landesschule studierte er von 1832 bis 1836 Jura in Jena, Heidelberg und Marburg, legte das juristische Staatsexamen ab und leistete seinen Vorbereitungsdienst in Hanau. Eine Karriere in der Verwaltung gab er jedoch auf, als ihm gewahr wurde,„daß dort nicht Befähigung, sondern Gefügigkeit und ergebene Gesinnung bevorzugt“ werden. Der Hanauer Pedro Jung machte ihn 1837 zum Teilhaber seiner florierenden Tabakfabrik in der Nürnberger Straße. 1843 wagte Rühl erfolgreich den Schritt in die Selbstständigkeit.
Seinen Blick richtete er jedoch schnell über das Unternehmen hinaus. 1847 ist er als Ausschussmitglied des „Hülfsvereins zur Brodversorgung“ belegt. Nach den März-Unruhen regte er die 24-köpfige Hanauer Volkskommission an, gleichsam eine provisorische Hanauer Regierung. In Wilhelm Zieglers „Hanauer Chronik“ heißt es dazu: *„Am 8. März 1848, 5 Uhr [nachmittags], betrat August Rühl die Altane [des Neustädter Rathauses] und machte bekannt, daß durch den Drang der Umstände genöthigt angemeßene Maßregeln zu ergreifen seien u. schlug deßhalb vor, zu diesem Zwecke Männer zu wählen, Männer aus allen Volksklassen, welche als Volkskommission handeln sollten.“*

Wahl zum Oberbürgermeister

Rühl muss es in geradezu genialer Art und Weise verstanden haben, *„mit gepflegtem Aussehen und weltmännischem Auftreten als glänzender Redner, logischer Denker und klarer Kopf Volkstümlichkeit mit juristischem Sachverstand zu verbinden. Kühn, aber ruhig im Augenblick der Gefahr, umsichtig und klug in seinen Entwürfen, und mit eisernem Sinn das als richtig Erkannte festhaltend, wußte er mit den ihm Gleichgesinnten einerseits der Bewegung ihre Richtung zu sichern und sie zu organisieren, anderntheils sie vor Abwegen und Ausartungen zu bewahren.“*

Historisches Museum Hanau Schloss Philippsruhe

August Rühl (1815–1850)

So jedenfalls charakterisierte die „Hanauer Zeitung“ ihn in ihrem Nachruf vom 24. Juli 1850.
Die zweifellos wichtigsten schriftlichen Belege von Rühls politischem Engagement stellen die Abfassung der Petition vom 29. Februar 1848 und das Hanauer Ultimatum vom 9. März 1848 dar. Er war es auch, der diese Schriften und die Proklamationen des Kurfürsten vom 7. und 11. März 1848 vom Balkon des Neustädter Rathauses der wartenden Menge in Volksversammlungen verkündete.
Insbesondere durch die Bekanntgabe der Einwilligung des Kurfürsten in die Forderungen des Hanauer Ultimatums, die damit einhergehende Jubelstimmung, gepaart mit Freudenschüssen, erlangte Rühl große Popularität. Nachdem Oberbürgermeister Bernhard Eberhard am 17. März 1848 als Minister des Innern nach Kassel berufen wurde, wählten ihn Hanauer Stadtrat und Bürgerausschuss am 20. März mit 51 von 54 Stimmen zu dessen Nachfolger. Die Amtseinführung August Rühls erfolgte am 13. April 1848.
Der neue Oberbürgermeister engagierte sich neben seinem Amt als Stadtoberhaupt auch über die Grenzen Hanaus hinaus. In der Wahl zur Paulskirchenversammlung am 18. April 1848 siegte er souverän im 10. Kurhessischen Wahlbezirk (Hanau mit den Ämtern Bergen, Bockenheim, Langenselbold, Nauheim, Windecken, Bieber und Meerholz) gegen vier Mitbewerber und erreichte 9.877 von 11.605 abgegebenen Stimmen, also 85,11 Prozent.

Tödlicher Unfall mit 35 Jahren

Als „gemäßigter Linker“ agierte er vorerst unter Führung Robert Blums in der Fraktion „Deutscher Hof“, ab Juli 1848 trat er den am 27. Mai 1848 gegründeten „Donnersbergern“ unter Arnold Ruge bei. Aus seiner Plenumsarbeit ist überliefert, dass Rühl vehement eine strengere Kontrolle der Exekutive durch das Parlament forderte, gegen Erzherzog Johann als Reichsverweser und als einer der beiden einzigen kurhessischen Abgeordneten gegen das preußische Erbkaisertum stimmte. Unter dem Eindruck der Herbstaufstände 1848 stellte er im September und Dezember Dringlichkeitsanträge auf Auflösung des Parlaments und Neuwahlen, denen aber nicht gefolgt wurde. Auch nahm er am Rumpfparlament in Stuttgart teil, das vom württembergischen Militär am 18. Juni 1849 „gesprengt“ wurde.
Auf ein ihm angebotenes Mandat im Erfurter Unionsparlament und einen Sitz im kurhessischen Landtag verzichtete er, um sich ganz den städtischen Angelegenheiten seiner Heimatstadt widmen zu können. In seine Amtszeit als Oberbürgermeister fallen etwa die Eröffnung des Gaswerks und die Inbetriebnahme der Bahnlinie Hanau-Frankfurt.
Rühl, seit Dezember 1848 auch Vorsitzender des Hanauer Märzvereins, starb im Alter von nur 35 Jahren am 20. Juli 1850, „morgens früh um 1 Uhr auf seiner Rückreise von einem Kuraufenthalt zu Arolsen und zwar in Folge eines Sturzes vom Pferde“. An der ihm zu Ehren abgehaltenen Totenfeier am 28. Juli 1850 nahmen auf Einladung des demokratischen Vereins im hellerleuchteten und dekorierten Saale der deutschen Volkshalle 7.000 bis 8.000 Personen teil. Sein Tod wurde allerorts als ein „unersetzlicher Verlust“ bezeichnet. Das Grab ist leider nicht erhalten.
Aus seiner Ehe mit Wilhelmine Janni Josephine Georgine Nathalie Weigel aus Korbach ging unter anderen Franz Rühl hervor (26. Oktober 1845 Hanau – 3. Juli 1916 Jena), von 1876 bis 1911 Professor für Alte Geschichte in Königsberg.

Martin Hoppe, Stadt Hanau,
FB Kultur, Stadtidentität und Int. Beziehungen

Schießübungen in Schwarz-Rot-Gold

Aus dem Tagebuch von Wilhelm Ziegler

Hanauer Geschichtsverein 1844 e. V. / Stadtarchiv Hanau

Die Hanauer Bürgergarde exerzierte nicht nur, sondern widmete sich auch der schönen Musik.

Sonntag, 5. März 1848
(Wenige Tage zuvor hatte sich die Februar-Revolution in Frankreich ereignet): Alle jungen Leute sieht man heute mit Bändchen, Cocarden mit den deutschen Farben, Schwarz, Roth, Gold. Gestern und heute finden in Wilhelmsbad Schießübungen der jungen Mannschaft (Bürgergarde) statt.

Sonntag, 14. Mai 1848
Nachmittags fand in Wilhelmsbad ein großes Maifest statt. Schon um 2 Uhr fand im Freien ein Concert mit vollständigem Orchester der Hanauer Bürgergarde-Musik statt. Herr Robert Blum, z. Z. Mitglied des 50er Ausschusses der constituierenden National-Versammlung in Frankfurt, welcher unsere Stadt heute mit einem Besuch beehrte, war ebenfalls in Wilhelmsbad anwesend. Abends um 6 Uhr betrat derselbe den Balkon des Kurhauses, und nachdem ihn Herr Oberbürgermeister Rühl dem versammelten Volke vorstellte, hielt er eine lange, aber sehr gediegene Rede. Namentlich hob er die Gesinnungstüchtigkeit der Hanauer hervor.

Sonntag, 10. September 1848
Morgens 5 ½ Uhr begannen die regelmäßigen Fahrten auf der Frankfurt-Hanauer Eisenbahn nach dem bekanntgemachten Tarif, um ½ 8 Uhr fuhr der neu gebaute Eisenbahn-Omnibus, in welcher die Fremden nach und von der Eisenbahn befördert, durch die Straßen, und lockte durch sein schellenartiges Geläute viele Neugierige herbei.
Durch die Eisenbahn hat diese Woche die Politik sogar weichen müssen, ein solches Interesse hat man für diese in Hanau. Nachmittags, 2 Uhr, war ein ungeheurer Zudrang zu der Abfahrt nach Wilhelmsbad — derselbe ist aber unbeschreiblich, wie er Nachmittags 4 Uhr an der Kasse war. Es war ein ungeheures Drängen, und nur durch dieses konnte man zu derselben gelangen. 24 Wagen waren nicht hinreichend, alle Platz finden zu lassen. Vielen wurde das Geld wieder zurückgegeben und auf den nächsten Zug vertröstet.
Auf der Eisenbahn sollen heute auf ihrer ganzen Strecke 15.000 Personen befördert worden sein, welche eine Einnahme von 15.000 Gulden erzielt hat. Abends 3 Uhr kam der letzte Zug hier an. Es haben viele Extrazüge stattgefunden — es fuhren drei Locomotiven, „Frankfurt“, „Hanau“ und „Main“.

Wilhelm Ziegler, Tagebuch 1809–1878
Impuls: Martin Hoppe, Stadt Hanau

Hiermit zeigen wir den Tod unseres Kumpels an,
der am 13. Dezember 1848 morgens um 6 Uhr in seinem Haus
an der Straße nach Hanau ohne Nachkommen gestorben ist.

†

Andreas Funk
(1784–1848)

geboren am 2. Dezember 1784 als Katholik und Leibeigener des Mainzer Erzbischofs. Mit 23 J. wurde er „frei“, er blieb so arm wie er war. Er konnte aber nun ohne landesherrschaftliche Zustimmung heiraten: seine große Liebe, die niedliche Maria Heilmann. 5 Jahre später zog er mit Napoleon nach Moskau, 1813 starb Maria an dem eingeschleppten Fleckfieber. Als er halb erfroren wieder zurück kam, nahm ihn die hinkende, einsame Magdalena Funk zum Mann. Sie wurden vom Landgrafen Darmstadt zum Kasseler Kurfürsten vertauscht. Im Jahr ohne Sommer 1816 starb ihr Sohn Gustav und sie verhungerten fast. Die gutmütige Magdalena starb im nächsten Kindbett. Er hatte die Sicherheit, seine Familie, seine Zugehörigkeit und seine Liebe verloren. Da wurde er sehr komisch. Er musste zwar keine Pacht und keinen Zehnt mehr zahlen, aber er sollte den Kaufpreis für den Acker abstottern, das tat er aber nicht. Keinem Herrn wollte er mehr dienen, keiner Kirche mehr gehorchen, keinem Menschen mehr gefallen. Er heiratete zum 3. Mal die Margarete Kronenberger, die half ihm tüchtig dabei, sein weniges Geld zu verschwenden und wir auch. Die Schwindsucht hat er mit Alkohol vertrieben, aber Margarete ist am „Großauheimer Schnupfen“ gestorben. Das Gericht stellte ihn unter Kuratel, weil er überall Schulden machte. Ihn hat nun mit 64 Jahren der Schlag getroffen. Wir haben ihn verstanden.

Kaspar, Karl, Eugen, Wilhelm, Balthasar, Adam

Ideen und Text: Dr. Sabine Laber-Süßlat, HGV Großauheim e. V.

In Hanovia* die Bürger sprachen: / Laßt uns Gut und Blut dran wagen, / Daß im Lande Freiheit sei. / Will der Kurfürst nichts gewähren, / Mag er sich zum Teufel scheren, / Oder in die Walachei!

Anonym, vermutlich 1848

*neulateinisch, die Stadt Hanau

Im Sonnenschein der Freiheit

Großer Feldberg, Juli 1848. Zum „ersten Feldbergfest im Sonnenschein der Freiheit“ hatte das Organisationskomitee der diesjährigen Veranstaltung eingeladen. Zunächst sah es nicht gut aus, denn der ursprüngliche Termin am ersten Sonntag im Juli musste kurzfristig wegen des schlechten Wetters abgesagt werden. Die Verschiebung tat dem Fest aber keinen Abbruch: Am Sonntag, 16. Juli, versammelten sich über 10.000 Menschen auf dem höchsten Gipfel des Taunus. Es war die größte Veranstaltung, die unser Gebirge seit Menschengedenken erlebt hat — und wird sicher auch noch lange Zeit ein denkwürdiges Ereignis bleiben.
Bereits zum fünften Mal fand das Feldberg-Turnfest statt. Zum ersten Mal haben sich im Jahr 1844 Turner aus der ganzen Region zu friedlichem Wettstreit und fröhlichem Volksfest versammelt.
Aber schon vor 30 Jahren, 1814, war der Feldberg Schauplatz eines denkwürdigen Festes gewesen, als Ernst Moritz Arndt mit unzähligen Menschen hier den Jahrestag der Leipziger Völkerschlacht und den Aufbruch in eine neue Zeit von Einheit und Freiheit gefeiert hat.

Weit mehr als ein Turnwettkampf

Unsere bewegte Zeit und die Errungenschaften der letzten Wochen haben das Fest zu weit mehr als einem Turnwettkampf gemacht: Der Feldberg war in ein schwarz-rot-goldenes Fahnenmeer getaucht. Die neue Redefreiheit erlaubte es, das Treffen zu einer politischen Demonstration zu machen. Dazu waren eigens auch die Bürgerwehren eingeladen und zum Wettschießen aufgefordert. Das Feldbergfest war damit zugleich eine Waffenschau, die den Stand der Volksbewaffnung, eine unserer wichtigsten Errungenschaften, eindrucksvoll präsentierte. Aus Homburg, Oberursel, Königstein, Friedberg, Idstein, Butzbach, Frankfurt, Darmstadt und Gernsheim zeigten die Schützen ihre Treffsicherheit.
August Ravenstein, der Frankfurter Turnvater und Initiator der Feldberg-Feste, betonte in seiner Eröffnungsrede „Volkshoheit, Freibürgerlichkeit und Volkswohlfahrt“ als gedanklichen Kern des Festes. Weitere Ansprachen hielten aus der Nationalversammlung der örtliche Wahlkreis-Abgeordnete Karl Hehner und Franz Schilling aus Wien. Der schloss seine Rede mit dem Ausruf: „Meine Freunde in Wien haben mir aufgetragen, diesen Gruß den Turnern in der Pfalz zu überbringen; aber ich tue es hier, denn alle Turner, alle freien Deutschen sind Brüder!“, woraufhin tausendstimmiger Jubel ausbrach und das Fest seinen emotionalen Höhepunkt erreichte.

> *„… denn alle Turner, alle freien Deutschen sind Brüder!“*

Es scheint nicht auszubleiben, dass sich da, wo es politisch wird, auch Missstimmungen einschleichen, die hier nicht verschwiegen werden sollen. Für eine solche sorgten die Turner aus Idstein, die nicht mit Schwarz-Rot-Gold, sondern mit einer roten Fahne auf den Feldberg gezogen kamen. Und viele Besucher des Festes haben den verehrten Turnvater Jahn vermisst, dessen Kommen eigentlich angekündigt war. Es ist wohl den republikanischen Kräften bei den Hanauer Turnern zu verdanken, dass er nicht erschienen ist — schließlich hatten diese ihn erst zwei Wochen zuvor beim Hanauer Turntag als „Verräter“ brüskiert.
Ganz offenkundig werden die Gräben zwischen Republikanern und Konstitutionellen bei den Turnern immer tiefer. Ganz ohne Missstimmungen gingen jedoch die eigentlichen Wettkämpfe vonstatten: Im Ringen siegte Hans Porte aus Frankfurt, im Wettlauf W. Lindenschmidt aus Mainz und im Steinstoßen Friedrich Jacobi aus Usingen.

Gregor Maier,
Fachbereich Kultur, Hochtaunuskreis

Unterstützer der Turnbewegung unter sich

Turnvater Jahn zu Gast bei Georg Wilhelm Bode

Offenbach, Juli 1848. Es spricht für dieses tolle Jahr, dass die Presse alle Ereignisse frei ansprechen und beurteilen darf. Eine besondere Geschichte ereilt uns nun über den Maler, Turn- und Zeichenlehrer Georg Wilhelm Bode, welcher sich in Offenbach ansässig und einen Namen gemacht hat. Er hatte jüngst den Turnvater Jahn zu Gast in seinem Domizil im Isenburger Schloss.
Die Offenbacher verdanken Bode eine lithographische Anstalt, was umso bedeutsamer ist, da die Stadt als Heimat der kommerziellen Nutzung des Bilderdruckes gilt. Der illustre Porträtmaler beteiligte sich nicht nur an der Gründung der Schulturngemeinde 1824 und des Gesangvereins 1826, sondern war auch der spiritus rector des eigentlichen Turnvereins und turnte auf dem Bieberer Berg mit Schülergruppen. Im Dienste körperlicher Leibeszucht konnte er auch das großherzogliche Ministerium für die Aufnahme des Turnunterrichts in den Schulen gewinnen, welches den Zeichenlehrer mit dieser Aufgabe selbst betraute. Er pflegte so gerade in dieser Metternich'schen Zeit der Unterdrückung die körperliche Bewegung, welche eine Generation freier und selbsttätiger Männer ausbilden wollte. In der Tat ist ein freies und einiges Deutschland mit einer schwachen und untätigen Jugend wohl nur schwer zu erreichen. Während des Vereinsverbots übernahm Bode die Geräte des Vereins bis zu dessen Wiedergeburt leihweise für seine Privatturnanstalt.

Jahn in Rage, demoliert Tür

Turnvater Friedrich Ludwig Jahn, Abgeordneter der Nationalversammlung, hatte bereits einer politischen Versammlung in Hanau aufgrund der radikalen Ansichten ihrer Teilnehmer vorzeitig den Rücken gekehrt. Nun besuchte er seinen Freund am 2. oder 3. Juli. Mit einem Tee in der Hand soll er ein erhitztes Gespräch mit Bode im Erker des Schlosses geführt haben. Voller Zorn über die politischen Ansichten, welche er sich auf der Hanauer Versammlung hatte anhören müssen, soll der alte Mann eine Hellebarde — eine Mischung aus Speer und Axt — ergriffen und mit turnerischem Können durch zwei Zimmer geschleudert haben, bis sie schließlich in einer Tür feststecken blieb!
Jahn reiht sich in der Nationalversammlung ein in die Reihe derjenigen, welche nicht nur die einzelnen deutschen Fürsten an der Macht halten, sondern noch einen neuen Fürsten als Kaiser der Deutschen daraufsetzen wollen. Ob ihren Bestrebungen Erfolg zuteil wird oder ob eine demokratische Staatsform obsiegen wird, soll sich in der Zukunft aber in der Paulskirche entscheiden.

Felix Kühnau, Schülerpraktikant,
Haus der Stadtgeschichte, Offenbach a. M.

Hanauer Geschichtsverein 1844 e. V. / Historisches Museum Hanau Schloss Philippsruhe

In der „Französischen Kirche“ wurde die erste nationale Turnervereinigung aus der Taufe gehoben.

Deutscher Turnerbund in Hanau gegründet

Keine Einigkeit über politische Ausrichtung

Am gestrigen Sonntag war die Wallonisch-Niederländische Kirche in Hanau Schauplatz eines besonderen Ereignisses: Dort schlossen sich alle Turnvereine zum Deutschen Turnerbund zusammen.

4. April 1848. Der Hanauer Handwerker August Schärttner, seit 1841 erster Vorsitzender der 1837 gegründeten Turngemeinde Hanau, hatte rund 40 Turnvereine zum ersten allgemeinen Deutschen Turntag in seine hessische Heimatstadt geladen. Nach grundlegenden Vorberatungen und feierlichem Rahmenprogramm am Samstag erfolgte gestern dann unter Vorsitz des 22-jährigen Studenten Theodor Georgii aus dem schwäbischen Esslingen der formale Gründungsakt.
Dabei wurden Beschlüsse zu Grundsätzen gefasst und die Statuten verabschiedet: „Der deutsche Turnerbund hat den Zweck, einen Mittelpunkt für die turnerischen Bestrebungen der einzelnen Vereine zu bilden und dadurch für die Weckung des Brudersinns und für die Kräftigung, Einigung und Freiheit des deutschen Volkes thätig zu seyn.“ An der Spitze des Bundes soll ein Vorort stehen, der jährlich gewählt wird. Der Vorstand dieses Vororts steht zugleich dem ganzen Bund vor. Zum ersten Vorort wurde Hanau gewählt.
Als prominenter Gast war auch Friedrich Ludwig Jahn zugegen, der seit seiner Eröffnung des ersten Turnplatzes 1811 auf der Berliner Hasenheide als „Turnvater“ gilt. Jahn wurde bei der Gründungsversammlung in Hanau zum Ehrenvorsitzenden des Turntages ernannt. Er gab bekannt, dass er sich in Thüringen um die Wahl als Abgeordneter zur Deutschen Nationalversammlung bemühe, die im Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammenkomme.

Aufhebung der Turnsperre

Vielerorts in Deutschland wird seit dem „Hambacher Fest“ vom Mai 1832 der Ruf nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und nationaler Einheit laut. Auch die Turnvereine schreiben sich diese Forderungen auf ihre Fahnen, sie können jedoch erst nach Aufhebung der Turnsperre (1820–1842) wieder öffentlich aktiv werden. Seither haben sich erneut zahlreiche Vereine gegründet, vor allem im Südwesten Deutschlands.
Dabei bieten sie nicht allein körperliche Ertüchtigung und Unterhaltung, sie sind auch Orte gesellschaftlicher Diskussionen sowie gemeinschaftlicher Versammlungen. Das Engagement der Turnvereine für Freiheit und Demokratie ist auch stets Gegenstand des Austausches bei regionalen Turnfesten. Ein solch besonderes Erlebnis war dann auch für den Hanauer August Schärttner das vom Frankfurter Turner August Ravenstein erstmals 1844 organisierte Bergturnfest auf dem Feldberg im Taunus. Es vermittelte ihm die entscheidende turnerische Prägung.
Fortan verstärkten die Turnfeste von Heilbronn 1846, Heidelberg 1847, Bingen und Frankfurt 1847 bei den Turnvereinen die Dringlichkeit zur Gründung eines nationalen Turnerbundes. August Schärttner gilt mit seinen zahlreichen regionalen Kontakten als revolutionärer Wortführer der Turner. Entsprechend wurde er aktiv: Nachdem er im Verbund einer Volkskommission beim Kurfürsten in Kassel am 12. März 1848 unter verschiedenen Grundrechten die Versammlungsfreiheit für Kurhessen erreicht hatte, war der Weg für ihn und die Turngemeinde Hanau frei, die Turnvereine zum ersten Deutschen Turntag am 2./3. April nach Hanau einzuladen. So wurde Hanau zum Gründungsort des Deutschen Turnerbundes.
Anzumerken bleibt, dass bei der Gründungsversammlung eine große Uneinigkeit bei den beteiligten Turnvereinen sichtbar wurde hinsichtlich der politischen Ausrichtung des Turnerbundes: Auf der einen Seite die Anhänger einer demokratischen Republik als der künftigen Regierungsform in Deutschland, auf der anderen Seite diejenigen, die den Fortbestand der Monarchie befürworten. Mit Spannung bleibt die weitere Entwicklung dieses Konfliktfeldes zu verfolgen.

Dieter Donnermeyer, Deutscher Turner-Bund,
Frankfurt a. M.

Bier aus Gießkannen beim Turntag

Hanau, 3. April 1848. Nachmittags, 3 Uhr, versammelten sich die Turner abermals mit ihren Fahnen auf dem Neustädter Marktplatz und zogen unter Vortritt der Bürgermusik nach dem freundlichen Wilhelmsbad. Hier angekommen, wurden sie von der Kesselstädter Schuljugend, welche bewaffnet mit Fahnen und einer Trommel versehen, begrüßt. Es herrschte ein ungeheurer Frohsinn, es wurde im Freien getanzt; der Zudrang war so groß, daß viele der Herrn ihr Bier aus Gießkannen trinken mußten.

Wilhelm Ziegler, Tagebuch 1809–1878
Impuls: Martin Hoppe, Stadt Hanau

Verhandlungen trotz Unruhen fortgesetzt

Heinrich von Gagern beweist Kaltblütigkeit

Frankfurt, 18. September 1848. Heinrich Wilhelm August Freiherr von Gagern ist Präsident der Nationalversammlung. Am Tag der Septemberunruhen, als Aufständische versuchen, die Paulskirche zu stürmen, behält er einen kühlen Kopf.

Der rote Sandstein lässt die Paulskirche im Vordergrund des strahlend blauen Himmels malerisch wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten, wirken. Unantastbar erhebt sich das gewaltige Konstrukt über die vielen versammelten Köpfe im dichten Gedränge des einfachen Volkes. Voller Ungeduld drängen sich die Abgeordneten durch die hohen Türen in den Innenraum — eine Kirche, umgestaltet zum Tagungsort der deutschen Nationalversammlung. Die Orgel wird durch das Gemälde der Germania und der darunterliegende Altar durch einen roten Vorhang verdeckt. Aufgeteilt in drei Gruppierungen sind die Sitze in einem Trapez in Richtung Rednerpult vor dem Altar angeordnet. Die Konservativen rechts, die Liberalen in der Mitte und die gemäßigten Demokraten links bilden die Hauptfraktionen im Parlament.
Das erste frei gewählte Parlament ist seit dem 18. Mai 1848 in der Paulskirche zusammengetreten. Doch die Versammlung steht nun vor schwierigen Entscheidungen, über die sie schon Monate berät. Geklärt wird die Einrichtung einer provisorischen Reichsregierung, die Festlegung der Grenzen des Nationalstaates und die Erarbeitung einer Reichsverfassung. Das Gewicht der Entscheidungen lastet schwer auf den Säulen des fragilen Verfassungskonvents.
Umringt von einer Traube befreundeter Abgeordneter der rechtsliberalen Casino-Fraktion erklimmt Heinrich von Gagern die wenigen Stufen zum Eingangstor der Paulskirche. Auf den ersten Blick erweckt er den Eindruck eines gut aussehenden, modisch gekleideten Mannes. Das nachtschwarze Jacket sitzt perfekt auf dem blütenweißen Hemd, das leicht gewölbt unter der stolz angeschwollenen Brust hervorsteht. Die aufrechte Körperhaltung, die linke Hand auf dem Rücken, der rhythmische Gang, verraten seinen ehemaligen Aufenthalt im Militär. Eine kleine Narbe säumt die rechte Seite seines Gesichts, zehn Tage im Karzer nach einem Duell bei Heidelberg war die Konsequenz seines damaligen hitzköpfigen Verhaltens. Er ist nicht nur angesehenes Mitglied der Paulskirche, sondern hat sich in den vergangenen Jahren im Amt des Landtagsabgeordneten, als Anführer der Opposition in Hessen-Darmstadt sowie bei der Vermittlung in der Territorialfrage profilieren können.

Tumult vor der Paulskirche

Heinrich von Gagern eröffnet die Debatte. Nacheinander tragen die verschiedenen Fraktionen ihre Anliegen vor. Immer wieder gibt es Zwischenrufe, Einwürfe und Unterbrechungen, während von Gagern still dasitzt und den Worten der Redner lauscht. Man erkennt, dass er sich in seiner Position wohlfühlt. Trotz seiner Abstammung aus einem Adelsgeschlecht ist er schon früh aus der Hut seiner Eltern ausgebrochen. Mit 15 Jahren hat er in der Schlacht bei Waterloo gegen Napoleons Armee gekämpft und ist dabei leicht am Fuß verwundet worden. Mit 16 Jahren hat er sich als Urburschenschafter an der Vereinigung der Allgemeinen Deutschen Burschenschaften beteiligt. Er ist Teil einer jüngeren Generation, die den Mythos der Befreiungskriege zur Grundlage für ihre Forderungen nach freiheitlichen demokratischen Prinzipien gemacht hat.
Teilweises Kopfschütteln Gagerns zeigt, dass er nicht mit den Überzeugungen übereinstimmt, die viele seine Vorredner dem Publikum präsentieren. Doch er unterbricht sie nicht, lässt sie ausreden und zollt ihnen damit Respekt. Der Streit zwischen Fraktionen und die Meinungsfreiheit sind für den Präsidenten essentiell, um geordnet Konflikte zu bewältigen und fair, nach gleichen Regeln für alle Schichten, verbindlich mehrheitlich getragene Lösungen fällen zu können. Regierungskritik soll konstruktiv geäußert werden und in die Entscheidungsprozesse mit einfließen.
Als erster Redner der Casino-Fraktion ist nun Heinrich von Gagern selbst an der Reihe. Plötzlich wird es laut. Vor den Toren der Kirche sind aufgebrachte Stimmen zu vernehmen. Lärm dringt durch die schwere Holztür ins Innere. Wie aufgeschreckte Hühner springen die Abgeordneten von ihren Sitzen auf und rufen wild durcheinander. Anscheinend hat sich der wütende Mob, bestehend aus mit der Nationalversammlung unzufriedenen Bürgern, bis an die Tür der Paulskirche vorgedrängt und die bewaffneten Truppen davor außer Gefecht gesetzt.
Heinrich von Gagern steht ruhig an seinem Rednerpult. Im Abgeordnetensaal wird die Ordnung wiederhergestellt und Heinrich von Gagern fährt trotz weiter vernehmbarer Rufe kaltblütig fort. In seiner Rede tadelt er vor allem die gemäßigten Demokraten des Deutschen und Nürnberger Hofs. Die Forderung nach einer parlamentarischen Demokratie, in der das Volk bestimmen sollte und der Herrscher nur noch repräsentative Zwecke erfülle, sei unrealistisch und gefährlich.

Gegen gewaltsame Revolution

Heinrich von Gagern stammt aus einem liberalen Elternhaus und wurde schon zu Kindeszeiten von den bürgerlich-liberalen Ansichten seines Vaters, Hans Christoph von Gagern, geprägt. Während Heinrich im April 1848 Wahlkampf für die Nationalversammlung führt, ist es währenddessen zum Heckeraufstand in Baden gekommen. Bei der Niederschlagung ist Friedrich von Gagern, Generalleutnant des badischen Operationskorps, beim ersten Zusammenstoß mit den Anhängern Friedrich Heckers ums Leben gekommen. Der erste große Aufstand der Badischen Revolution ist zu einem politischen Mythos erklärt worden. Heinrich jedoch hat damit nicht nur seinen geliebten Bruder verloren, sondern auch seinen wichtigsten und vertrautesten politischen Berater.
Von Gagern steht der gewaltsamen Revolution feindselig gegenüber. Er ist der Meinung, dass die Demokratie nicht vom Volk selbst, sondern ausschließlich von Volksvertretern ausgeübt werden dürfe. Auch von Gagern möchte seine Freiheiten behalten. Damit repräsentiert er das Bürgertum, das sich nicht traut, eine Republik zu entfalten und keine Privilegien gegenüber der Arbeiterschaft abgeben möchte. Er äußert sich verächtlich zu Minderheiten und sozialistischen Ansichten der breiten Arbeiterschicht.
Von Gagern beendet seine Rede. Unter tosendem Applaus findet er zurück zu seinem Platz. Worin liegt also das wertvolle Erbe Gagerns in der Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft, im Zusammenspiel des Parlaments? Der größte politische Erfolg von Gagerns liegt in der fraktionsübergreifenden Kompromissbildung. Seine schwierige Aufgabe besteht in der Vereinigung des Parlaments zu einem gemeinsamen politischen Vorgehen trotz einer Vielfalt von konträren Meinungen. Die Wahrnehmung dieses Amtes voller Würde und Autorität macht ihn nicht nur zu einem der meistgeschätzten Abgeordneten, sondern auch zur Symbolfigur der Frankfurter Paulskirche.
Die Diskussionen in der Paulskirche werden von Schüssen unterbrochen. Entgeistert begegnen sich die Blicke der Versammelten im Saal. Die Journalisten unterbrechen ihren sonst unaufhörlichen Schreibfluss, allen ist klar: Alea iacta est, die Würfel sind gefallen. Es wurde Blut vergossen. Die unorganisierten revolutionären Scharen haben keine Chance gegen die Überzahl an herbeigerufenen österreichisch-preußischen Truppen. Letztendlich steht die Feuerprobe für Heinrich von Gagern mit der Verfassung noch bevor. Während die mehrheitlichen Tendenzen im Parlament zu einer konstitutionellen Erbmonarchie neigen, ist noch lange nichts entschieden. Doch die Zeit drängt. Die unzufriedenen Menschenmassen vor den Türen des Parlaments sind nur ein Ventil von vielen, durch welche sich der Unmut der Bevölkerung Luft macht.

Celina Brucks und Philipp Herzog, Q2,
Anna-Schmidt-Schule Frankfurt a. M.

HMF G/0011
Heinrich von Gagern (1799–1880) war acht Monate Präsident der Nationalversammlung.

HMF C/0172
Am 18. September 1848 versuchen Aufständische, in die Paulskirche einzudringen.

Gallionsfigur der liberalen Bewegung

Jakob Venedeys Weg in die Paulskirche

Der Publizist Jakob Venedey war als Abgeordneter der Nationalversammlung ein Vordenker des deutschen Nationalstaates. Der politische Zeitgeist prägte sein Leben und sein Wirken bis zu seinem Lebensende als Verfechter der liberal-demokratischen Idee. Vorreiter wie Venedey ebneten den Weg zu unserer heutigen Demokratie.

Jakob Venedey, am 24. Mai 1805 in Köln geboren, wurde durch den politischen Einfluss seines Vaters, der sich in den 1790er Jahren für die Ideen der Französischen Revolution begeistert hatte, in seinem Elternhaus geprägt. Jakob engagierte sich früh politisch. Er trat schon im frühpubertären Alter der Kölner Burschenschaft Germania und der deutschen Turnerbewegung bei. Diese wurden durch die Karlsbader Beschlüsse 1819 verboten. Sein politisches Interesse sorgte für seinen Ausschluss aus dem Gymnasium. Dies hielt ihn jedoch nicht davon ab, sein Abitur mit Hilfe des Sozialtheoretikers und Schriftstellers Ludwig Gall privat zu beenden. Der äußerte sich ebenfalls sozialkritisch gegenüber dem Staat, was Venedeys politische Einstellung beeinflusste. 1824 begann er mit einem Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, welches er jedoch aufgrund einer finanziellen Notlage seiner Eltern 1827 abbrechen musste. Dies zwang ihn zurück nach Köln zu ziehen.
Dort arbeitete Venedey in der Anwaltskanzlei seines Vaters, wo sich schnell herausstellte, dass er ein Talent zum Schreiben besaß. Drei Jahre später veröffentlichte er unter anderem preußenkritische Schriften, in welchen er die Einführung von politischen Reformen forderte, die das Volk in die Entscheidungsfindung einbeziehen sollten. Das zog die Aufmerksamkeit des preußischen Staats auf ihn. Auch seine Mitgliedschaft im Kölner Leseverein und seine Kontakte zu liberalen Kreisen verstärkten die Gefahr, verhaftet zu werden.

Von Hambach bis Paris

Zwei Jahre später, 1832, entzog sich Jakob Venedey den Militärbehörden und floh in die Pfalz, wo er am Hambacher Fest teilnahm. Dort knüpfte er Kontakt zu radikaldemokratischen Schriftstellern wie Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth. Anschließend reiste er als Emissär des Deutschen Preßvereins durch Deutschland. Er verbreitete die Werte des Hambacher Festes in Norddeutschland und erkundigte sich nach der Revolutionsbereitschaft der Bevölkerung. Trotz der drohenden staatlichen Verfolgung wollte er für seine Überzeugung einstehen. Drei Monate später wurde Jakob Venedey von der preußischen Behörde in Mannheim verhaftet. Doch es gelang ihm, aus dem Frankenthaler Gefängnis auszubrechen und sich nach Straßburg abzusetzen. Dort bildete er mithilfe anderer Flüchtlinge den Verein der revolutionären Flüchtlinge, um die Position der Revolutionäre zu stärken.
Jedoch wurde Venedey ein Jahr darauf wegen seines politischen Engagements aus Straßburg ausgewiesen. Er gründete in Paris den deutschen Volksverein, eine Vorgängerorganisation des Bundes der Geächteten, dessen Leiter er noch im gleichen Jahr wurde. Die Geheimgesellschaft zielte auf die Befreiung und Wiedergeburt Deutschlands.
Als Verfechter für Freiheit und Toleranz setzte Venedey sich für die Meinungs- und Pressefreiheit ein. Er war der Ansicht, dass die Freiheit der Meinungsäußerung ein grundlegendes Recht jedes Bürgers sei, das die Regierung respektieren müsse. Jakob Venedey verbrachte die nächsten Jahre in Frankreich, wo er Eindrücke über das französische Staatssystem sammelte. In Paris knüpfte er Verbindungen zu Karl Marx und Friedrich Engels. Er blieb politisch aktiv, verdiente seinen Lebensunterhalt aber auch mit Schriften zum Kölner Dombau oder der Rheinfrage.

Für Gerechtigkeit, gegen Gewalt

Zum Höhepunkt der Märzrevolution 1848 reiste Venedey nach Preußen zurück und wurde ins Frankfurter Vorparlament bestellt. Linke und Liberale hatten sich in einem Kompromiss auf den Fünfzigerausschuss geeinigt, in welchen Venedey aufgenommen wurde. Nach seiner Wahl in das Paulskirchenparlament agierte er als einer der führenden Abgeordneten der Linken in den Fraktionen Westendhall und Deutscher Hof. In seinem Wahlkreis, der Landgrafschaft Hessen-Homburg, sprach er sich für eine föderale, demokratische Republik mit Reichsverfassung, Parlament, Präsident und unabhängiger Justiz aus. Er setzte sich aber auch weiterhin unermüdlich für eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Macht ein. Die Regierung sollte die Bedürfnisse aller Bürger erfüllen — ganz der Vorstellung unserer heutigen Demokratie entsprechend.
Bezüglich der künftigen politischen und geographischen Gestaltung Deutschlands stand Venedey auf Seiten der großdeutsch-antipreußischen Republikaner. 1849 stimmte er gegen die Wahl Friedrich Wilhelms IV. zum Kaiser. Des Weiteren wandte er sich aber auch gegen den bewaffneten Aufstand demokratischer Freischärler, da er Gewalt als ein Mittel zur Durchsetzung politischer Forderungen ablehnte. Auch nach der Unterdrückung der demokratischen Bewegung 1849 blieb Jakob Venedey seinen Prinzipien treu. In den Folgejahren wurde er wiederholt Opfer behördlicher Schikanen und musste mehrmals seinen Lebensmittelpunkt ändern. Immer wieder wurde ihm so vor Augen geführt, wie wenig politische Bewegungsfreiheit den Bürgern zu dieser Zeit gewährt wurde.
Einer Reihe von bedeutsamen Ereignissen und Erfahrungen, seine Familiengeschichte, Bildung und die politische und soziale Stimmung der Zeit trugen dazu bei, dass Venedey sich der demokratisch-liberalen Bewegung verschrieb und dafür kämpfte, ein geeintes, demokratisches Deutschland zu schaffen, wovon wir noch heute profitieren. Sein Engagement führt uns vor Augen, dass man Demokratie, Grundrechte und Verfassung auch heute und in Zukunft verteidigen muss.

Vito Anzilotti und David Magai, Q2,
Anna-Schmidt-Schule Frankfurt a. M.

Wikimedia Commons
Jakob Venedey (1805–1871) vertrat die Landgrafschaft Hessen-Homburg.

Vom radikalen zum friedlichen Revolutionär

Friedrich Siegmund Juchos Einsatz für die Freiheit

Friedrich Siegmund Jucho war ein essenzieller Teil der Frankfurter Nationalversammlung und hat somit die Entwicklung der Revolution persönlich erlebt. Man kann ihn als Vertreter des Bürgertums sehen und unter diesem Aspekt seinen Werdegang, dessen Verlauf er mit vielen anderen teilte, analysieren.

Friedrich Siegmund Jucho wurde am 4. November 1805 in Frankfurt am Main geboren. Er wuchs in bürgerlichen Verhältnissen auf und wurde durch diese stark geprägt. Nach Abschluss der Schule studierte er 1823 Rechtswissenschaften in Halle. Kaum in Halle angekommen verstärkte sich sein Wunsch, sich politisch zu engagieren, weshalb er sich der alten Halleschen Burschenschaft anschloss.
Infolge der Karlsbader Beschlüsse wurde Jucho von der Universität Halle verwiesen, denn diese verboten von nun an die Burschenschaften. Es zeigte sich schon damals eine hartnäckige Seite Juchos, die sein weiteres Leben entscheidend prägen sollte. Denn als er kurzerhand 1824 den Studienort wechselte, schloss er sich dort erneut einer Burschenschaft an, der Jenaischen.
Nach zwei Jahren Aufenthalt in Jena zog Friedrich Jucho nach Gießen und trat auch in dieser Stadt einer Studentenverbindung bei. Er promovierte 1827 an der Universität in Gießen. Im gleichen Jahr wurde er zum Advokaten, als der er 1829 die alte Gießener Burschenschaft Germania verließ und in seinen Geburtsort Frankfurt am Main zurückkehrte. Seine politische Tätigkeit nahm erneut Fahrt auf, denn er wurde Führer der freiheitlichen Bewegung von Frankfurt und Umland. Zusammen mit seinen Jugendfreunden Funck und Sauerwein leitete er die radikale Partei, wobei er die Organisation übernahm. Jucho nahm als deren Vertreter auch 1832 am Hambacher Fest teil.

Verhaftet nach dem Wachensturm

In dieser Zeit zeigte er sich außerordentlich politisch aktiv, denn im gleichen Jahr schloss er sich als Mitglied dem Preß- und Vaterlandsverein und dessen Frankfurter Filiale an. Diese Filiale wurde auch als sogenanntes „Mittwoch College“ betitelt. Zudem unterstützte er durch Vereinsmittel politisch Verfolgte. Diese Unterstützung wurde ihm später jedoch zur Last gelegt, als er 1834 selbst verhaftet wurde, da vermutet wurde, er habe aufständischen Beteiligten beim Frankfurter Wachensturm zur Flucht verholfen.
Beim Wachensturm handelte es sich um einen gescheiterten Putschversuch. Am 3. April 1833 wollten Oppositionelle den Bundestag in Frankfurt besetzen, die Geldvorräte der Banken beschlagnahmen und anschließend eine republikanische Regierung durchsetzen. Jucho wurde von den Behörden auch deshalb mit dem Putsch in Verbindung gebracht, weil es das primäre Ziel der Aktion war, die Journalisten Johann Christoph Freyeisen und seinen alten Schulfreund Johann Friedrich Funck zu befreien. Die Verbindung zu Jucho war demnach in den Augen der Behörden offensichtlich.
Dass er am Wachensturm beteiligt gewesen war, bestritt Jucho jedoch auch noch in späteren Jahren, da er sich von solchen gewalttätigen Aktionen ganz bewusst abgrenzte. Eine politische Veränderung sollte man in seinen Augen friedlich erreichen. Den Respekt vor staatlichen Institutionen kann man klar als Resultat seines privilegierten Elternhauses sehen, und diese Haltung kennzeichnete auch seine spätere politische Entwicklung in der Nationalversammlung. Er stand jedoch sehr wohl in engem Kontakt mit anderen Gleichgesinnten aus der Region wie Friedrich Ludwig Weidig. Jucho verstand sich gut zu vernetzen, was sich bei den späteren Wahlen für die Nationalversammlung auszahlte.

Für allgemeines Wahlrecht

Juchos radikale politische Periode wurde durch die Verhaftung nach dem Frankfurter Wachensturm frühzeitig beendet. Der Wachensturm und ein anderer Fall, welcher die Behörden auf Jucho lenkte, führten zu einer Durchsuchung seines Wohnsitzes. Dabei fand man umfangreiche Indizien für seine politischen und rebellischen Aktionen der vorhergehenden Jahre. Jucho kam für fünf Jahre in Haft und wurde erst am 25. Mai 1839 wieder entlassen.
1840 war Jucho wieder als Rechtsanwalt in Frankfurt am Main tätig. Erst 1846/47 schloss er sich wieder einigen Aktionen der Vormärz-Bewegung an. Dass er kurz nach Entlassung aus der Haft seinen Beruf fortführen konnte, belegt seine Privilegien als Teil des Bürgertums, ein Sicherheitsnetz zu haben, falls es zu Komplikationen in der politischen Laufbahn kam. 1848 übernahm er im Vorparlament die Aufgabe des Protokollanten und wurde am 28. April 1848 als Abgeordneter der Freien Stadt Frankfurt am Main, dem Zentrum seiner politischen Aktivität, in die Nationalversammlung in der Paulskirche gewählt. Nach einiger Zeit schloss er sich der Fraktion Westendhall an, die Volkssouveränität und ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht forderte.
Ende November unterstützte Jucho als Teil der Westendhall die sogenannten Märzvereine. Diese hatten sich zum Ziel gesetzt, ihre demokratischen Ideen gegen die Mehrheit der Paulskirche durchzusetzen und die während der Märzrevolution gewonnene demokratische Freiheit zu bewahren.

Als Schriftführer der Nationalversammlung übernahm er das Eigentum und Archiv des Parlaments nach dessen Auflösung. Es beinhaltete unter anderem die originale Verfassungsurkunde, welche Jucho nach England schickte. Die genauen Beweggründe dieses provokanten Verhaltens sind nicht bekannt. Man könnte vermuten, dass Jucho sich der Bedeutung der Nationalversammlung als Grundbaustein einer Demokratie bewusst war und die offiziellen Dokumente präventiv vor Diskreditierung schützen wollte. 1852 zahlten sich seine Sicherheitsmaßnahmen aus, denn er wurde des Archivs der Nationalversammlung gewaltsam enteignet. Einige Jahre später zog er sich endgültig aus der aktiven Politik zurück. Seine letzte politische Aktion bestand darin, 1870, ein Jahr vor der Reichsgründung, die Verfassungsurkunde dem Präsidenten des Deutschen Bundes, Eduard von Simons, zu übersenden. Dieser übergab sie anschließend dem Archiv des Deutschen Reichstags.

> *Politische Veränderung sollte man in seinen Augen ohne Gewalt erreichen.*

Friedrich Siegmund Jucho besaß großen revolutionären Geist. Vor allem in den Anfängen der Revolution bemühte er sich stets um aktives politisches Handeln. Obwohl er aus heutiger Sicht keine signifikante Schlüsselfigur der Revolution von 1848 war, haben Menschen wie er dazu beigetragen, dass die Grundbausteine für eine Demokratie gelegt wurden. Trotz des Scheiterns der Revolution hatte sie weitreichende Folgen für die deutsche Geschichte bis hinein in unsere Gegenwart. Man erreichte partielles Wahlrecht, Mitbestimmung von privilegierten Gruppen und ein Gefühl von Einigkeit, das es so bisher kaum gegeben hatte. Die Nationalversammlung, die wohl größte Errungenschaft der Revolution, war ein wichtiger Schritt Richtung Moderne und Entwicklung der Demokratie.
Auch weniger prominente Teilnehmer an der Revolution hatten ihren Anteil daran. Friedrich Siegmund Jucho kann als eine Art Musterbeispiel eines Revolutionärs gelten, der dabei half, die Revolution ein paar Schritte näher an ihr Ziel zu bringen.

Florentine Faulstroh und Alexa Veit, Q2,
Anna-Schmidt-Schule Frankfurt a. M.

HMF C/0748
Friedrich Siegmund Jucho (1805-1884) war Abgeordneter für Frankfurt am Main.

HMF C/0866
Für den Zutritt zu den Parlamentssitzungen bekamen auch die Abgeordneten Eintrittskarten.

Umsonst gekämpft oder die Geschichte geprägt?
Der radikale Demokrat Franz Heinrich Zitz

Franz Heinrich Zitz setzte sich zeitlebens für demokratische Werte, Rechtsstaat und soziale Gerechtigkeit ein. Vor rund 200 Jahren wurde erstmals dafür gekämpft und damit die Grundlage für unsere heutige Demokratie geschaffen. Aber wie ist es möglich, dass so viele Menschen das Interesse an der Politik verlieren, der sie ihre Freiheiten und Rechte zu verdanken haben? Brauchen wir heute wieder mehr „radikale Demokraten“ wie Franz Zitz, die progressiv in die Zukunft schauen und dementsprechend mutig handeln?

In der Nationalversammlung 1848/49 trafen Positionen aufeinander, die nur schwer miteinander vereinbar waren. Auf der einen Seite reaktionäre Monarchisten, deren Ziel die Erhaltung des bestehenden Systems war, und auf der anderen Seite radikale Demokraten, die eine Republik ohne Privilegien forderten. Zu dieser Gruppe zählte Franz Heinrich Zitz.
Zitz wurde 1803 als Sohn des Weinhändlers Franz Ferdinand Zitz geboren. Nach seinem Jurastudium und der Promotion war er zunächst als Rechtsanwalt in Mainz tätig. Ab 1837 war Franz Zitz für einige Jahre mit der Schriftstellerin Kathinka Zitz-Halein verheiratet. Sie vertrat die Position der damaligen Linken und war besonders progressiv und modern.

Vom Karneval in die Politik

1843 und 1844 wurde Zitz Präsident des Mainzer Karnevalsvereins, was ihm eine erste Bühne für die politische Diskussion lieferte. Als Führer der Mainzer Linken war Franz Zitz 1848/49 Abgeordneter des Vorparlaments und der Nationalversammlung. In der Paulskirche gehörte er erst dem „Deutschen Hof“, der gemäßigt linken Fraktion, und später dem „Donnersberg“, der radikal-demokratischen Fraktion an. Zum Schluss wollte sich Zitz von den radikalen Linken abspalten. Nachdem die Revolution gescheitert war, floh Zitz über die Schweiz in die USA, und wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt.
Franz Zitz' Karriere als Politiker begann im Karnevalsverein. Er prägte den Verein politisch und schuf mit ihm einen Raum für Diskussionen mit beachtlicher Reichweite. Aufgrund seiner direkten und an manchen Stellen vielleicht fast schon zu radikalen Art und seiner überzeugenden Redekraft, schaffte er es, die Menschen von seinen politischen Ansichten zu überzeugen. Mainz war zu dem Zeitpunkt Provinzialhauptstadt des Großherzogtums Hessen und ein politisches Zentrum. Demzufolge wurden die 1832 und 1834 vom Deutschen Bund verabschiedeten Gesetze, die die Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit einschränkten, hier besonders konsequent durchgesetzt und kontrolliert. Das kam Zitz zwar denkbar ungelegen, hielt ihn jedoch nicht von weiteren provokanten und revolutionären Gedanken und Ansichten ab.

Revolutionäre Ansichten

Denn Zitz war kein zurückhaltender Zeitgenosse: Eine Karikatur von 1848 zeigt ihn als „wütenden Stier, der mit Zorn und Eifer“ auf einen äußerst rechten Abgeordneten losstürmt. Seine Ziele und sein Einsatz waren groß, aber war das Ergebnis ebenso bedeutsam? Zitz wollte eine Republik, in der Bürgerrechte sowie die Volkssouveränität die wichtigsten Grundsätze darstellten. Für ihn waren das Prinzip des Adels und dessen vermeintlich naturgegebene Rechte und Machtansprüche veraltet. Es widerstrebte seinem Verständnis von Gerechtigkeit.

HMF 2506900

Franz Heinrich Zitz (1803–1877) setzte sich für eine Gesellschaft ohne Privilegien ein.

Wien Museum Online Sammlung

Franz Zitz als Stier duelliert sich in der Paulskirche mit dem Fürsten Lichnowsky, Vertreter der äußersten Rechten, Karikatur von 1848.

Bürger sollten unabhängig von finanziellen Gegebenheiten und Prestige denselben Einfluss und dieselbe politische Mitbestimmung ausüben können.
Diese äußerst fortschrittliche Republik sollte in Deutschland herrschen. Für ihre Durchsetzung sahen radikale Demokraten wie Zitz nur eine Möglichkeit: eine Revolution. Die rechts und in der Mitte angesiedelten Abgeordneten fanden durchaus noch Gemeinsamkeiten zwischen ihrer „neuen Ordnung“, welche die Paulskirchen-Versammlung zu erarbeiten versuchte, und der ehemaligen Alleinherrschaft der Monarchen. Den radikalen Linken dagegen fehlte es am Fundament für eine Republik. Um eben diese Basis selbst neu schaffen zu können, sollte die aristokratische Grundlage mithilfe einer militärisch organisierten Revolution abgeschafft werden. Ihre grundsätzliche Einstellung war dementsprechend weniger auf Kompromisse fokussiert, sondern vielmehr auf die Durchsetzung ihrer Ansichten.
Zitz lieferte selbst ein Beispiel dafür, als er die Nationalversammlung verließ, nachdem sie beschlossen hatte, dem Preußischen König die Deutsche Kaiserkrone anzubieten. Er wollte nicht akzeptieren, was demokratisch abgestimmt worden war. Hier widersprach sich seine politische Einstellung mit der praktischen.

Darüber hinaus war seine Auffassung von der Freiheit so weitreichend, dass eine Über- beziehungsweise Unterordnung mancher Bürger über andere ausgeschlossen war. Am 8. März 1848 soll Franz Zitz wie folgt zum Schwur auf die Freiheit aufgefordert haben: „Mitbürger! Der Untertan schwört Treue seinem Fürsten und dem Gesetze, der Soldat schwört auf seine Fahne, der freie deutsche Mann schwört auf die Freiheit, diese leuchtende Standarte der Völker! […] Beugt das Knie und schwört alle: Wir schwören für die Freiheit zu leben und zu sterben!“
Damit betonte er einerseits den Kontrast zwischen den alten hierarchischen Verhältnissen und der modernen Lebensweise als freies Individuum, andererseits appellierte Zitz aktiv an den Kampfgeist und die revolutionären Seiten eines jeden Menschen. Freiheit kommt nicht aus dem Nichts. Es muss dafür gekämpft werden, und das mit vollstem Einsatz. Denn Freiheit ist das ultimative Ziel der Gesellschaft.

Alles nur Illusion?

Zitz floh 1849 nach Amerika. Nach einer Amnestie konnte er jedoch 1868 zurückkehren. Er ging nach München, wo er teilweise an die Jahre vor und während der Revolution anknüpfen konnte. Dies geschah in einer Zeit, als die Monarchen wieder die Macht erlangten. Menschen wie Zitz waren unglaublich enttäuscht und konnten ihre Vorstellungen nur noch als utopisch ansehen. Die Sehnsucht ist vermutlich auch das, was den Antrieb und die starke Motivation in Zitz geweckt hat, viel zu bewirken. Wie kann ein Mensch beispielsweise Sehnsucht nach Freiheit haben, wenn er in Freiheit lebt? Genau dies aber lässt Menschen passiv werden und die Gemütlichkeit macht sich dann breit, wenn man die Erinnerung an einen Zustand der Unfreiheit verloren hat.
Heute haben wir, zumindest in Deutschland, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Uns sind durch das Grundgesetz Freiheiten in Wort und Schrift gesichert. Wofür brauchen wir dann überhaupt zu kämpfen? Demokratie lebt von Kritik, um das optimale Wohl aller zu garantieren. Geht dieser Diskurs verloren, bleibt auch unsere Demokratie auf der Strecke. Eine Auseinandersetzung, wie sie sich 1848 Zitz und viele seiner Zeitgenossen gewünscht hätten, darf ihren Wert nicht verlieren. Allein weil es hauptsächlich der jungen Generation als naturgegeben erscheint, sollten uns unsere Privilegien weiter bewusst sein. Heute wie damals braucht es Menschen, die Kritik üben und die Geschichte in politische Diskurse einbeziehen, dennoch aber nicht an Progressivität verlieren.

Jule Bokelmann und Luisa Furthmann, Q2,
Anna-Schmidt-Schule Frankfurt a. M.

1848 und jetzt?

Willkür wird bewusst und nervt, / wenn beim Nachbarn Recht und Freiheit herrscht. / Zuvor hat Frankreich mächtig Blut vergossen, / für Freiheit und Demokratie wurde gekämpft und geschossen. / Alsbald keimt auch hierzulande der Wunsch nach Demokratie, / es brodelt selbst in der Bourgeoisie.

Denn Willkür und Ausbeutung durch die oberste Kaste / sind für die Bürgerschaft unkalkulierbare Lasten. / Gepeinigt durch Hunger, Not und Kinderarbeit, / ist auch das Volk zum Aufstand bereit. / Jeder Fürst führt sein eigenes Reich, / fordert Abgaben, bis es den Bürgern zum Leben kaum reicht.

Freiheitskämpfe rundum in den Ländern, / die Zeit ist reif, es muss sich etwas ändern. / Dem Aufstand, zum Teil mit Waffengewalt, / geben Argumente der Bürger erst wirklich Gehalt. / Das Gesetz, welches uns Menschen ein Recht auf Freiheit und Demokratie verspricht, / wird in Frankfurts Paulskirche verkündet und hat bis heute Gewicht.

Das erste Parlament, spöttisch „Honoratioren-Parlament“ genannt, / hat nicht lange Bestand, / weil es nie die Akzeptanz des Volkes erlangt. / Eine schwere Geburt, bis Deutschland endlich entstand. / Erst viele Jahre später ist es so weit, / es beginnt eine hoffnungsvolle, glückliche Zeit.

Heute wählen wir das Parlament aus unserer Mitte, / doch wäre die Gesellschaft wirklich so homogen, / wie wir es im Parlament sehen, / dann würden wir wieder hungern und Mangel leiden, / denn Anwälte können weder backen noch Wände verkleiden. / Warum lassen wir uns von Advokaten regieren, / anstatt uns selbst zu engagieren?

Mit unserem ersten Atemzug begleiten uns viele Rechte. / Wir sind gleichberechtigt und keine Knechte. / Wie lange, steht in den Sternen geschrieben. / Denn die Macht des Volkes benötigt ein Volk, das etwas macht! / Heldentum wird von uns nicht verlangt, / aber es ist wichtig, dass unsere Stimme am Wahltag in die Urne gelangt. / Für so manchen Bürger ist das schon zu viel verlangt.

Demokratie zieht aus, wenn man sie nicht lebt, / das haben wir schon leidvoll erlebt. / Zwölf Jahre war sie weg, die Demokratie, / viele Menschen haben das nicht überlebt. / Wir haben es noch in der Hand, / wie es weitergeht mit unserem Land. / Es wäre schade um das Erbe unserer mutigen Vorfahren, / die für Freiheit und Demokratie zu vielen Opfern bereit waren.

Heike Arnold, Neuberg

An Gottes Gnaden gescheitert?
Der liberale Vorkämpfer August Hergenhahn

August Hergenhahn aus Usingen schreibt Geschichte, als im März 1848 unter seiner Federführung die neun Forderungen der Nassauer veröffentlicht werden, die Reformen für die Bewohner des Herzogtums Nassau durchsetzen. Die Worte eines Mannes werden zur Stimme des Volkes. Der Anwalt aus Wiesbaden wird zum Vorkämpfer des deutschen Liberalismus.

Herzog Adolph von Nassau muss einen Großteil seiner Macht an die neue Bewegung — und den Mann, der sie anführt — abgeben. Er sichert dem Volk Volksbewaffnung, Pressefreiheit, Einberufung eines Parlaments sowie Vereinigungs- und Religionsfreiheit zu. Hergenhahn wird zum Ministerpräsidenten des Herzogtums Nassau ernannt. Unter seiner Regierung werden fortschrittliche Gesetze erlassen.
Hergenhahns Überzeugungen bringen ihn weit: bis in den Fünfzigerausschuss zur Vorbereitung der Wahlen für die Nationalversammlung und als Abgeordneten in die Frankfurter Paulskirche, wo er sich der liberal-konservativen Casino-Fraktion anschließt.
Hergenhahn kämpft für das Ideal einer konstitutionellen Monarchie, in der liberale Rechte wie Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit gelten und er gehört zu dem Ausschuss, der über die Verfassung für einen demokratischen Bundesstaat und einen Grundrechtskatalog berät.

Wikimedia Commons

August Hergenhahn (1804–1874) war Nassauer Regierungschef und Mitglied der Paulskirche.

Kein Kaiser von Volkes Gnaden

Er ist dabei, als sich die Nationalversammlung für eine kleindeutsche Lösung entscheidet, bei der zwar die österreichischen Gebiete außen vorgelassen, doch die Konflikte zwischen den Großmächten minimiert werden. Hergenhahn will einen neuen Staat, in dem die Monarchen ihre Macht behalten, aber alle unter einer Krone zusammengebracht werden, der des Königs von Preußen. Hergenhahn gehört zu der Abordnung, die im April 1849 Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone anträgt. Wieder schreibt Hergenhahn politische Geschichte — nur diesmal mit unerwartetem Ergebnis.
Der König empfängt die Delegation aus Frankfurt. Doch Friedrich Wilhelm IV. verweigert die Krone unter dem Vorwand, er könne keine vom Volk angetragene Krone akzeptieren. Die Kaiserdeputation ist enttäuscht, hat aber noch ein Ass im Ärmel — sie spielen die als „Note der Achtundzwanzig“ bekannte Schrift aus, in der 28 Fürsten den König von Preußen an der Spitze des neuen Staates akzeptieren. Sie erkennen die Frankfurter Reichsverfassung an und fordern Friedrich Wilhelm auf, sich ihnen anzuschließen.
Die Fürsten der Kleinstaaten, die diese Note unterschrieben haben, fürchten um ihre eigene Zukunft. Ihre Bevölkerung droht mit Straßenkämpfen und Demonstrationen, wenn sie nicht zustimmen. Einen Strich durch diese Rechnung machen die Fürstentümer Bayern, Sachsen und Hannover, Preußen sowie Österreich, sie lehnen den Vorschlag ab. Sie haben mittlerweile an Macht zurückgewonnen und vertrauen auf die Unterstützung ihrer Armeen.
Die Erfolgsaussichten der Nationalversammlung verschlechtern sich schlagartig. Das Schicksal nimmt seinen Lauf, der König bleibt stur, ohne die Zustimmung der übrigen deutschen Fürsten gibt er am 28. April 1849 vor, gezwungen zu sein, die Kaiserkrone zurückweisen zu müssen.

Rücktritt von allen Ämtern

Hergenhahns politisches Konzept einer konstitutionellen Monarchie ist an diesem Tag gescheitert. Er zeigt sich in der Stunde der Niederlage konsequent: Da er sich für die Unantastbarkeit der in der Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung verbürgt hat, tritt er am 7. Juni 1849 von seinen politischen Ämtern zurück. Doch auch Friedrich Wilhelm IV. ist konsequent: Er lässt die Revolution gewaltsam niederschlagen und verfügt rechtswidrig, dass die preußischen Mitglieder der Nationalversammlung ihr Mandat niederlegen müssen.
August Hergenhahn, der ausgezogen ist, um seinen Traum „das ganze Deutschland soll es sein“, wie es die Abgeordneten formulieren, zu verwirklichen, muss erleben, wie dieses Vorhaben von einem selbstherrlichen, verstaubten und absolutistischen Gottesgnädigen beendet wird. Die ihm von den Volksvertretern angetragene Kaiserkrone sei „aus Dreck“, albern und dumm, erklärt der preußische König. Hätte er sie angenommen, wäre eine friedliche Revolution Wirklichkeit geworden. Meinungs- und Pressefreiheit, Glaubensfreiheit und Versammlungsfreiheit wären als Teil der Reichsverfassung in Kraft getreten. Adelsprivilegien und die Todesstrafe wären abgeschafft worden.
Hergenhahn zieht sich aus der aktiven Politik zurück und widmet sich seiner Arbeit als Jurist am Appellationsgericht in Wiesbaden und Dillenburg und seiner Familie. In der Auseinandersetzung des Herzogs mit der von ihm unterstützten liberalen preußenfreundlichen Opposition 1863 muss Hergenhahn jedoch sein hohes Richteramt aufgeben und wird zunächst zum Leiter der Nassauischen Landesbank degradiert. Auch in der Zeit nach der Revolution, nach dem Rücktritt als Minister, muss Hergenhahn also weiterhin Schläge für seine politische Ausrichtung einstecken.

Zu naiv, zu feige, zu zögerlich agiert?

Hergenhahn wächst mit der Überzeugung auf, dass eine konstitutionelle Monarchie möglich ist. Er wird in ein für die damalige Zeit fortschrittliches Fürstentum hineingeboren. Nach dem frühen Tod seiner Eltern wird seine schulische Ausbildung von fürstlichen Zuschüssen finanziert. Aus seiner Sicht hat er nur mit Unterstützung eines Fürsten seine Bildung erhalten, ohne ihn hätte er die Position als Abgeordneter der Paulskirche und Ministerpräsident von Nassau nicht erreicht.
Nach dem Studium wird er beim Hofgericht in Usingen eingestellt, als reaktionäre Kräfte nach dem Hambacher Fest von 1832 den Bundesbeschluss zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung erlassen. Als Prokurator ist er für die Umsetzung dieser repressiven Maßnahmen zuständig. Sie stehen im Widerspruch zu seinen Überzeugungen, was ihn dazu veranlasst, das Hofgericht zu verlassen. Er würde sich nicht gegen die Monarchie stellen, um seine Ziele zu erreichen.
Im Herbst 1866 wird Nassau von Preußen annektiert. Während der darauffolgenden Übergangsregierung wirkt Hergenhahn als Staats- und Justizminister. Schließlich kehrt er bis zu seinem Tod 1874 als Präsident an das Hof- und Appellationsgericht des nun preußischen Regierungsbezirks Wiesbaden zurück.
August Hergenhahn hat seinen revolutionären Traum weiterverfolgt. Er muss erkennen, dass er seine Vision in der Paulskirche nicht umsetzen kann. Er ist Realist, verhält sich konsequent und zieht sich zurück. Das Projekt einer konstitutionellen Monarchie ist gescheitert, aber Hergenhahn bleibt sich treu bis zu seinem Lebensende — und das nicht naiv und zögerlich, sondern leise.
Politiker wie August Hergenhahn haben das politische Denken in Deutschland geprägt. Das Parlament der Paulskirche hat die spätere demokratische Entwicklung in Europa entscheidend vorbereitet. Die Rechte der Deutschen, welche von der Nationalversammlung erstmals als Grundrechte festgeschrieben wurden, bilden die Grundlage für die Verfassung der Weimarer Republik und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.
August Hergenhahn ist ein Teil dieser Geschichte. Er hat als Schlüsselabgeordneter einen bedeutenden Einfluss genommen. Zwar ist die Revolution 1848/49 gescheitert, aber sein Traum von einer Demokratie ist nicht geendet, er ist erfolgreich in Erfüllung gegangen. Nur nicht zu seinen Lebzeiten.

Mailen Novoa und Helen Ortmann, Q2,
Anna-Schmidt-Schule Frankfurt a. M.

Uwe Schmolke

Wichtiger Treffpunkt der Vormärz-Opposition: Adam von Itzsteins Weingut in Hallgarten

„Itzstein, unser Stern“
Liberal-demokratischer Stratege aus dem Rheingau

Die Treffen auf Johann Adam von Itzsteins Weingut können als Vorläufer der Nationalversammlung gelten. In der Paulskirche war sein Einfluss jedoch begrenzt.

Es klingt nach einer Arabeske der Geschichte: ihre Weingüter lagen in Blickweite im Rheingau; doch begegnet sind sie sich dort offensichtlich nie. Dafür hasste der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich den in Mainz geborenen badischen Politiker doch zu sehr. Fast schon mit Achtung jedoch nennt er Johann Adam von Itzstein den ersten eigentlich „praktisch Radikalen“. Für seine Freunde war der begnadete liberale Politiker allerdings eine Lichtgestalt. Hochgebildet, von glänzender Rhetorik, im gesamten Deutschen Bund vernetzt, erwies er sich als strategisch versierter Oppositionsführer der liberalen Demokraten im Vorfeld der Frankfurter Nationalversammlung.
Von Itzstein war kein Revoluzzer im klassischen Sinne. Gewalt war nicht seine Sache. Der Reformer bemühte sich uneigennützig um die Einheit der Liberal-Demokraten der verschiedenen deutschen Länder. Dank seiner großen Integrationskraft führte er bereits seit 1832 Männer unterschiedlichster Bundesstaaten zusammen. Dabei ging es nicht nur um gleichlautende Anträge für die jeweiligen Landtage. Bei den legendären Treffen auf seinem Weingut in Hallgarten, heute ein Stadtteil von Oestrich-Winkel, erwies sich Johann Adam von Itzstein als vorzüglicher Gastgeber. Und gelegentlich gab hier der spätere nassauische Ministerpräsident August Hergenhahn Gesangsdarbietungen zum Besten. Die Ernsthaftigkeit der Beratungen der 30 bis 40 Männer machen den Hallgartener Kreis jedoch zu einem entscheidenden Vorläufer der Nationalversammlung.
Die Bedeutung dieser illustren Runde, zu der auch Heinrich von Gagern, Robert Blum und Friedrich Hecker zählten, wird in Forschung und Literatur oft vernachlässigt. Der Name Itzstein ist einer breiten Öffentlichkeit nicht mehr geläufig. War er es doch, der zur wichtigen Heidelberger Tagung am 5. März 1848 einlud und dort noch zwischen den Radikalen und gemäßigten Liberalen vermitteln konnte. Von den anwesenden 51 „Vaterlandsfreunden“ wurde Itzstein in den Siebenerausschuss zur Vorbereitung des Vorparlaments gewählt. Er darf als der Organisator dieses Parlaments gelten.
Als Abgeordneter in der Nationalversammlung war seine Macht allerdings aufgrund der Mehrheitsverhältnisse äußerst begrenzt. Und nach dem Ende des Paulskirchenparlaments musste der wegen Hochverrats gesuchte betagte Parlamentarier der ersten Stunde ins Ausland flüchten. 1850 kehrte er auf sein Gut im Rheingau zurück. Schwerkrank zog er sich ins Privatleben zurück. Kurz vor seinem 80. Geburtstag starb Johann Adam von Itzstein. Auf seinem Grabstein in Hallgarten steht: „Müde von den Jugendkämpfen deutscher Freiheit ruhet hier ein muthig Herz.“

Markus Hebgen, Wiesbaden

HMF C40627

Johann Adam von Itzstein (1775–1855)

Vergessener Beschlussort der Grundrechte

Die Paulskirche gilt als „Wiege der deutschen Demokratie". Ein ebenso wichtiger Ort für unsere Demokratiegeschichte war die Deutsch-reformierte Kirche am Großen Kornmarkt in Frankfurt. Am 20. Dezember 1848 verabschiedeten hier die Abgeordneten der Nationalversammlung die Grundrechte des deutschen Volkes.

Der Paulskirche mangelte es an einer Heizung und einer passenden Beleuchtung für die Sitzungen. Damit die Parlamentarier ihre Debatten in den Wintermonaten nicht frierend im Dunkeln verbringen mussten, beschloss die Nationalversammlung im Oktober 1848 den Einbau zweier Heizkessel, einer Gasbeleuchtung und einer Zwischendecke für eine bessere Akustik. Während der Umbaumaßnahmen wich man in die Deutsch-reformierte Kirche aus. Dort fanden vom 6. November 1848 bis zum 9. Januar 1849 insgesamt 40 Sitzungen statt.

Einen ersten Entwurf der späteren Grundrechte hatte der am 24. Mai 1848 geschaffene 30-köpfige Verfassungsausschuss am 19. Juni vorgelegt. Im Parlament folgte eine stürmische und langwierige Debatte. Nach sechs Monaten und insgesamt 181 Ausschusssitzungen verabschiedeten die Abgeordneten schließlich am 20. Dezember 1848 das wegweisende Verfassungsdokument. Der Grundrechtskatalog schützte die Freiheit von Meinung, Presse, Glauben, Gewissen, Vereinigung und Versammlung sowie die Unverletzlichkeit der Person. Durch die Auflösung des Adelsstandes schuf er Rechtsgleichheit unter den Bürgern, sicherte die Freiheit der Religionsausübung zu — und damit volle Rechte für Juden. Er legte Steuergleichheit, freien Zugang zu allen Ämtern und ein Ende der Feudalrechte fest. Künftig war Berufsfreiheit gegeben durch das Recht, sich überall im Reich niederzulassen, Grund zu erwerben und ein Gewerbe zu betreiben. Ferner wurden zahlreiche Regelungen für Institutionen getroffen wie die Trennung von Justiz und Verwaltung oder Kirche und Staat.

Die Abgeordneten hatten einen Grundrechtskatalog auf den Weg gebracht, der in zahlreichen deutschen Staaten Gültigkeit erlangte, bis er 1851 aufgehoben wurde. Im Kaiserreich ab 1871 fand er nur partiell weiter Anwendung in Fragen von Rechts- und Glaubensfreiheit. Doch für die Verfassungen von Weimar 1919 und Bonn 1949 fungierten die 1848 verabschiedeten Grundrechte als wegweisendes Vorbild. So fußt unsere Demokratie auf dem Verfassungswerk der Frankfurter Nationalversammlung. Die Deutsch-reformierte Kirche wurde 1944 zerstört. Durch den ehemaligen Kirchenraum verläuft seit den 1950er Jahren die Berliner Straße.

Dr. Markus Häfner,
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a. M.

ISG FFM Best. S7Voe Nr. 240

Die Deutsch-reformierte Kirche, 1905

„Fremde Unfreie macht deutscher Boden frei." Der Hanauer Prof. Jacob Grimm in der Paulskirche

Manchem mag ein kurzer Schreck beim Lesen der Überschrift in die Glieder fahren, „was kommt jetzt für eine Hetzschrift?". Für den Sohn indischer Einwanderer, der 1974 in Hanau geboren wurde, war dieser sinngemäße Ausspruch Jacob Grimms, ebenfalls Hanauer, aber prägend. Entlehnt ist er seinem Entwurf vom August 1848 zu Artikel 1 der Paulskirchenverfassung.

Im Original lautete Grimms Vorschlag: „Alle Deutschen sind frei und deutscher Boden duldet keine Knechtschaft. Fremde Unfreie, die auf ihm verweilen macht er frei." Bis dato war mein jugendliches Deutschlandbild ein negatives. Zuviel Katastrophales hatte sich seit dem deutschen Kaiserreich 1871 ereignet. Rassistische „Völkerschauen" auf deutschem Boden, der Genozid an den Herero und Nama, zwei verursachte Weltkriege und die fabrikmäßige Vernichtung von Menschenleben in Nazi-Deutschland. Dagegen steht der erfolgreiche Weg Indiens in den gewaltlosen Widerstand gegen das „British Empire" und der Beginn der weltweiten Dekolonisation. Dass es vor dieser deutschen „Finsternis" eine liberale, freiheitliche Bewegung gab, lernte ich erst im Schulunterricht in Deutschland verstehen.

Zwischen allen Stühlen

Der Werdegang Jacob Grimms im 19. Jahrhundert beschreibt für mich einen Gelehrten, der durchaus schwärmerische Gedanken zur Freiheit formulieren konnte, aber diese auch lebte. Er war einer der Göttinger sieben Professoren, die sich 1837 an der Landesuniversität Göttingen öffentlich gegen die Aufhebung der Verfassung durch den neuen hannoverschen König wandten. Die Professoren Jacob und Wilhelm Grimm ebenso wie die weiteren fünf wurden wegen ihrer konsequenten Haltung aus dem Dienst entlassen. Für Jacob Grimm verband sich die politische Motivation mit dem ethischen Anspruch des Professorenberufs. So verwundert es nicht, dass er in die verfassungsgebende Versammlung der Paulskirche 1848 zu Frankfurt am Main gewählt wurde und noch weniger, dass er als „Fraktionsloser" zwischen allen parlamentarischen Stühlen saß, direkt vorne vorm Rednerpult. Das bewundere ich persönlich sehr und kann aus eigener kommunalpolitischer Anschauung dies sogar ein stückweit nachvollziehen.

Am Ende der verfassungsgebenden Versammlung wurde Grimms Vorschlag zu Artikel 1 abgelehnt, die bürgerliche Revolution scheiterte, das deutsche Volk steuerte aus unserer heutigen Rückschau auf zivilisatorische Katastrophen zu. Das Versprechen eines demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaats auf deutschem Boden wurde mit der Weimarer Reichsverfassung 1919 und dann erst wieder nach unaussprechlichem Leid, rassistischer und faschistischer Exzesse auf deutschem Boden erfüllt. Es hat viel zu lang gedauert, und wir als Deutsche lernen daraus immer noch.

Die Idee von Jacob Grimm lebt weiter

Doch das heute erreichte demokratische Staatswesen mit einer geistigen Verbindung zu Prof. Jacob Grimms Artikelentwurf lebt. In diesem Lichte betrachte ich heute unser Grundgesetz, allem voran Artikel 16a „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" neu. Dank der Einwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, dank der Asylgesetzgebung der modernen Bundesrepublik, trotz aller politischen Verwerfungen und Entfremdungen heutzutage, wirkt aus meiner Sicht die Idee von Grimm weiter. Seit den 1960er Jahren nutzen durch „deutschen Boden frei gewordene" Menschen mit Wurzeln im Ausland ihr

Medienzentrum Hanau / Bildarchiv, Roland von Gottschalck

Jacob (links) und Wilhelm Grimm, Nationaldenkmal von 1896 vor dem Neustädter Rathaus

Recht auf freie Meinungsäußerung, Presse- und Kunstfreiheit, Freiheit der Wissenschaften und die Freiheit vor jedweder religiösen Unterdrückung auf deutschem Boden. Zwar wird diese Freiheit von einer kleinen Minderheit gelegentlich auch für antidemokratische Ziele missbraucht, doch gerade hier genau hinzuschauen ist umso dringender.

Angewiesen auf ein freies Ausland

Wir sollten solidarisch und kritisch an diesem neuen zum Leben erweckten „Geist der Freiheit der Anderen" teilhaben. Ganz besonders widme ich diesen Gedanken als „indischer Hesse" den demonstrierenden und protestierenden Frauen mit familiären Verbindungen in den Iran, in der kriegsgebeutelten Ukraine, in Tibet und in vielen weiteren Ländern, in denen die Unfreiheit herrscht. Sie alle sind angewiesen auf ein freies und demokratisches Ausland, um ihren Kampf für Demokratie und Freiheit führen zu können. Und wir Deutsche? Wir sind verpflichtet, jeden Tag aufs Neue, unsere Demokratie und Freiheit nicht nur um der „Fremden Unfreien" willen, sondern auch unserer selbst willen zu verteidigen. Scheitern ist keine Option mehr. Hierin sehe ich das politische Vermächtnis des gebürtigen Hanauers Prof. Jacob Grimm.

John Kannamkulam, Hanau,
Schirmherr der Int. Wochen gegen Rassismus

Ende der Synagogen in Hinterhöfen
Der Weg zur Gleichberechtigung der Juden

Im Mittelpunkt der Märzrevolution im Herzogtum Nassau standen die berühmten neun „Forderungen der Nassauer" (Siehe Extrablatt, Seite 5). Weitreichende und sichtbare Folgen insbesondere für die jüdische Gemeinschaft sollte die Gewährung der neunten Forderung haben, die Religionsfreiheit. Bereits in den Jahren vor 1848 waren immer wieder Eingaben an die Regierung und die Landesdeputiertenversammlung mit der Forderung nach vollständiger bürgerlicher und politischer Gleichberechtigung der Juden im Herzogtum gemacht worden. Der Gedanke hinter dem Anliegen war: Gleiche Pflichten für Juden ergeben die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie die der übrigen Staatsbürger. Die Umsetzung blieb allerdings jedes Mal aus, weshalb Juden im Herzogtum weiterhin im Status von Schutzjuden verblieben waren.

Halbherzige Versuche

Bald gleichberechtigte Staatsbürger zu sein, hofften die Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft aufgrund verschiedener Gesetze, die in den Wochen und Monaten nach der Märzrevolution erlassen wurden. Das Wahlgesetz vom 5. April 1848 verlieh Juden formell das Wahlrecht zur Ständeversammlung. Zugelassen wurden jedoch nur diejenigen, die einen Schutzbrief besaßen. Das Gemeindegesetz vom 12. Dezember 1848 gewährte Juden die Aufnahme als gleichgestellte Gemeindebürger. Allerdings bezog sich die Regelung erneut nur auf diejenigen, die bereits einen Schutzbrief besaßen. Die Verkündung des Verfassungsedikts am 28. Dezember 1849 schließlich, das auf die vom Paulskirchenparlament am 28. März 1849 verabschiedete Reichsverfassung zurückgeht, brachte die erhoffte Gleichberechtigung nur für kurze Zeit. Für wenige Jahre galt das Grundrecht, dass niemand wegen seiner Religion oder Konfession in seinen staatsbürgerlichen Rechten benachteiligt werden durfte, auch für die jüdische Gemeinschaft in Nassau.

Die Gemeinde wächst

Am 27. September 1851 wurde das Edikt wieder aufgehoben. Das Wahlrecht wurde ebenfalls geändert, sodass formal zwar der Grundsatz der Gleichheit aller Bürger bestehen blieb, in der Realität bestimmte aber eine neuerliche Diskriminierung und Entrechtung der Juden die Politik. Für die jüdische Gemeinschaft bedeutete diese Kehrtwende unter anderem, dass sie weiterhin Synagogen nur in Hinterhöfen einrichten durfte. So war die 1826 erbaute Synagoge im Hinterhof der Schwalbacher Straße in Wiesbaden wegen der schnell wachsenden Gemeinde knapp 30 Jahre später viel zu klein geworden. Das Gebäude wies zahlreiche bauliche Mängel auf, weshalb sich der Gemeindevorstand um einen Neubau bemühte. 1826 hatte die Nassauische Regierung noch verfügt, dass Synagogen im Stadtbild nicht weiter auffallen sollten. An dieser Haltung hatte sich 1857 wenig geändert. Die Bearbeitung der Anträge zum Kauf eines Grundstücks und Bau einer neuen Synagoge wurde von den Behörden unter dem Eindruck der reaktionären Landespolitik verzögert.

Wikimedia Commons

Synagoge am Schulberg, Wiesbaden 1907

Bürgerrechte und neue Synagoge

Trotz aller Rückschläge sollte die Gleichheit aller Bürger keine leere Worthülse bleiben. Durch die Einführung des § 48 der Zivilprozessordnung vom 26. September 1861 wurde die jahrhundertealte Diskriminierung von Juden vor Gericht aufgehoben. Das „Gesetz, betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung" des Norddeutschen Bundes vom 3. Juli 1869 beendete schließlich auch auf dem Gebiet des Herzogtums Nassau „alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte". Das Königreich Preußen hatte nach dem Deutschen Krieg 1866 vier seiner Kriegsgegner, darunter das Herzogtum Nassau, annektiert und alle nördlich der Mainlinie liegenden Staaten unter seiner Führung im Norddeutschen Bund vereint. Somit erlangten auch auf dem Gebiet des ehemaligen Herzogtums Nassau alle Gesetze des Norddeutschen Bundes Gültigkeit.

Als Ausdruck des Zeitgeistes hatte sich die jüdische Gemeinschaft in Wiesbaden zu Beginn der 1860er Jahre ein repräsentatives Grundstück am Michelsberg als Bauplatz für ihre neue Synagoge ausgewählt. Das Gebäude entwerfen sollte der weit über die Grenzen Nassaus bekannte Architekt Philipp Hoffmann. Er hatte mit zahlreichen Entwürfen bereits das Wiesbadener Stadtbild geprägt. Gegen die Stimmen der Landesregierung wurden auf Wunsch des Herzogs 1863 die Baupläne genehmigt. Die jüdische Gemeinschaft erwarb den Bauplatz. Die Arbeiten begannen 1865 und wurden 1869 abgeschlossen. Die Kosten für das repräsentative und mit seiner 30 Meter hohen Kuppel weithin sichtbare Gebäude brachte die jüdische Gemeinschaft selbst auf. Die neue Synagoge, deren Kuppel in einer Linie mit den Türmen der Wiesbadener Marktkirche stand, war Ausdruck des neuen Selbstverständnisses der Jüdischen Gemeinde. Die Gemeinschaft trat nicht nur mit dem „Gesetz, betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung", sondern nun auch im Wiesbadener Stadtbild neben die Kirchen.

Erste Austrittsgemeinde in Preußen

Waren Standort und Wahl des Architekten Zeichen der Emanzipation, ist auch der Innenraum als Ausdruck des Selbstverständnisses der jüdischen Gemeinschaft zu verstehen. Orgelmusik begleitete die Gottesdienste. Später wurde eine Kanzel ergänzt. Das Gemeindeleben passte sich immer mehr dem christlich geprägten Umfeld an, was zu Spannungen unter den Mitgliedern führte. 1876 gründete sich eine zweite Jüdische Gemeinde am Ort, die Alt-Israelitische Kultusgemeinde, eine der ersten sogenannten Austrittsgemeinden in Preußen. Sie erwarb ein Grundstück in der Friedrichstraße und ließ den dort bereits bestehenden Saal umbauen. Die Synagoge wurde 1882 eingeweiht. Das Grundstück in der Friedrichstraße ist bis heute Standort des Gemeindezentrums und der Synagoge sowie Zentrum jüdischen Lebens in Wiesbaden.

Steve Landau, Jüdische Gemeinde Wiesbaden
und Dr. Rolf Faber, Kommission für die Geschichte
der Juden in Hessen

Projektseite der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden mit weiteren Informationen zur Synagoge am Michelsberg und zur Jüdischen Geschichte

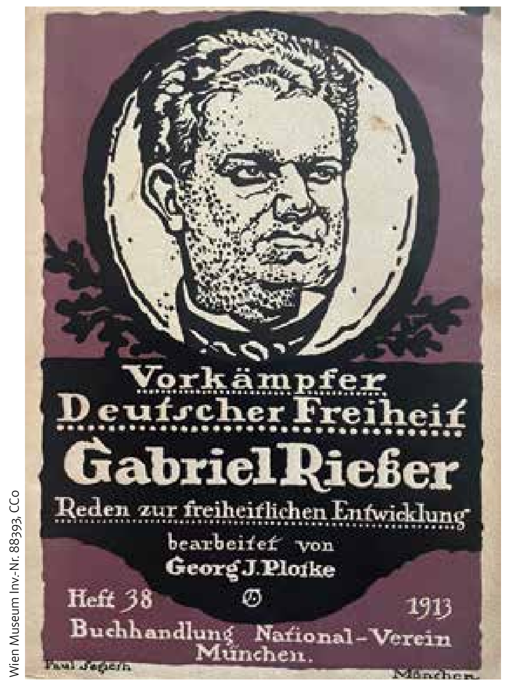
„An die Deutschen aller Konfessionen"
Die Verdienste Gabriel Riessers für die Demokratie

Dass die Paulskirchenverfassung 1849 die Gleichberechtigung der Juden vorsah, ist vor allem dem Abgeordneten Gabriel Riesser zu verdanken. Er beeinflusste die Debatten in der Nationalversammlung über die verfassungsrechtlichen Grundfreiheiten entscheidend. Viele Gründe sprechen dafür, Riessers Einsatz für Demokratie und Gleichberechtigung wieder stärker ins Blickfeld zu rücken.

Mit „summa cum laude" schloss der 1806 in Hamburg geborene Gabriel Riesser sein Jurastudium ab. Seine beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten wurden jedoch durch den Ausschluss von Juden von Lehrtätigkeiten an Universitäten und Schulen sowie von einer Tätigkeit als Rechtsanwalt oder Richter entscheidend eingeengt. Von diesen ernüchternden Erfahrungen beeinflusst setzte sich Riesser mit aller Kraft für die Gleichstellung aller Juden ein. 1831 erschien seine Schrift „Über die Stellung der Bekenner des mosaischen Glaubens in Deutschland. An die Deutschen aller Konfessionen". Dort forderte er religiöse Toleranz, Liberalität und Rechtsgleichheit ein. „Uns vorzuenthalten, dass unsere Väter vor Jahrhunderten oder vor Jahrtausenden eingewandert sind, ist so unmenschlich, als es unsinnig ist. Wir sind nicht eingewandert, wir sind eingeboren, und weil wir es sind, haben wir keinen Anspruch anderswo auf Heimat. Wir sind entweder Deutsche oder wir sind heimatlos." Eine Vielzahl von Denkschriften, juristischen Expertisen und Analysen zur Situation der Juden in verschiedenen Ländern machten Gabriel Riesser zu einem herausragenden Kämpfer und zum prominentesten Fürsprecher der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden in Deutschland.

Kein Bürgerrecht in Bockenheim

1836 entschloss sich Gabriel Riesser nach Bockenheim bei Frankfurt im Kurfürstentum Hessen zu übersiedeln, wo 1833 die rechtliche Gleichstellung der Juden durchgesetzt worden war. Dort erhoffte sich der Jurist, das Bürgerrecht zu erwerben und sich als Rechtsanwalt niederlassen zu können. Seine Hamburger Glaubensbrüder schenkten ihm zum Abschied eine von Moritz Daniel Oppenheim entworfene goldene Medaille. Auf der Rückseite ist die Widmung „Dem Streiter für Recht und Freiheit/ Dr. Gabriel Riesser/ seine hamburgischen Glaubensgenossen/ 1836" zu lesen. Drei Jahre lang arbeitete Riesser für die Jüdische Gemeinde in



Wien Museum Inv.-Nr. 88393, CC0

Frankfurt. Seine Hoffnungen wurden jedoch enttäuscht. 1839 wurde sein Gesuch um das Bürgerrecht in Bockenheim abgelehnt. Riesser kehrte nach Hamburg zurück. Ein Jahr darauf erfolgte die ersehnte Ernennung zum Notar. Seit 1839 war er in seiner Heimatstadt als Sekretär der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg tätig.

Riesser in der Nationalversammlung

1848 kam Gabriel Riesser ins Frankfurter Vorparlament, wo er sich erfolgreich für das aktive und passive Wahlrecht von Juden zur Nationalversammlung einsetzte. Im Mai trat er als Abgeordneter für den Wahlkreis Lauenburg/ Schleswig-Holstein in die Nationalversammlung ein. Bei der Grundrechtsdebatte zur rechtlichen Gleichstellung der Juden erwarb er sich seinen Ruf als hervorragender Redner mit seiner Antwort auf einen Antrag von Moritz Mohl, der für Sonderrechte für Juden plädierte. Vehement widersprach Riesser und warnte davor, „dass das gesamte System der Freiheit einen verderblichen Riss erhalte" und „dass der Keim des Verderbens in dasselbe gelegt würde".

Gabriel Riessers Engagement zahlte sich aus. Am 28. März 1849 verabschiedete die Nationalversammlung die Reichsverfassung, die in Artikel 146 die Gleichberechtigung der Juden vorsah. „Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch tun."

> ***Nach seiner „Kaiserrede" fiel ihm Heinrich von Gagern um den Hals.***

Wiederholt wurde Riesser zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung in der Paulskirche gewählt. Anerkennung erwarb er sich auch für seine zweistündige „Kaiserrede" am 21. März 1849, in der er sich für die konstitutionelle Monarchie und ein preußisches Erbkaisertum einsetzte. Nach der Rede, so wird berichtet, sei ihm Heinrich von Gagern um den Hals gefallen. Riesser wurde daraufhin in die Delegation berufen, die dem preußischen König die Kaiserkrone antragen sollte. Das Vorhaben scheiterte kläglich, da dieser sich weigerte, die Wahl anzunehmen.

Nach der gescheiterten Revolution zog sich Gabriel Riesser nach Hamburg zurück. Dort erhielt er 1849 die Bürgerrechte und wurde 1859 in die Hamburger Bürgerschaft gewählt. 1860 erreichte Gabriel Riesser endlich sein lang ersehntes Ziel. Er wurde zum Richter am Hamburger Obergericht ernannt, eine Ehre, die ihm als erstem Juden in Deutschland zuteilwurde. Als Gabriel Riesser 1863 starb, gaben ihm Tausende Hamburger Bürger die letzte Ehre. Die Gleichstellung aller Juden im Zuge der Reichseinigung 1971 erlebte er nicht mehr.

Deutsch-jüdische Kulturtradition

Gabriel Riesser und seine Verdienste waren bis zum Beginn des Nationalsozialismus sehr präsent. Heute ist er weitgehend in Vergessenheit geraten. Auch in Schulbüchern sind Informationen zu seiner Person und zur Situation der Juden im Vormärz rar. Der Historiker Julius Schoeps würdigte 2020 nicht nur Riessers Engagement für die Gleichberechtigung der in Deutschland lebenden Juden, sondern hob vor allem hervor, welche Spuren Riesser in der Geschichte der deutschen Demokratiebewegung der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hinterlassen hat. Diesen Sachverhalt wieder in das kollektive Gedächtnis zurückzuholen, sei eine wichtige Aufgabe. „Ob Reste des deutsch-jüdischen Erbes in Deutschland fortexistieren können, hängt sicher auch davon ab, ob die Deutschen in ihrer Mehrzahl bereit sind, sich dieses Erbes anzunehmen […] Nur dann, wenn dieses Erbe nicht als etwas Fremdes, sondern als etwas Eigenes angesehen wird, besteht die theoretische Chance, dass die deutsch-jüdische Kulturtradition in Deutschland wenigstens in Ansätzen weiterleben kann."

Angelika Rieber,
Projekt Jüdisches Leben in Frankfurt e. V.

Wikimedia Commons

„Die Grundrechte des deutschen Volkes" vom Dezember 1848 sollten Freiheitsrechte in allen deutschen Einzelstaaten garantieren. Ausschnitt einer Lithographie, die den Gesetzestext allegorisch mit Germania zwischen Freiheit und Gleichheit abbildet.

HMF-E70648

Vor dem Haus des Kunstgärtners Schmidt werden die Abgeordneten Auerswald und Lichnowsky von bewaffneten Aufständischen ermordet.

„Auf die Barrikaden!“

Mehr als 50 Menschen sterben am 18. September 1848 in Frankfurt bei heftigen Kämpfen zwischen Aufständischen und dem Militär — darunter zwei Abgeordnete der Nationalversammlung.

Lautes Geschrei und lärmender Tumult drangen am Vormittag des 18. September 1848 von der Barfüßergasse in die Paulskirche und störten die laufende Debatte über das geplante Grundrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit. Bis zu 300 gewaltbereite Turner, Handwerksburschen, Arbeiter und Landleute belagerten den Eingang für Abgeordnete an der Nordseite der Paulskirche und machten ihrem Unmut über die Arbeit des Parlaments Luft. Das Einlassen einiger Abgeordneter nutzte ein Trupp wild entschlossener Aufrührer, um in das Gebäude einzudringen. Nur dem beherzten Eingreifen der Parlamentsdiener und dem mehrerer Abgeordneter war es zu verdanken, dass der Sturm auf die Nationalversammlung vereitelt und die Eindringlinge wieder aus der Paulskirche hinausbefördert werden konnten.

Als sich der Protest daraufhin vor den gegenüber der Börse gelegenen östlichen Eingang zur Kirche verlagerte, ging eine Kompanie des preußischen Infanterieregiments Nr. 38 gegen die Revolutionäre vor und verletzte drei von ihnen mit Bajonettstichen. Nun gab es kein Halten mehr, von allen Seiten kamen Rufe: „Zu den Waffen! Die Preußen müssen zur Stadt hinaus! Barrikaden! Barrikaden!“

Streit um Schleswig-Holstein

Der Umsturzversuch hatte sich an der Schleswig-Holstein-Frage entzündet. Im Zuge der deutschen Einheitsbewegung sollte das in Personalunion mit der dänischen Krone und untrennbar mit dem Herzogtum Holstein verbundene gemischtsprachige Schleswig in den Deutschen Bund eingegliedert werden. Im Auftrag des Bundes griffen im April 1848 preußische Truppen in den zwischen Dänemark und der selbsternannten Regierung in Kiel um die Zugehörigkeit der beiden Herzogtümer entfesselten bewaffneten Konflikt ein.

Auf Drängen Großbritanniens, Russlands und Frankreichs zog Preußen seine auf dem Vormarsch befindlichen Truppen wieder zurück und schloss am 26. August 1848 unter Missachtung der inzwischen gebildeten „Provisorischen Zentralgewalt“ in Frankfurt mit Dänemark den Waffenstillstand von Malmö. Das Abkommen enthielt weitreichende Zugeständnisse an die Dänen.

Protest auf der Pfingstweide

In der Paulskirche traten vom 14. bis zum 16. September 1848 bei den Abschlussverhandlungen über den Waffenstillstand die Ohnmacht der „Provisorischen Zentralgewalt“ und der Nationalversammlung gegenüber Preußen offen zutage. Ohne eigenes Militär konnte sich die Regierung nur auf die moralische Autorität des Parlaments stützen. Nach einer äußerst kontrovers geführten Debatte, in der die einen vor einem Krieg mit den europäischen Großmächten warnten und die anderen die Einheit und die „Ehre Deutschlands“ verraten sahen, billigte am 16. September eine knappe Mehrheit der Volksvertreter das Waffenstillstandsabkommen. Beim Verlassen der Paulskirche wurden die Befürworter des Abkommens vom dort „versammelten Volk mit Gezisch und Schmähungen“ empfangen.

Die außerparlamentarische Opposition aus radikalen Demokraten und Sozialisten hielt nun die Zeit für gekommen, die Abgeordneten der Linken zum Austritt aus dem Parlament und zur Bildung eines Nationalkonvents nach französischem Vorbild zu bewegen.

Die linksradikalen Kräfte strebten nach einer republikanischen Staatsform, Volkssouveränität oder Mindestlohn und sahen ihre Interessen in der Nationalversammlung nicht vertreten. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde eilends für Sonntag, den 17. September 1848, zu einer Volksversammlung in Frankfurt aufgerufen.

Tags darauf kamen etwa 10.000 Protestierende auf der Pfingstweide zusammen, hörten aufwieglerische Reden und skandierten Parolen wie „Das Parlament muss gesprengt werden!“ oder „Der Rechten die Hälse ab!“ Schließlich verabschiedete die Versammlung unter freiem Himmel eine Eingabe an das Parlament, in der alle Abgeordneten, die dem Waffenstillstand zugestimmt hatten, „für Verräther des deutschen Volkes, der deutschen Freiheit und Ehre“ erklärt wurden. Weil die Mehrheit der linken Abgeordneten es ablehnte, sich vom Parlament abzuspalten, riefen die Wortführer des Protests für den nächsten Tag zu einer bewaffneten Volksversammlung auf dem Roßmarkt auf.

Aus Sorge um die Sicherheit der Parlamentarier forderten die Stadt Frankfurt und das Reichsministerium des Innern noch in derselben Nacht ein preußisches und ein österreichisches Bataillon der in Mainz stationierten Bundestruppen an. Am Morgen des 18. September 1848 bot die von Soldaten umgebene Paulskirche einen martialischen Anblick. Nach dem blutigen Zwischenfall vor dem östlichen Kircheneingang wurden innerhalb kürzester Zeit 50 Barrikaden mit Schwerpunkt in der östlichen Altstadt erbaut.

Schätzungsweise 600 Barrikadenkämpfern stand eine zehnfache Übermacht der Bundestruppen gegenüber. Obwohl die Infanteristen den Aufständischen zahlenmäßig überlegen und wesentlich besser ausgerüstet waren, rannten sie gegen die Hauptbarrikaden in der Allerheiligengasse, an der Bornheimer Pforte oder dem Trierischen Plätzchen zunächst vergeblich an. Um dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten, wurde gegen 17 Uhr eine einstündige Waffenruhe vereinbart.

Vom Mob erschlagen

Vor dem Friedberger Tor hatten sich am Nachmittag des 18. September schreckliche Szenen abgespielt. Die rechtsliberalen Abgeordneten und Befürworter des Abkommens von Malmö, Generalmajor Hans von Auerswald und Fürst Felix von Lichnowsky, waren bei einem Erkundungsritt von aus Bockenheim und Ginnheim herbeigeeilten aufständischen Bewaffneten erkannt und angegriffen worden. Nach einer Verfolgungsjagd durch die vor der Stadt gelegenen Gärten bis hin zur Bornheimer Heide wurde Auerswald von dem wütenden Mob brutal erschlagen und Lichnowsky so schwer verwundet, dass er noch in der Nacht im Hospital zum Heiligen Geist seinen Verletzungen erlag. Die Ermordung der beiden Parlamentarier hat die damalige Öffentlichkeit tief bewegt und wurde für viele zu einem Synonym für den Terror der Radikalen.

Die Waffenruhe verstrich ohne die erhoffte Verständigung. Nach Ablauf der Frist nahm die aus Darmstadt herangeführte Artillerie die noch gehaltenen Barrikaden unter Beschuss. Dem Geschützfeuer hatten die Revolutionäre nichts entgegenzusetzen. „Nach 10 Uhr abends“, so die „Frankfurter Oberpostamts Zeitung“ in der Ausgabe vom 19. September 1848, „erreichte der Kampf sein Ende; alle Barrikaden wurden geräumt und im Laufe der Nacht von den Truppen besetzt.“ Die blutige Bilanz des 18. September 1848 verzeichnete elf gefallene Soldaten, zwei ermordete Abgeordnete und 40 tote Barrikadenkämpfer sowie zahlreiche Verwundete auf beiden Seiten.

Die Nationalversammlung stand noch unter dem Eindruck der Ereignisse vom Vortag, als Heinrich von Gagern am 19. September die 81. Sitzung mit einer kurzen Ansprache eröffnete. Der Präsident sicherte dem Reichsministerium die volle Unterstützung des Parlaments bei der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung zu. „Wollen wir die Freiheit“, appellierte Gagern an die Abgeordneten, „so müssen wir sie mit Maß wollen.“ Es war eine Ironie der Geschichte, dass zum Schutz des Parlaments Truppen reaktionärer Könige und Fürsten angefordert werden mussten.

Der zum linken Württemberger Hof gehörende Abgeordnete Jacob Venedey warnte in der 81. Sitzung davor, „daß die Reaction sich dieses Sieges bedienen könnte“. Der Septemberaufstand sollte tatsächlich die politische Kluft zwischen den linken und den rechten Strömungen vertiefen und den Niedergang des Parlaments einleiten, noch bevor es die Beratung der wichtigen Verfassungsbestimmungen überhaupt aufgenommen hatte. Die Autorität der Nationalversammlung war erschüttert, die Gegenrevolution witterte Morgenluft.

Dr. Thomas Bauer,
Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt a. M.

Uwe Schmolke

Fürst Felix von Lichnowsky stammte aus einem schlesisch-böhmischen Adelsgeschlecht.

Uwe Schmolke

Hans von Auerswald war preußischer Generalmajor und Mitglied der Casino-Fraktion.

Uwe Schmolke

Erinnerungsorte an den Septemberaufstand

Zwei Denkmäler auf dem Frankfurter Hauptfriedhof erinnern bis heute an die Opfer des Frankfurter Septemberaufstandes. Zunächst wurde 1857 auf Betreiben des späteren Kaisers Wilhelm I. eine Stele für die gefallenen Soldaten und die beiden getöteten Abgeordneten errichtet (Bild links). 1873 entstand gewissermaßen als Gegenstück der Obelisk aus rotem Sandstein für die Toten „aus dem Volke“.

Mit Säbel und Dolch nach Frankfurt

Homburger Bürger an den September-Unruhen beteiligt

Der Bad Homburger Stadtarchivar Johann Georg Hamel schildert in seiner Chronik, den „Wahren Beschreibungen der Ereignisse, die in der Landgräflichen Residenzstadt Homburg im Jahre 1848 vorgefallen sind oder Einfluß auf dieselbe hatten“ unter dem Titel „Volksversammlung & Revolte in Frankfurt a/M.“ den Septemberaufstand in der Nachbarstadt. Diese Passage soll im folgenden abgedruckt werden.

Am Montag den 18. September Morgens begaben sich wieder viele Homburger nach Frankfurt. Zudem war es gerade Herbstmesse. In Frankfurt wurden an diesem Tage Barrikaden erbaut, woran auch einige Homburger mithalfen. Um 2 Uhr Nachmittags rückten die früher schon angekommen[en] kaiserlich österreichische[n] und preußische[n] Truppen aus, um die Barrikaden zu nehmen und die Straßen zu säubern.

Der Bürger Zahn aus Homburg, von Luxemburg stammend und ein Sechziger, und den man wegen seinen exaltirt-republikanischen Gesinnungen ‚den republikanischen Scharfrichter‘ nannte, war auch nach Frankfurt am 18. September Vormittags gegangen. Er hatte seine hiesige Bürgergardisten-Uniform an und trug seinen Säbel und einen Dolch, doch letztern verborgen. Tags zuvor war er auch schon in Frankfurt bei der Volksversammlung und rief bei der Vorbeifahrt an der Bürgerwache (im Anhalt'schen Haus) Abends zwischen 9 und 10 Uhr: ‚Es lebe die Republik‘ aus dem auch von anderen Homburger besetzten Gesellschaftswagen heraus.

Zahn bekam an der Haasengasse von den von der Zeil herabrückenden Preußen 2 Kugelschüsse in den linken Arm. Er stand hier als ein unruhiger Zuschauer. Er ließ sich in der Reichskrone verbinden und achtete es nicht, sondern er nöthigte noch die bei ihm gewesene[n] Homburger zum nochmaligen Hinausgang. Mit dem Dolch in der Hand stieß er hier fein[d]selige Ausdrücke gegen die Preußen aus.

Statt dieses Satzes stand zunächst der folgende, jedoch nachträglich gestrichene Satz: (*Nun zog er seinen Säbel und wollte gleich dem als Aufrührer gegen die Preußen einen Kampf.) Aber eine Kugel durchbohrte alsbald seine Brust und er stürzte todt hin. Homburger brachten ihn in die Reichskrone.*

Die folgende Passage wurde im Original komplett gestrichen: *(Bei einem Pelotonfeuer der Preußen bekam auch der hiesige Bürgergarde-Hauptmann H. Weckerling, Maurermeister, einen Streifschuß an dem kleinen Finger der… Hand. Er war bloß Zuschauer, wie so viele Tausende. Auch ein in Frankfurt in Condition stehender Kirdorfer, Schmidt, wurde getödtet. Der Fürst Lichnowsky ward zuerst von der Kugel eines Homburgers, des Schneiders Leonhard erreicht. Er schoß diesen auf einem Pferde sitzenden neben H. von Auerswald reitenden Hauptanführer der Rechten der Nationalversammlung mit einer Pistole und verwundete ihn schwer. Getödtet ward er von Andern alsbald. Auerswald ward schon vor ihm getödtet.) In der darauf folgenden Nacht, 18.–19. September, wurde die hies. Militärwache verstärkt und es gingen doppelte Patrouillen.*

Auch der folgende Satz wurde gestrichen: *(Am 21. September wurde Kellner Risch von hier in Frankfurt arretirt und sogleich nach Mainz gebracht.) Am 22. September wurde dahier der Schneidergeselle Rücker[t] arretirt und am 26. dess. M. wurde er nach Frankfurt ausgeliefert. Er hatte den Rock Auerswalds in Frankfurt mitgenommen und hier im Pfandhaus versetzt.*

Chronist und Politiker

Im Jahr 1828 begann der damals 16-jährige Johann Georg Hamel — Sohn eines Homburger Strumpffabrikanten — mit einer fast täglich geführten Beschreibung aller ihm wichtig erscheinenden Geschehnisse. Die Themen reichen von größeren stadt- oder landespolitischen Begebenheiten über Klatsch des hessen-homburgischen Landgrafenhofes oder Stadt- und Bevölkerungsentwicklung bis zu Hausbränden oder Unfällen. Ab 1834 spielt auch das Kurwesen des aufstrebenden Badeortes eine zunehmende Rolle.

Wenige Jahre nach Beginn seiner annalistischen Aufzeichnungen begann Johann Georg Hamel, sich in der Stadtpolitik zu engagieren, indem er sich 1834 für das II. Stadtquartier zum Stadtvorsteher wählen ließ. Er arbeitete sich rasch in sein neues Amt ein und formulierte im November 1840 einen an den Stadtrat gerichteten Antrag auf Einführung einer landständischen Verfassung in der Landgrafschaft Hessen-Homburg, wie sie im Artikel 13 der Deutschen Bundesakte von 1815 für alle Bundesstaaten gefordert wurde.

Dabei argumentierte er vorrangig mit historischen Dokumenten, die ihm als Stadtvorsteher im städtischen Archiv zur Verfügung standen. Um sich und anderen den Zugang zu erleichtern, ordnete er die Dokumente neu und legte Verzeichnisse an. So wurde er zum Begründer eines Stadtarchivs. Im April 1841 gründete er zudem den Homburger Leseverein, aus dem später die Stadtbibliothek hervorging — in der festen Überzeugung, dass das Lesen der richtigen Bücher der breiten Bevölkerung politische Reife und bürgerschaftliches Selbstbewusstsein vermitteln würde.

Ende März 1848 wurde Hamel von den Homburger Bürgern zusammen mit Geheimrat Dr. Bansa und Justizrat Dr. von Haupt als hessen-homburgischer Vertreter in das Vorparlament der Nationalversammlung gewählt. Aus seinen autobiografischen Aufzeichnungen geht hervor, dass er auch nach Konstituierung der Nationalversammlung häufig zu den Parlamentssitzungen nach Frankfurt fuhr.

Naive Sorglosigkeit

Die oben vorgestellte Passage aus den „Wahren Beschreibungen“ lässt vermuten, dass Hamel selbst an den Barrikadenkämpfen nicht teilgenommen hatte, aber offenbar von anderen Homburgern, die mit Zahn oder Weckerling in die Freie Stadt gefahren waren, informiert wurde. Seine Bemerkungen beschränken sich weitgehend auf Informationen über Personen

> *„Mit dem Dolch in der Hand stieß er feindselige Ausdrücke gegen die Preußen aus.“*

aus seiner Vaterstadt, die entweder während der Unruhen den Tod fanden (Zahn und Schmidt) oder verletzt wurden (Weckerling) oder zu denen Gerüchte über mehr oder weniger „ehrenvolle“ Beteiligung an den Turbulenzen zirkulierten (die beiden Schneider Leonhard und Rückert und der Kellner Risch).

Insbesondere die kämpferischen Aktionen des recht radikalen Republikaners Zahn scheinen Hamels Interesse geweckt zu haben. Der 1792 im Großherzogtum Luxemburg geborene Logiswirt war — wie auch Hamel und Weckerling — Mitglied der neu gegründeten Homburger Bürgergarde. Er besaß eine Kurvilla in der Kisseleffstraße, in der 1845 der russische Schriftsteller Nikolai W. Gogol logierte.

Warum die Passage über die Verletzung Weckerlings, den Tod Schmidts und die Beteiligung Leonhards an der Ermordung des Fürsten Lichnowsky späterhin gestrichen wurde, geht aus der Chronik selbst nicht hervor. Möglicherweise handelte es sich um Gerüchte, die sich im Nachhinein als falsch herausstellten. Jedenfalls wird eine Beteiligung Leonhards in der sehr detaillierten Beschreibung der Ermittlungen und der anschließenden Gerichtsverfahren von Christian Reinhold Köstlin in dessen 1853 erschienenem Buch „Auerswald und Lichnowsky. Ein Zeitbild“ nicht erwähnt. Und ein Kirdorfer namens Schmidt wird unter den Toten „aus dem Volke“ auf dem Denkmal im Frankfurter Hauptfriedhof nicht genannt.

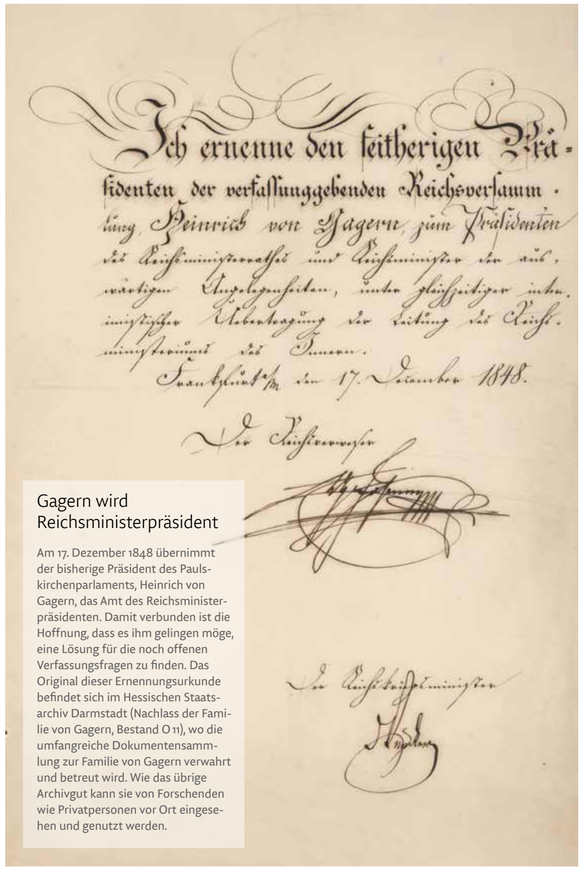
Stadtarchiv Bad Homburg v. d. H. / Th. Vogt

Johann Georg Hamel (1811–1872)

Nur am Rande erwähnt Hamel die Arretierung des Schneidergesellen Rückert, der das Chaos während der Ermordung von General von Auerswald und Fürst Lichnowsky nutzte, um sich den Mantel des Generals anzueignen; offenbar ohne darüber nachzudenken, dass man ihn selbst durch diesen Besitz mit den Mordtaten in Verbindung bringen könnte, versetzte er das wertvolle Kleidungsstück im Homburger Pfandhaus. Wie sehr ihm diese naiv erscheinende Sorglosigkeit zum Verhängnis wurde, kann man bei Köstlin nachlesen: Er wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Dr. Astrid Krüger,
Stadtarchiv Bad Homburg v. d. H.

Kingsport Museum



Ich ernenne den seitherigen Präsidenten der verfassunggebenden Reichsversammlung Heinrich von Gagern zum Präsidenten des Reichsministeriums und Reichsminister des äußeren, unter gleichzeitiger interimistischer Uebertragung der Leitung des Reichsministeriums des Innern.

Frankfurt a/M. den 17. December 1848.

Der Reichsverweser

Der Reichsministerpräsident

Gagern wird Reichsministerpräsident

Am 17. Dezember 1848 übernimmt der bisherige Präsident des Paulskirchenparlaments, Heinrich von Gagern, das Amt des Reichsministerpräsidenten. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass es ihm gelingen möge, eine Lösung für die noch offenen Verfassungsfragen zu finden. Das Original dieser Ernennungsurkunde befindet sich im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt (Nachlass der Familie von Gagern, Bestand O 11), wo die umfangreiche Dokumentensammlung zur Familie von Gagern verwahrt und betreut wird. Wie das übrige Archivgut kann sie von Forschenden wie Privatpersonen vor Ort eingesehen und genutzt werden.

Trauerfeier für Robert Blum

Sein Tod ist ein unersetzlicher Verlust! Wir gedenken am kommenden Sonntag des prominenten Abgeordneten der Nationalversammlung, der jüngst in Wien widerrechtlich hingerichtet wurde.

Offenbach, 26. November 1848. Nach einer Zusammenkunft im deutsch-katholischen Gotteshaus wird eine politische Trauerfeier veranstaltet, zu der der Vorstand des Vaterländischen Vereins einlädt. Die Teilnehmer versammeln sich auf dem Lagerhausplatz und bilden dann einen Zug nach dem Schlosserschen Lokale. Sämtliche Bewohner Offenbachs werden zur Teilnahme eingeladen!
Robert Blum, Ihr kennt ihn alle, den Volksfreund, Abgeordneten und Revolutionär! Er wurde am 10. November 1807 zu Köln als Sohn ganz unbemittelter Eltern geboren. Sein Vater nährte sich kümmerlich vom Fassbinden und fand später in einer Stecknadelfabrik Beschäftigung, seine Mutter war ein Dienstmädchen. Die Familie litt Hunger. Durch seine Geistesgaben erklomm Blum den Weg zum politischen Schriftsteller, setzte sich für die Freiheit ein. Im Jahr 1845 trat er in Leipzig den Deutsch-Katholiken bei, die eine katholische Kirche ohne Weisungen aus Rom erstreben. Wenig später, im Frühjahr 1848, kam er nach Frankfurt, von der Stadt Zwickau in Sachsen gewählt und geschickt. Doch ist der Abgeordnete Robert Blum nun in Wien, auf deutschem Boden im Namen einer deutschen Regierung, wie zum Hohn gegen die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung, kaltblütig getötet worden.

Ein Opfer feigen Mordes

Mögen wir nicht alle die republikanischen Ansichten teilen, deren Vertreter er in der Paulskirche war, so haben wir deshalb nicht minder dieses tragische Ende zu beklagen. Robert Blum ist gefallen, ein Opfer feigen Mordes! Die Begeisterung für die Sache der deutschen Freiheit und der Auftrag der Linken führte ihn nach Wien. Er focht an der Spitze eines aufständischen Corps, dessen Führung ihm anvertraut war. Als die Kapitulation der Revolutionäre abgeschlossen war, legte er die Waffen nieder, die er mit Heldenmut geführt hatte. Vier Tage nach Beendigung des letzten Verzweiflungskampfes, an welchem er, dem gegebenen Worte treu, keinen Anteil mehr genommen hatte, wurde er verhaftet. Man übertrat mit frechem Hohne das Gesetz, welches die Vertreter der deutschen Nation vor jeder von der Nationalversammlung nicht genehmigten Verhaftung schützen sollte. Am vierten Tage seiner Verhaftung, acht Tage nach der völligen Einnahme Wiens, am 9. November, wurde Robert Blum standrechtlich in der Brigittenau erschossen!
Deutsches Volk! Trauern wirst Du über den unersetzlichen Verlust, den Du erlitten! Vergiss des Toten nicht und erinnere Dich, wie er starb, für welche Sache er starb und durch wen er gemordet wurde! Kommt alle zum Trauerzug nach Offenbach! Der Kampf geht weiter!

Dr. Jürgen Eichenauer,
Haus der Stadtgeschichte, Offenbach a. M.

IMF 80777

Robert Blum (1807–1848), Porträt mit einer Schärpe, die er selbst getragen haben soll

Scharfe Worte gegen „katholische Pfaffen“

Mehrere Tausend Menschen kommen zu einer Volksversammlung in dem kleinen Spessart-Ort Frohnhofen zusammen. Sie fordern den bayerischen König auf, die Paulskirchenverfassung umzusetzen. Doch der denkt nicht dran.

Frohnhofen, Ostern 1849. „Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubniß dazu bedarf es nicht.“ So formuliert die Paulskirchenverfassung im Paragraphen 161 ihre Vorstellung von Demokratie.
Im zeitigen Frühjahr 1849 spürte die Anhängerschaft der Märzrevolution, dass die Entscheidung über Erfolg und Misserfolg der Frankfurter Nationalversammlung in allernächster Zeit fallen würde. Die in beinahe allen deutschen Landen für die liberal-demokratische Sache werbenden Volksvereine organisierten Versammlungen, um die ihren Forderungen günstig gesonnene Stimmung der Bürgerschaft zu verdeutlichen.
Auch der Raum Aschaffenburg, genauer der im Spessarter Landgericht Rothenbuch gelegene Weiler Frohnhofen, erlebte eine Volksversammlung im Stil jener politisch aufgewühlten Zeit, die nach zeitgenössischen Berichten alles bislang Dagewesene übertraf. Der Volksverein Aschaffenburg, der insgesamt 38 Zweigvereine in der Region besaß, trat am Ostermontag, 9. April 1849, als Veranstalter auf. Die Angaben über die Teilnehmerzahlen schwanken; die Veranstalter nennen „zwischen 3.000 und 6.000“, die anwesende Gendarmerie notierte 1.000 Menschen.
Der Landtagsabgeordnete Reinhard Domidion, ein Buchbinder und Wirt aus Alzenau, setzte sich in seiner Rede leidenschaftlich für die Rechte des Volkes ein, schildert Roger Martin in seinem Beitrag „Die republikanische Versammlung in Frohnhofen“ in der Monatszeitschrift „Spessart“, 3/1984. Die politisch schärfste Ansprache hielt auf dem eigens errichteten Rednerturm jedoch Johann Kunkel aus dem Dorf Jakobsthal. Unverblümt und schonungslos sei die Agitation des seit dem Vorjahr im Bayerischen Landtag sitzenden Gemeindevorstehers gewesen. Er fuhr insbesondere schweres Geschütz gegen die katholische Geistlichkeit auf. Kunkel ereiferte sich in seiner Rede heftig gegen die „schlechten katholischen Pfaffen“.

Unterstützung für Verfassung

Vier Abgeordnete aus dem „Linken Zentrum“ der Frankfurter Nationalversammlung waren die gut 60 Kilometer in den Spessart gereist, darunter auch der Kölner Publizist Franz Raveaux. Dieser unterbrach Kunkel und mahnte, man dürfe keinesfalls den gesamten Stand der katholischen Geistlichkeit pauschal verurteilen, denn unter ihnen gebe es auch achtbare Leute. Kunkel griff ferner obrigkeitliche Beamte und Forstleute an, die vor gar nicht langer Zeit „einen Hasen höher geschätzt als einen Menschen“. Am Ende der Versammlung wurde ein Antrag mit dem Inhalt „Durchführung und Aufrechterhaltung der Verfassung“, womit die Frankfurter Paulskirchenverfassung gemeint war, durch Akklamation der Menge angenommen. Wie andere Volksversammlungen und demokratische Bekundungen im ganzen Land hatte auch die Volksversammlung zu Frohnhofen keinen Eindruck auf die entscheidenden Stellen machen können. Am 23. April 1849, nur zwei Wochen später, ließ der bayerische König Maximilian II. dem Parlament in der Paulskirche mitteilen, dass er sowohl die Grundrechte als auch die Reichsverfassung nicht anerkenne.

Walter Scharwies, Alzenau

Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, SSAA, GS, VI 42

Der Rednerturm wurde eigens für die Volksversammlung aufgebaut.

Ziegler Eisentraud

2009 stellte der Bad Orber Turnverein im Rahmen der 950-Jahr-Feier die Revolutionsgeschichte nach.

Die „Orber Revolution“ Ein sozialer oder politischer Aufstand?

Im Frühjahr 1849 verjagen die Orber das Militär aus ihrer Stadt. Auslöser für den Aufstand ist ein Zwischenfall vor dem Gasthaus „Zum braunen Hirsch“.

Orb, März 1849. Revolution hieß es in den Jahren 1848/49 überall in Deutschland. Der nationale Freiheitsrausch hatte die Lande erfasst. Eine Revolution bahnte sich auch im damals bayerischen Orb an. Hier lag die Salzproduktion wegen des billigeren Steinsalzes am Boden. Im Spessart herrschte tiefe Not. Das von König Ludwig I. geführte Land befand sich in einer wirtschaftlichen Krise, was landesweit zu politischen Unruhen führte.
Zwar gibt es seit 1837 in Orb dank des Apothekers Franz Leopold Koch erste Schritte Richtung Kur. Doch 1848 erfassen die landesweiten Unruhen auch die Stadt. Es kommt zu antisemitischen Ausschreitungen. Die soziale Not führt zu Holzdiebstählen und Wilderei. Die Polizei ist nicht mehr Herr der Lage. Verbrechen wie das Verbrennen zweier Juden, die Tötung eines Assessors mittels einer „Höllenmaschine“, das Eingraben eines Gendarmen in einem Ameisenhaufen oder ein Einbruch mit Raub in das Haus Silberthau bleiben unaufgeklärt.
Daraufhin entschließt sich die Regierung, ein Militär-Detachement vom bayerischen Bataillon in Aschaffenburg nach Orb zu verlegen, um die Verbrechen zu untersuchen und weitere zu verhindern. Die am 1. Dezember 1848 einziehende Truppenabteilung besteht aus 46 Soldaten, zehn werden in Höchst stationiert, wo es ebenfalls zu Unruhen kam. 36 Soldaten werden in der Kleinkinderbewahranstalt untergebracht. Die Orber sind von der Einquartierung nicht begeistert, da sie die Kosten des Militäreinsatzes tragen müssen. Das friedliche Nebeneinander ändert sich schlagartig nach der Festnahme von vier Orbern, die von Soldaten beim Wildern ertappt werden. Auseinandersetzungen zwischen Soldaten und der Bevölkerung häufen sich, bis es am 1. März 1849 in und vor dem Gasthaus „Zum braunen Hirsch“ zu jenem Zwischenfall kommt, an dem sich schließlich die „Orber Revolution“ entzündet.
Berichte an die Aschaffenburger Kommandantschaft besagen, dass von Gästen Schmähworte gegen den König und Drohungen gegen Soldaten fallen. Nachdem die Soldaten bedroht und vor dem Wirtshaus tätlich angegriffen werden, flüchten sie in die Kaserne, um sich zu verschanzen. In einem Rapport meldet der Leiter des Orber Detachements, Oberleutnant Eduard von Hellingrath, „dass 50 Mann mit Gewehren gegen die Kaserne zogen“. Er vermittelt, dass keine Waffengewalt gegen die Bevölkerung stattgefunden habe.

Sturm auf die Kaserne

Die Orber beschuldigen die Soldaten „missbräuchliche Äußerungen“ gemacht und Mädchen belästigt zu haben Der Chronist Johann Büttel schreibt, dass die Soldaten einen friedlich auf dem Heimweg befindlichen Bürger mit ihren Seitengewehren schwer verletzt hätten. Zeitnah geben der Gemeindepfleger Ignatz Joseph Deckert und der Gemeindebevollmächtigte Johann Adam Schreiber auf dem Orber Landgericht zu Protokoll: „Heute Abend wurde bekanntlich Philipp Stock aus Orb von mehreren Soldaten des Detachements der Art am Kopfe verwundet, dass dessen Tod in beinahe sichere Aussicht gestellt ist. Wir können für die Ruhe der Stadt, deren Bewohner durch diesen Vorfall auf das höchste gereizt sind, unmöglich haften, wenn nicht alsbaldige Abberufung dieses Detachements bewerkstelligt wird.“ Von Bürgern ausgestoßene Droh- und Schimpfworte gegen die Soldaten veranlassen den Kommandanten zur weiteren Verbarrikadierung der Kaserne.
Bis zum Mittag des 2. März mehren sich die Aufständischen vor der Kaserne. Um vier Uhr läutet in Orb die Sturmglocke, um sämtliche Bewohner unter Waffen zu rufen. Häuser um die Kaserne werden mit Gewehren besetzt. Nachdem der Versuch, die Soldaten umgehend abzuziehen, gescheitert ist, stürmt um fünf Uhr eine Menschenmenge von 800 bis 900 Mann mit Flinten, Dreschflegeln, Heugabeln, Sensen, Brechwerkzeugen und glühenden eisernen Stangen die Kaserne. Es gibt eine Schießerei und Verwundete auf beiden Seiten.
Da die Kaserne nicht mehr zu halten ist, ziehen die Soldaten unter einem Hagel von Steinen und bösen Worten ab. Mit Schimpf und Schande werden sie verjagt. Nachdem der Kommandant als Letzter die Kaserne verlassen hat, fällt eine schreiende Menge mit Mistgabeln über ihn her. Daraufhin eilt er an die Spitze seiner Mannschaft und lässt auf die nachfolgende Menge schießen. Die Soldaten ziehen sich feuernd vor den andrängenden Massen zurück. Von den Aufständischen wird das Gewehrfeuer lebhaft erwidert, sodass es zwischen der Kinderbewahranstalt und der Aumühle zu einem regelrechten Gefecht kommt. Am 3. März um 7.45 Uhr kehrte das Orber Kommando in sein Bataillon in Aschaffenburg zurück.

Sammlung Ziegler Eisentraud

Das Gasthaus „Zum braunen Hirsch“

„Doppelt geschärftes Gefängnis“

Der Sieg der Orber währte jedoch nur kurz, sehr kurz. Sie hatten die Rechnung ohne die Regierung und das Militär gemacht. Beamte des Orber Landgerichts versuchen, zwischen Militär und Bevölkerung zu vermitteln, scheitern jedoch. Bereits drei Tage nach dem Abzug des Detachements aus Orb setzt sich von Aschaffenburg eine Streitmacht von 500 Soldaten mit 70 Pferden und vier Kanonen nach Orb in Bewegung. Die Soldaten hatten scharf geladen. Am 5. März wird Orb durch die überlegene Regierungstruppe militärisch besetzt und die Bevölkerung durch das Abfeuern von Kanonenschüssen eingeschüchtert.
Nachdem der Bürgermeister die Versicherung abgibt, nicht nur den Truppen kein Leid zuzufügen, sondern auch gut für sie zu sorgen, erfolgt gegen fünf Uhr der Einmarsch in Orb. In einer weiteren militärischen Aktion werden am 9. März 207 Waffen beschlagnahmt und in der Nacht zum 10. März mehrere als Rädelsführer und Teilnehmer der Revolution angesehene Orber festgenommen. Am 16. März zieht ein Teil der Truppen nach Aschaffenburg ab. In Orb bleiben über 150 Soldaten. Der militärischen Aktion folgt ein gerichtliches Untersuchungsverfahren. Das Gefängnis füllt sich. Beim Königlichen Appellationsgericht für Unterfranken und Aschaffenburg wird gegen 23 Personen der Prozess eröffnet. Neun erhalten Freiheitsstrafen zwischen drei und 15 Monaten, manche „doppelt geschärftes Gefängnis“. Angeklagt als „Haupttumultanten“ sind: Jakob Mack, Philipp Mack, Johann Heßberger, Johann Hofacker, Joseph Schließmann. Ebenfalls verurteilt werden Johann Ehmer, Philipp Häuser, Johann Schließmann und Adam Welzbacher. Zwölf weitere Angeklagte werden freigesprochen. Johann Philipp Stock und Philipp Schneider waren abwesend. Ihnen droht eine spätere Aburteilung. Mehr als 50 Orber müssen sich Verhören im Gasthaus „Zur Fröhlichkeit“ unterziehen. Ebenso viele Soldaten finden sich im Zeugenverzeichnis, hinzu kommen Sachverständige.
Mehrfach ist versucht worden, eine Erklärung für die Orber Ereignisse zu finden. Der Exekutionskommandant Oberstleutnant von Hagen urteilte im April 1849: „Die hessischen Republikaner suchten Helfer für ihre ungesetzlichen Pläne und hofften, sie besonders leicht an einem Ort wie Orb zu finden, wo Gesetzesverstöße ohnehin an der Tagesordnung waren. Das in Orb stationierte Militär war ihnen dabei im Wege, die passive Gleichgültigkeit und die versteckt oder offen zur Schau getragene Sympathie der Zivilbehörde nützlich.“ Diese Wertung durch einen königstreuen Offizier lässt jedoch die langanhaltende wirtschaftliche Not und die daraus erwachsene Verzweiflung der Orber außer Acht. Von den beschlagnahmten Waffen konnten nicht mehr alle zurückgegeben werden, weil einige gestohlen worden waren. Die Geschädigten verklagten die Regierung. Schließlich wurde die sogenannte „Orber Revolution“ endgültig zu einem Kapitel der Geschichte. Noch bis 1866 gehörte Orb zum Königreich Bayern.

Eberhard Eisentraud und Elsbeth Ziegler, Bad Orb

Rüsselsheimer verhaftet!

Juli 1849. Am 30. Juni wurde der Rüsselsheimer Schuhmacher Johann Adam Schildge im Großherzogtum Baden verhaftet. Als Ursache seiner Verhaftung geben die Behörden an, dass Schildge als Aufrührger zunächst am Heckeraufstand im vergangenen Jahr teilgenommen habe. Im Rahmen der Reichsverfassungskampagne soll er sich dann zudem an den blutigen Maiaufständen im Badener Raum beteiligt haben. Wie lange der dreifache Vater hierfür ins Zuchthaus muss, ist noch völlig offen. Schildge, so die Verantwortlichen, werde zurzeit intensiv verhört.

Lars Schlaphof, Stadtarchiv Rüsselsheim a. M.

Konservativer Simon Kraft in den Landtag gewählt

Dieburg. Im Wahlbezirk Reinheim wird im Herbst 1849 nach dem neuen allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Männer ab 25 Jahren der „Rechner Kraft von Dieburg“ mit 981 Stimmen gegen 210 Stimmen für den demokratischen Kandidaten „Oekonom“ Philipp Gütlich aus Dilshofen in den 12. Landtag im Großherzogtum Hessen-Darmstadt gewählt. Simon Kraft trat für die „konstitutionell-monarchische“ also die konservative Partei an. Er sei „entschieden konstitutionell gesinnt, mit ganzer Seele dem Fortschritt im Staats- und Gemeindeleben huldigend“. *lla*

Ein Sportverein führt Krieg

Hanauer Turner ziehen nach Baden

Im Frühjahr 1849 greifen die Hanauer Turner zu den Waffen. Sie wollen sich an den Kämpfen im Großherzogtum Baden beteiligen, um die Reichsverfassung zu retten.

Die Turner wurden mitgerissen von der allgemeinen revolutionären Stimmung in Deutschland. Sie wollten das Land verbessern mittels der Durchsetzung der von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung und Bürgerrechte für jeden erstreiten. Der Anführer der Truppe, August Schärttner, hatte schon vor dem Ausbruch der Kämpfe Kontakte nach Baden geknüpft, von wo aus er und die Seinen dann Anfang Juni 1849 um Hilfe gebeten wurden.

Doch die Route der Hanauer zeugt von einer gewissen Planlosigkeit. Die Führer des Korps wussten nicht, wo, auf welchem Schlachtfeld, die Badener die Turner aus Hanau brauchen würden. Deshalb marschierten sie erst einmal möglichst schnell zur Grenze, die damals im Odenwald lag. Dort ging es dann von einem Städtchen ins andere, was für große Erschöpfung sorgte. Aber das änderte nichts am anfänglichen Enthusiasmus der Turner. In den Städten wurden sie freudig begrüßt, Musikkapellen traten auf und lokale Amtsträger hießen sie herzlich willkommen.

Bald jedoch merkten sie, dass sie völlig unvorbereitet in den Kampf gezogen waren. Es fehlte den Hanauern an allem. Die Gewehre aus dem Stadtmagazin waren schon damals nur noch als historische Ausstellungsstücke zu gebrauchen und diejenigen, die keine Gewehre erhalten hatten, nahmen einfach bäuerliche Sensen. Um das Gepäck zu transportieren, benötigte man Wagen. Beim Auszug hatte aber niemand daran gedacht, für Wagen zu sorgen. Da die Bauern im Umland ihre Gefährte nicht hergeben wollten, musste man diese dann teuer mieten.

Drei Tote aus Versehen

Mitte Juni wies man die Hanauer an, das Schloss in Hirschhorn gegen die Bayern und Kurhessen am Neckar zu verteidigen. Dies gelang der Truppe tatsächlich — auch weil einige hundert Verbündete dem Gegner in den Rücken fielen. Die Hanauer beschossen die Feinde von den Schlossmauern aus. Und als die Munition ausgegangen war, schmolz man kurzerhand die Butzenscheiben des Schlosses ein. Man siegte, aber schnell wich das Triumphgefühl der Trauer und Ernüchterung. Versehentlich erschoss eine Turmwache einen Turner aus Hanau. Ihm setzte man später einen Gedenkstein, der noch heute im Hirschhorner Schlosshof steht.

Er war nicht das einzige Opfer. Beim Exerzieren erschoss ein Hanauer Unteroffizier wenige Tage nach dem Auszug seinen Kameraden sowie einen neunzehnjährigen Zivilisten, der als Zuschauer gekommen war. Der Unteroffizier wusste nicht, dass eine Kugel im Lauf steckte. Die Trauer war ungemein groß. Diese drei Tode, auch wenn sie aus Versehen herbeigeführt wurden, stellen eine der größten Tragödien des Feldzuges des Hanauer Turnvereins dar.

Aber auch davon abgesehen muss man eine Unprofessionalität konstatieren, die bei allem Leid und Schrecken eine gewisse Komik erzeugt. Die Turner waren keine Soldaten, sondern prinzipiell nicht mehr als Mitglieder in einem — politisch geprägten — Sportverein. Auch wenn sie Fechten und Turnen lernten, konnten sie nicht Krieg führen, verstanden überhaupt nichts vom „Handwerk des Krieges“. Dies zeigte sich oft — ob sie nun einfach Befehle der Revolutionsregierung missachteten, wegen Wilddieben, die sie für Preußen hielten, in Panik gerieten oder ihre Ziele erst verspätet erreichten, weil sie noch einen „reaktionären Förster“ durch den Wald jagten.

Hohes Risiko, wenig Ertrag

Sie waren dennoch sehr bemüht, alles möglichst professionell wirken zu lassen. Deshalb nahm die Hanauer Turnerwehr eine militärische Organisationsform an, unterteilte sich selbst in verschiedene Kompanien und wählte Hauptmänner. Und der Eindruck, den die Truppe machte, dürfte nicht schlecht gewesen sein. Es sind einige positive Urteile über ihren Mut und ihre Stärke überliefert.

Zudem wuchs die Truppe beständig, bis sie regelrecht auseinanderfiel, als das Scheitern der Revolution auch dem Letzten gewahr geworden war. Aus Hanau sind etwa 200 Mann ausgezogen, man erreichte im Laufe des Aufstandes beinahe eine Größe von 700 Mann. Doch sie konnten nichts ändern an der politischen Situation. Der Obrigkeitsstaat wurde rehabilitiert, Landesparlamente aufgelöst und viele Freiheiten aufgehoben, auch wenn einige Länder sich nun Verfassungen gaben. Die Turner aus Hanau erreichten somit kaum etwas, wofür sie im Gegenzug viel riskiert hatten.

Hanauer Geschichtsverein 1844 e. V. / Historisches Museum Hanau Schloss Philippsruhe

August Schärttner führte die Hanauer Turner an.

Malte Oberbeck

Gedenkstein für den versehentlich erschossenen Ludwig Wedekind im Hirschhorner Schloss

Es spricht vieles dafür, dass die Turner durch den Sport und das politisierende Gedankengut motiviert an die Notwendigkeit der Durchsetzung der Reichsverfassung glaubten und dabei wohl den Bezug zur Realität verloren. Die Verlierer standen Anfang Juli, rund einen Monat nach ihrem Auszug aus Hanau, an der Schweizer Grenze und weinten bitterlich darüber, dass sie ihre Ziele nicht erreichen konnten und, um der Verfolgung zu entgehen, ihr Vaterland verlassen mussten. Manche sahen ihre Heimat Hanau und ihre Familien niemals wieder.

Sie wurden in Basel interniert, wo es ihnen nicht schlecht ging. Die Versorgung war gut und man gewährte ihnen großzügige Freiheiten, nachdem sie sich bei der Baseler Stadtregierung über die strenge Überwachung beschwert hatten. Wie es weitergehen sollte, war nicht klar. Manche wagten die Emigration, darunter auch August Schärttner, der in London eine Gaststätte eröffnen sollte. Andere kehrten ein halbes Jahr später nach Hanau zurück.

Freispruch für viele Turner

Dort mussten sie unter ständiger Angst eines Strafprozesses leben, der erst 1857 beginnen konnte, weil die Behörden sehr viel Zeit für die Sichtung des Beweismaterials gebraucht hatten. Das war peinlich für Kurhessen, in anderen Ländern waren die Hochverratsprozesse schon längst geführt und entschieden.

Doch nach mehreren Monaten zäher Verhandlungen ging auch der Hanauer Prozess zu Ende. Alle anwesenden Turner wurden freigesprochen, was dank der kurhessischen Gerichtsreform möglich war. Nur die Emigrierten wurden mit Zuchthausstrafen belegt, die sie aber, schließlich verweilten sie nicht im Land, nie absitzen mussten. Dennoch verhinderten diese Urteile ihre Rückkehr nach Hanau, denn dort drohte ihnen die Einkerkerung. 1870 wurden die Strafen durch eine Generalamnestie des preußischen Königs erlassen. Manche Turner nahmen 1870/71 am Deutsch-Französischen Krieg teil und kämpften für eine Reichsverfassung. Diesmal war es aber kein Hochverrat.

Manche sahen ihre Heimat und ihre Familien niemals wieder.

Gerne erinnerten sich die Veteranen ihrer glänzenden Heldentaten, kamen etwa anlässlich des 25-jährigen Jubiläums zusammen und schrieben ihre Erinnerungen nieder.

Die Frage, ob dieser Krieg richtig war, können wir heute nur schwer beantworten. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die jungen Männer von damals, einfache Menschen, meist Handwerker, Gefahren für ihr Leben auf sich nahmen, denen sie sowohl auf dem Schlachtfeld, aber auch später im erneut von der Reaktion beherrschten Hanau begegneten. Sie kämpften für eine Sache, die bereits verloren war. Sie waren begeistert von der Vorstellung politischer Freiheit und persönlicher Rechte. Ihre Wünsche und Hoffnungen verdienen unser Verständnis, ihre Selbstlosigkeit und die daraus entspringenden Taten unseren Respekt. Es sind wahrhaft Hanauer Helden.

Malte Oberbeck, Karl-Rehbein-Schule Hanau, Landessieger beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2021 mit seiner Arbeit über die Hanauer Turngemeinde bei ihrem Feldzug 1849 in Baden

Zwischen Salon und Paulskirche

Clotilde Koch-Gontard – Mutter des Parlaments?

„Es macht mir recht viel Mühe, die Küche als den Hauptschauplatz meiner Tatkraft anzusehen.“ Dieser Satz ist programmatisch: Der Frankfurterin Clotilde Koch-Gontard gelang es, aus dem klassischen Rollenklischee auszubrechen und Fuß in der Politik zu fassen. Damals wie heute sprach man von ihr als „Parlamentsmutter“ der Revolution von 1848. Doch war sie das? Sie selbst warf sich vor ihrem Tod vor, dass sie mehr hätte bewegen können.

„Kinder, Küche, Kirche“, dies war das typische weibliche Rollenbild im 19. Jahrhundert; aus diesem zu fallen, war nicht erwünscht. Doch als im Vormärz die nationalliberale Bewegung gegen den Deutschen Bund aufkam, begannen auch die Frauen, sich zu artikulieren. Es entstanden politische Strömungen, die in kleineren Kreisen zusammenkamen. Ein Beispiel für solch eine Gruppierung war der Deidesheimer Kreis, in dem auch Clotilde verkehrte. Er bestand aus führenden Vertretern der rheinisch-südwestlichen Liberalen, unter ihnen Franz Peter Buhl, Heinrich von Gagern und Ludwig Andreas Jordan.

In der Revolutionszeit entwickelte sich Frankfurt zur Hauptstadt „politischer Geschehnisse“. Wegen des in der Paulskirche tagenden Vorparlaments zog es immer mehr Abgeordnete nach Frankfurt. Clotilde nutzte in ihrer Eigenschaft als Frankfurter „Patriotin“ die Gelegenheit und eröffnete einen politischen Salon in ihrem Stadthaus am Großen Hirschgraben. Damit bot sie den Politikern einen „neutralen Boden“ zum geistigen Austausch.

Dieser Salon wurde von dem Journalisten und Politiker Karl Mathy als „Feentempel“ bezeichnet, in welchem Clotilde die Rolle als „Diplomatin im Tee-Salon“ einnahm. Sie wurde von einflussreichen Männern als „geistreich, mit klarem Verstand und mit einem hervorragenden Instinkt für Politik“ beschrieben. Mir ihrer eleganten Erscheinung, Charme, Witz und intellektueller Stärke wickelte sie Männer unterschiedlichster politischer Gesinnung um den Finger. Dank ihrer politischen Aufgeschlossenheit akzeptierte sie jede Meinung und ließ sich auch gerne von Debatten mitreißen, um ihr eigenes Wissen zu erweitern.

Großbürgerliches Leben

Clotilde stammte aus der großbürgerlichen Frankfurter Familie Gontard. Auf einem Ball lernte sie ihren späteren Mann, Heinrich Friedrich Robert Koch (1808–1865), kennen. Dieser war der Juniorchef des Handelshauses Gogel Koch & Co sowie Britischer Konsul. 1833 heiratete Clotilde Robert. Das Paar bekam vier Kinder, um die sich Clotilde stets kümmerte.

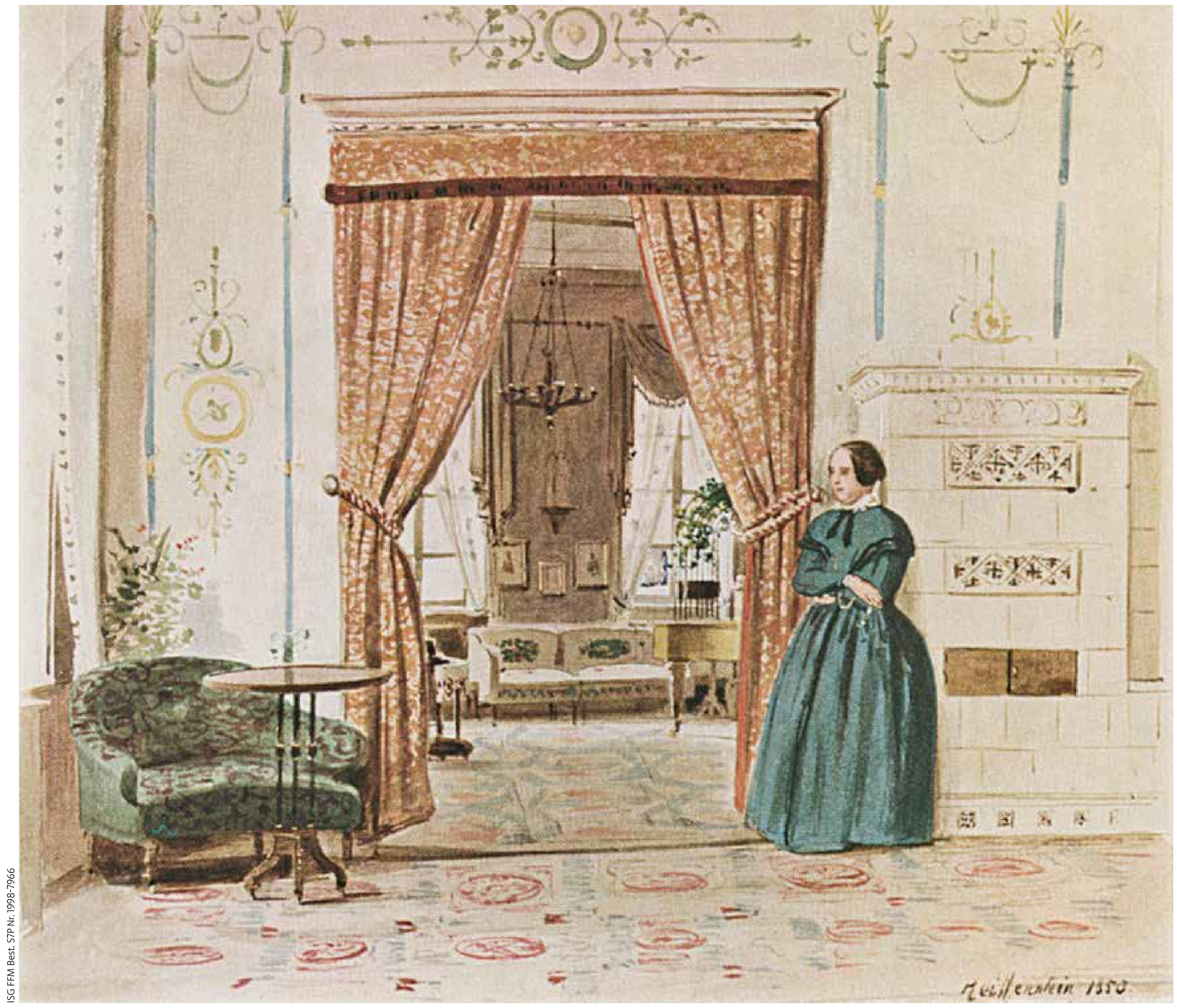
Clotilde Koch-Gontard war eine engagierte Brief- und Tagebuchschreiberin, die es bedauerte, dass sie die einzige Frau war, die an ihren Salons teilnahm. Clotilde schreibt: „Nie empfinde ich so schmerzlich wie jetzt, dass ich nicht auch eine Frau hier habe, die mich versteht.“ Ihr engster Vertrauter Heinrich von Gagern, Vorsitzender der Paulskirchenversammlung, sorgte für intensivere Berührung mit der Politik. Sie unterstützte den ehrgeizigen Politiker so gut es ging. „Wir sehen ihn natürlich sehr wenig, haben aber das Gefühl, dass wir ihm die Hände unter die Fußsohlen legen möchten, wenn er unser Haus betritt.“

Clotilde, von der Politik ergriffen, besuchte oft Sitzungen in der Paulskirche. Das war ihr jedoch ausschließlich als Zuschauerin möglich, ihr Fokus lag auf Gagern. „Wenn er da oben steht, habe ich immer ein Gefühl von Furcht und Schüchternheit vor dieser geistigen und sittlichen Größe, die Sache gewinnt unter seiner Leitung eine sehr würdige Haltung und es ist hier recht sichtbar, was die Einwirkung eines Menschen auf die Masse sein kann.“

Heute nennen die Historiker Gagern und Koch-Gontard „Seelenverwandte“. Clotilde ließ sich, durch Gagerns Einfluss, gegen das Spektrum der extremen linken Demokraten lenken. Damit wuchs in ihr eine Liebe zum nationalen Liberalismus. Die Sitzungen ihres politischen Salons waren geprägt von Teilnehmern, die nationalliberale Ansichten vertraten.

Als Mann verkleidet ins Vorparlament

Am 3. April 1848 schmuggelte sie sich als Mann verkleidet ins Vorparlament, um das Geschehen am eigenen Leibe zu erfahren. „Dass ich noch einen Gedanken vom ganzen erhielt, war mir gar lieb.“ Sie beschreibt die Zeit, in der Frankfurt immer mehr an politischem Ansehen und Wichtigkeit gewann, mit den Worten: „Jeder Mensch fühlt die große Bedeutung.“ Und sie betont: „Ich gehe täglich gerne in die Sitzung, ich kann die Politik nicht lassen.“


ISG FFM Best. S7P Nr. 1998-7966

Im bürgerlich-gediegenen Ambiente des Koch-Gontardschen Hauses trafen sich 1848 Parlamentarier zum politischen Salon.

Durch ihre Tagebucheinträge wollte sie der Nachwelt von den Ereignissen in Frankfurt berichten und schrieb: „Ich versuche, die wichtigsten Eindrücke der letzten Zeit niederzuschreiben.“ Sie erkannte jedoch früh, dass das Interesse der Frauen an der Politik von vielen Männern nicht gern gesehen wurde. „Ich fühle, dass wir Frauen uns der Sache nicht so leidenschaftlich hingeben sollten“, schrieb sie am 25. Mai 1848.

Allerdings hielt es nicht lange an, dass in den politischen Salons friedliche und lehrreiche Sitzungen stattfanden. Damit kam es auch zum Bruch in Clotilde Koch-Gontards Leben. Das bevorstehende Scheitern der revolutionären Bewegung war in Frankfurt besonders im Parlament spürbar. Die Stimmung in den Salons wurde radikaler und es kam zu mehr Uneinigkeit unter den Abgeordneten.

Empathie und Verstand

Clotilde schrieb im Winter 1848: „Die Parteien sind so schroff, dass mein Teetisch unhaltbar wird, ich bestehe mich nichts neues anzuknüpfen.“ Und: „Man bringt sie nicht mehr gern zusammen, weil man Disharmonie fürchtet.“ Sie bemerkt früh, dass „das zerstrittene Parlament einem Tollhaus [gleiche]“.

Mit dem finalen Zerbrechen des Paulskirchenparlaments brach auch der Koch-Gontardsche Salon zusammen, wodurch das Gefühl der Einsamkeit und Entfremdung in ihr wuchs und sie sich wieder mehr der Familie widmete. Sie vermisste jedoch die Politik. Als der Tod sich näherte, kamen in ihr immer mehr die Gedanken eines nicht erfolgreichen Lebens auf. Sie starb depressiv und nach schwerer Krankheit am 28. Februar 1869.

Clotilde Koch-Gontard lebte ein Leben, wie es für eine Frau ihrer Zeit nicht üblich war. Gleichzeitig musste sie sich oft dem damals herrschenden Frauenbild unterwerfen. Trotz ihrer vielfältigen politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten gelang es ihr, zusätzlich ihrer Rolle als liebevolle Familienmutter gerecht zu werden.

Man kann der These nur zustimmen, der zufolge sie zur Zeit der Revolution eine einflussreiche Frau war. Clotilde zeigte unglaublich viel Empathie und viel Verstand, um hinter den Kulissen in der Politik mitwirken zu können. Die Verfolgung ihrer Interessen gab sie nicht auf und setzte dadurch ein Zeichen für alle Frauen bis heute. Besonders in der Zeit nach

ISG FFM S7P Nr.1998–7960

Clotilde Koch Gontard (1813–1869), das Porträt zeigt sie im Alter von etwa 35 Jahren.

ihrem Tod wurde die Bedeutung von Clotilde Koch-Gontard immer deutlicher. Sie wurde von verschiedensten Personen außerordentlich verehrt, als wichtigste Frau ihrer Zeit beschrieben, als „glühende Verfechterin der deutschen Einheitsbewegung“ bezeichnet und für ihren „hervorragenden Instinkt für Politik“ gelobt. Blickt man aus einer anderen Perspektive als der Politik auf ihr Leben, ist sie heute Inspiration und Vorbild für jede unterdrückte Frau. Sie hat gezeigt, dass das Leben als Mutter und Ehefrau sowohl damals als auch heute mit dem Arbeitsleben und politischer Betätigung vereinbar ist. In ihrer Rolle als Gastgeberin kann Clotilde Koch-Gontard wahrhaftig als „Mutter des Parlaments“ bezeichnet werden. Sie hat mehr bewegt, als man Frauen damals üblicherweise zugestanden hat.

Anna Jessen und Amelie Lüßmann, Q2, Anna-Schmidt-Schule Frankfurt a. M.

„Das Urteil war politisch motiviert“

Interview mit Henriette Zobel

Ist Henriette Zobel zurecht als schirmschwingende „Furie“ in die Geschichte eingegangen? Im Interview mit dem „Extrablatt“ äußert sich die politisierte, engagierte Frau zu ihrer Verurteilung wegen des Mordes an den Paulskirchenabgeordneten Hans von Auerswald und Felix von Lichnowsky im September 1848.

Verehrte Frau Zobel, heute datieren wir Januar 1865. Sie wurden gerade nach 15 Jahren Haft im Landeszuchthaus zu Marienschloß bei Rockenberg entlassen. Beschreiben Sie uns Ihre Emotionen.

Das ist schwierig, darauf kann ich Ihnen keine eindeutige Antwort geben. Ich habe meine Freiheit durch wiederholte Gnadengesuche schwer erkämpft, welche nur aufgrund meines miserablen Gesundheitszustandes zugelassen worden sind. Jetzt bin ich alt und krank und als die Fürstenmörderin in die deutsche Geschichte eingegangen. Meine Euphorie hält sich dementsprechend in Grenzen. Ich bin natürlich glücklich, aber mich quälen täglich die Ungerechtigkeiten meines Prozesses. Des Weiteren, obwohl ich meine Strafe verbüßt habe, ist es mir immer noch verboten in meine Heimat Frankfurt zurückzukehren. 15 Jahre nach den Septemberaufständen will man mir immer noch nicht unbegrenzte Freiheit gewähren. Ich vermisse Frankfurt.

Sie haben Ihren „ungerechten“ Prozess und die Strapazen der Haft erwähnt. Könnten Sie dies weiter erläutern?

Wie Sie wahrscheinlich wissen, habe ich während meines Prozesses zum Spott des Gerichtes lange meine Unschuld behauptet. Ich erinnere mich, am 24. September 1848 in meiner Bornheimer Wohnung in Frankfurt verhaftet worden zu sein. Mein Prozess zog sich bis 1853. Können Sie sich das vorstellen? Fünf Jahre in Untersuchungshaft mit nur einer Suppe, Wasser und Brot pro Tag. Ich habe kein Betttuch, kein Handtuch, noch nicht mal einen Waschkübel erhalten, was doch gewiss selbst für den Unglücklichsten unentbehrlich ist. Das Corpus delicti im Fall der Ermordung war lediglich mein Regenschirm, auf welchem die Anklage hauptsächlich beruhte. Ich bin sicher, dass ich niemanden in der Menschenmenge mit dem Regenschirm schwer getroffen habe. Trotz meiner zahllosen Erklärungen wurde ich im Januar 1853 wegen Teilnahme an einem Komplott zur Tötung des Generals von Auerswald sowie zur Anstiftung und Rädelsführung vom Appellationsgericht Frankfurt vorerst zu vollen 16 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ich erbebe immer noch vor Zorn, wenn ich an diese frei erdachten Anschuldigungen zurückdenke. Mein Handeln war spontan im Kampf für die deutsche Demokratie entsprungen — kein geplantes Attentat. Die Anschuldigungen wegen Anstiftung und Rädelsführung wurden zurückgezogen, wodurch sich meine Haft auf 15 Jahre reduzierte.

Frau Zobel, glauben Sie, dass Ihre Rolle als Frau während der Revolution ein entscheidender Faktor für Ihre Verurteilung gewesen ist?

Ja, ich bin sicher, dass mein Urteil auf der Basis meines Geschlechts und nicht auf handfesten Beweisen basiert hat. Das Urteil war drakonisch und politisch motiviert. Im Jahr 1848 war die Gesellschaft nicht bereit für den Eintritt der Frauen in die Sphäre der Politik, vor allem da dies oft Flucht aus der Ehe sowie Emanzipation voraussetzte. Daher haben wir unsere Forderungen stärker artikuliert. Frauen traten bei Barrikadenkämpfen in Erscheinung und zogen später als Freischärlerinnen in kriegerische Auseinandersetzungen. Frauen der Revolution, zu welchen ich selbst gehöre, haben sich ihren Platz in der demokratischen Bewegung hart erkämpft und sind zu einem aktiven Bestandteil der Revolution geworden. Folglich stellten wir Fragen wie: Warum ist das Geschlecht eine Bedingung für politische Teilhabe oder Rechte? Die Männer haben sich mit diesen Fragen nicht konfrontieren wollen, worauf deren natürliche Reaktion die Unterdrückung aller Frauen war. Meiner Meinung nach war mein Verfahren ein Scheinprozess, um an allen Frauen ein Exempel zu statuieren.

SOS 90.JKF.WM

Das Corpus delicti: Henriette Zobels Regenschirm

Frau Zobel, Sie haben lange Ihre Unschuld vor Gericht beteuert. Jetzt, wo Sie entlassen sind, können Sie uns die Wahrheit über den 18. September 1848 erzählen. Haben Sie tatsächlich zwei Morde begangen?

Ich denke oft über diesen Tag nach, den 18. September 1848, welcher mein Leben für immer dramatisch verändert hat. Barrikadenkämpfe gegen die Bundestruppen hatten rund um die Paulskirche stattgefunden. Die Wut der revolutionären Kräfte entlud sich. Auch ich habe an diesem Tag eine Wut wie nur selten davor empfunden. Unsere Enttäuschung über die Paulskirchen-Abgeordneten hatte sich zugespitzt. Ich war mit meinem Ehemann unterwegs, als ich unmittelbar ins Geschehen geriet. General Hans von Auerswald und Fürst Felix von Lichnowsky waren auf einem Erkundungsritt durch die Stadt. Ich lief auf der Friedberger Chaussee entlang, als ich die große Menschenmenge bemerkte, welche die Abgeordneten schreiend verfolgte. Meine Wut entlud sich.

Aus den Unterlagen Ihres Prozesses geht hervor, dass Zeugen Sie laut rufen haben hören: „Auf sie! Das sind die Spitzbuben.“ Und: „Das ist der Spitzbub, der das Volk schon lang genug gemordet hat; dem gehört eine Kugel vor den Kopf.“

Ja, diese Aussagen habe ich getroffen. Die rennende Menschenmenge bewarf die Abgeordneten mit Steinen. Ich schloss mich der Gruppe an und verfolgte Lichnowsky und Auerswald. Das Versagen der Nationalversammlung, ein starkes und demokratisches Deutschland zu schaffen, verleitete mich dazu, Steine zu ergreifen und die Männer zu bewerfen. Zunächst konnten die beiden Männer fliehen und waren nicht auffindbar. Wir folgten den Abgeordneten in das Haus des Kunstgärtners Schmidt. Dort erinnere ich mich, wie ich rief, dass Lichnowsky und Auerswald Spitzbuben seien. Meine Mitkämpfer zogen die Abgeordneten daraufhin in den Garten des Hauses, wo sie dann starben. Ich stach mit meinem Schirm zu. Mehrmals schlug ich auf den Kopf von General Auerswald ein, während ich rief, dass er ein Spitzbub sei, der das Volk schon lang genug „gemordet“ habe; dem gehöre eine Kugel „vor den Kopf“. Diese Aggression war im Affekt und in reiner Aufregung entstanden. Zu meinem Schreck löste sich dann ein Schuss, der Auerswald tötete.

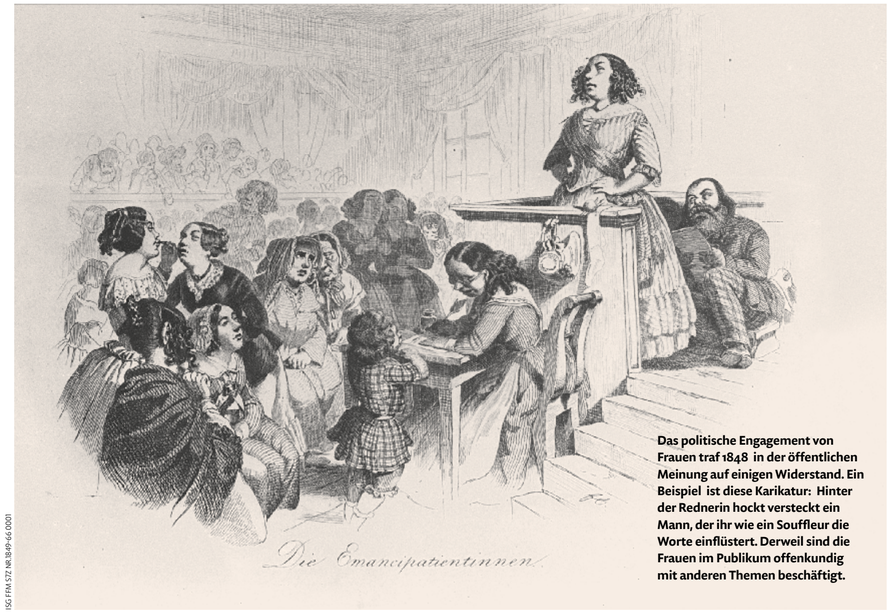
Aber Frau Zobel, Zeugen haben berichtet, dass Sie angeblich mit einem großen Stein Auerswald endgültig getötet haben. Was sagen Sie dazu?

Mit einem Stein? Das habe ich nicht getan. Mit einem Regenschirm, das will ich nicht in Abrede stellen. Nachdem Auerswald aufgrund seiner Schussverletzung am Boden lag, nahm ich meinen Regenschirm und schlug ebenfalls auf Lichnowsky ein. Ich bin bis heute nicht sicher, ob ich Lichnowsky überhaupt getroffen habe. Wie Sie sehen, ist die Beweislage für meine Verurteilung sehr dünn gewesen und beruhte ausschließlich auf Zeugenaussagen.

Frau Zobel, aus Ihren Berichterstattungen geht hervor, dass Sie eine politisch informierte Frau waren, obwohl Sie ausgesagt haben, Sie hätten immer „nur die Dekorierung in der Paulskirche“ beobachtet und kein Interesse am politischen Geschehen gehabt. Entspricht diese Aussage der Wahrheit?

Nein, ich bin und war äußerst politisch interessiert. Ich habe regelmäßig als heimliche Zuschauerin die Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche mitverfolgt. Wie ich bereits zu Beginn erläutert habe, war ich eine Frau, welche versuchte, aus ihrer häuslichen Rolle zu entfliehen und am politischen Geschehen teilzuhaben. Aus diesem Grund log ich und erklärte, dass ich nur die „Dekorierung der Paulskirche“ ansehen wollte.

Das Interview führten Felicitas Faulstroh und Lilli Boeser, Q2, Anna-Schmidt-Schule Frankfurt a. M.



Das politische Engagement von Frauen traf 1848 in der öffentlichen Meinung auf einigen Widerstand. Ein Beispiel ist diese Karikatur: Hinter der Rednerin hockt versteckt ein Mann, der ihr wie ein Souffleur die Worte einflüstert. Derweil sind die Frauen im Publikum offenkundig mit anderen Themen beschäftigt.

ISG FM.STZ NR.1848-66.0001

Dr. Times und die Revolution der Frauen

Eine zufällige Zeitreise in das Jahr 1848

Die Wissenschaftlerin Dr. Times und ihr Team arbeiten schon lange an einer Zeitmaschine. Nun ist ihnen endlich der Durchbruch gelungen und sie konnten die erste erfolgreiche Zeitreise durchführen. Zumindest war sie einigermaßen erfolgreich, denn eigentlich wollte Dr. Times in die Zukunft reisen. Als sie jedoch die Augen öffnet, sieht ihre Umgebung alles andere als fortschrittlich aus. Obwohl dies offensichtlich nicht das Jahr ist, in dem sie ankommen wollte, beschließt die Wissenschaftlerin, sich umzusehen und so viele Informationen wie möglich zu sammeln. Sie entfernt sich von der Zeitmaschine, die glücklicherweise am Rand eines hochgewachsenen Maisfelds gelandet ist, und macht sich auf die Suche nach jemandem, der ihr helfen kann.

Dr. Times: Hallo, guten Tag, können Sie mir helfen?

Martha: Guten Tag, aber natürlich, was kann ich für Sie tun?

Dr. Times: Ich weiß nicht, wo ich mich befinde, ich habe leider völlig die Orientierung verloren. Wo bin ich denn hier?

Martha: Wir sind hier auf dem Frankfurter Marktplatz.

Dr. Times: Und welches Jahr haben wir ?

Martha: 1848. Sie wirken sehr verwirrt. Fühlen Sie sich nicht gut?

Dr. Times: Nein, mir geht es gut. Ich bin nur neu hier und habe mich verirrt.

Martha: Oh nein, das tut mir aufrichtig leid. Allerdings muss ich jetzt zurück nach Hause. Meine Kinder warten schon und auch mein Mann sollte bald zurückkehren. Sie können mich allerdings gerne ein Stück begleiten.

Dr. Times: Ich danke Ihnen.

Martha: Es ist da drüben, kommen Sie …

Ein etwa 30 Jahre alter Mann schwankt auf die zwei Frauen zu. Mit jedem Schritt gerät er mehr aus dem Gleichgewicht.

Martha: Um Himmels Willen, da ist ja mein Ehemann.

Der Ehemann stolpert ihnen entgegen und fällt ihnen bewusstlos in die Arme. Er ist schwer verletzt.

Dr. Times: Shit, wir müssen einen Krankenwagen rufen!

Martha: Was soll das denn sein? Und welche sonderbaren Wörter verwenden Sie?

Dr. Times: Ach nichts, das sagt man so, dort, wo ich herkomme. Entschuldigen Sie.

Martha: Na gut, wir müssen jetzt erstmal meinen Mann versorgen, ich bin das durch die anderen Aufstände leider schon gewohnt. Er will einfach nicht auf mich hören. Geben Sie mir ein paar Minuten.

Dr. Times: Natürlich, kann ich Ihnen irgendwie helfen?

Martha: Geben Sie mir einfach die Schale da drüben und den Verband daneben. Am liebsten wäre es mir ja, wenn er gar nicht mehr bei diesen Aufständen kämpfen würde und sich, wie wir Frauen auch, in Vereinen engagiert. Doch die Männer wollen einfach nicht akzeptieren, dass wir so auch etwas verändern können, ganz ohne Gewalt.

Dr. Times: Da stimme ich Ihnen voll zu.

Martha: Mal so ganz unter uns, setzten Sie sich auch für die Revolution ein?

Dr. Times: Ja, das tue ich, dort, wo ich herkomme, haben Frauen sogar das Wahlrecht.

Martha: Wie bitte? Das ist ja außerordentlich fortschrittlich. Genau für das kämpfen wir in unserem Verein. Aber es ist so schwer, wenn ich mich gleichzeitig um den Haushalt und die Kinder kümmern muss und dann auch noch alles hinter verschlossenen Türen passieren muss.

> *„… dort, wo ich herkomme, haben Frauen sogar das Wahlrecht.“*

Dr. Times: Kommen Sie denn dann überhaupt noch zum Arbeiten?

Martha: Arbeit? Sie sind ja lustig! Mein Mann verbietet mir die Arbeit aufgrund seines Rufes, man darf ihn nicht verdächtigen.

Doktor Times verspürt ein leichtes Kribbeln in ihrem Körper und weiß, dass es nun Zeit ist, zur Zeitmaschine zurückzukehren.

Dr. Times: Ich danke für Ihre Gastfreundschaft, aber ich muss mich jetzt leider wieder auf den Weg machen. Kämpfen Sie weiter für Gleichberechtigung, es wird sich auszahlen.

Dr. Times kehrt zu ihrer Zeitmaschine zurück und gibt ihre eigene Zeit als Zieljahr an. Die Maschine beginnt zu surren. Als Dr. Times die Augen wieder aufschlägt, sieht die Umgebung aber nicht nach ihrem Labor aus, in dem sie hätte landen sollen.

Dr. Times: Verdammt, nicht schon wieder. Ich muss mir wieder jemanden suchen, den ich fragen kann.

Sie macht sich erneut auf den Weg, um sich Hilfe zu suchen und begibt sich in Richtung mehrerer Häuser, die man in der Ferne sehen kann.

Minuten später taucht Dr. Times in das Getümmel eines Dorfes ein und sieht sich um, als ein freundlich aussehendes Mädchen auf sie zukommt.

Dorfmädchen: Was haben Sie denn da Sonderbares an?

Dr. Times: Ich komme von weit her, da trägt man das so. Würdest du mir einen Gefallen tun? Ich müsste wissen, in welchem Jahr wir uns befinden.

Dorfmädchen: Ähh, 1876. Sie sind wirklich seltsam, ich gehe jetzt lieber zu meiner Mutter.

Dr. Times: Bitte hab keine Angst. Dort, wo ich herkomme … äh … da rechnen wir die Zeit einfach anders.

Das Mädchen blinzelt sie trotzdem skeptisch an und rennt davon. Dr. Times setzt ihren Weg durch die Menge fort.

Frau aus dem Dorf: Entschuldigen Sie, wären Sie bereit, eine Petition zu unterschreiben? Wir Frauen wollen auch endlich studieren und andere Berufe ausüben als Lehrerin, zum Beispiel bei der Post oder der Bahn. Helfen Sie uns einen wichtigen Schritt zu machen?

Dr. Times: Aber natürlich helfe ich Ihnen. Ich brauche nur einen Stift.

Die Frau reicht ihr einen Stift und Dr. Times unterzeichnet unter vielen anderen Frauen, die sich ebenfalls für ihre Rechte stark machen.

Frau aus dem Dorf: Ich danke Ihnen vielmals. Wissen Sie, es ist echt schwer, Frauen wie Sie zu finden. Viele haben Angst, dass ihr Ehemann das rausfindet, schließlich dürfen wir uns ja nicht öffentlich an politischen Fragen beteiligen. Aber viele Frauen können allein nicht für sich sorgen und die, die durch den Krieg verwitwet sind, müssen jetzt um ihre Existenz bangen. Wir wollen das ändern, keine Frau sollte hungern, nur weil sie keinen Mann mehr hat.

Dr. Times: Sie sind eine bewundernswerte Frau, meine Liebe. Ich hoffe, Sie haben Erfolg bei dem was sie tun. Frauen sollten auch auf eigenen Beinen stehen können.

Frau aus dem Dorf: Wir gehen tatsächlich immer mehr Schritte in diese Richtung. Zum Beispiel gibt es ja die Frauenvereine, wo es zwar auch noch viel zu verbessern gilt, aber man muss die positiven Dinge betrachten. Und auch durch Kaiser Wilhelm haben wir neue Hoffnung geschöpft, wir warten immer noch auf Reformen, die uns zu Gute kommen.

Erneut spürt Dr. Times das Kribbeln und muss sich wieder auf den Weg machen.

Dr. Times: Leider muss ich jetzt los. Aber ich wünsche Ihnen den größtmöglichen Erfolg.

Frau aus dem Dorf: Oh ja, natürlich. Vielen Dank nochmal.

Dr. Times setzt sich in ihre Zeitmaschine und gibt erneut ihr Zieljahr ein. Sie hofft, dass es dieses Mal funktioniert. Und tatsächlich: Als sie die Augen aufschlägt, kann sie ihr Labor und die grinsenden Gesichter ihrer Kollegen erkennen.

Dr. Times: Ihr könnt euch nicht vorstellen, was ich erlebt habe …

Cara Behrendt und Luzie Schupp, Q2, Immanuel-Kant-Schule Rüsselsheim a. M.

Gegen die Erzfeinde unseres Geschlechts

Aus der Satzung des Frauenturnvereins in Frankfurt, 1848/49

§ 1

Die Zeit der Rache ist gekommen!

Im überwallenden Gefühl unserer angestammten Kraft ergreifen wir muthig die Waffen gegen die Erzfeinde unseres Geschlechtes. Unsere Wahlstatt ist der Turnplatz. Dort unter Gottes freiem Himmel, im Angesicht des Tages, entbieten wir offenen und ehrlichen Kampf der Trägheit, Verweichlichung und Entartung der Frauenwelt. Unsere Losung ist: Deutsches Frauen-, Menschenthum. Unfehlbar ist der Sieg: wir wollen, wir werden die verscherzte Kraft der Jugend uns wiedererobern, und mit dem Körper wird der Geist umschwingen!

§ 2

Die Mitglieder desselben verbinden sich

1.) wöchentlich zweimal zu turnen, und zwar ungeschnürt in linnener Turnkleidung.

2.) Auch außer dem Turnplatz allen und jeden körperlichen Zwang, als der freien Bewegung hinderlich und somit der Gesundheit schädlich, zu verwerfen und abzulegen. (…)

veröffentlicht in der Frauen-Zeitung der Frauenrechtlerin Louise Otto Nr. 28, 1849

6.000 Gulden für Freiheitskämpfer

Frauenverein „Humania“ sammelt Spenden

Mainz/Wiesbaden. Im Zuge der Revolution enstanden auch im Rhein-Main-Gebiet zahlreiche politische Vereine. Einige von ihnen wurden speziell von Frauen für Frauen gegründet. Als besonders erfolgreich erwies sich der von der Schriftstellerin Kathinka Zitz ins Leben gerufene „Humania — Verein für vaterländische Interessen“.

Im Mai 1849 in Mainz gegründet, schlossen sich ihm schon nach kurzer Zeit 1.647 Frauen an. Damit gehörte die „Humania“ zu den größten Frauenvereinen in ganz Deutschland. Wichtigstes Ziel des Klubs, der eng mit dem Mainzer Demokratischen Verein zusammenarbeitete, war das Sammeln von Spenden für inhaftierte Freiheitskämpfer und ihre Familien.

In fast zweieinhalb Jahren Vereinsleben gelang es den Mainzer Frauen, rund 6.000 Gulden zu sammeln und an Bedürftige weiterzugeben Zur Übergabe der Hilfen reiste Kathinka Zitz, Frau des radikaldemokratischen Paulskirchenabgeordneten Franz Heinrich Zitz, persönlich in die Pfalz, nach Baden, in die Schweiz und nach Straßburg. Darüber hinaus hielt sie Verbindung zu den Frauenvereinen „Concordia“ und „Germania“ in Mannheim sowie einem Frauenverein in Diez und war an der Gründung des Frauenvereins „Rhenania“ in Kastel beteiligt.

Unterstützung von Arbeiterinnen

Kathinka Zitz wurde 1801 in eine wohlhabende Mainzer Handelsfamilie hineingeboren. Ihre Schulzeit verbrachte sie in Pensionaten in Mainz und Straßburg, wo sie ihr Talent fürs Schreiben entdeckte. Bereits mit 16 Jahren veröffentlichte sie erste Artikel anonym in der Mainzer Zeitung. Später schrieb sie unter ihrem Mädchennamen Kathinka Halein auch Romane, Erzählungen und Gedichte. 1837 heirateten sie Franz Heinrich Zitz. Als dieser 1849 aus Deutschland fliehen musste, begleitete Kathinka ihn nicht. Beide sollen sich zeitlebens nicht mehr begegnet sein.

Doch nicht nur im linken politischen Spektrum bildeten sich Frauenvereine. Auch im bürgerlich-liberalen Milieu gab es entsprechende

Wikimedia Commons

Kathinka Zitz (1801–1877)

Aktivitäten, wenn auch mit deutlich anderer Zielrichtung. So wurde in Wiesbaden bereits am 11. April 1848 der „Verein der Frauen und Jungfrauen Wiesbadens zur Unterstützung der deutschen Industrie und einheimischen Gewerbe“ gegründet. 90 Frauen trugen sich bei der Gründungsversammlung in die Mitgliederliste ein. Sie verpflichteten sich dazu, „so viel als möglich für ihre Haushaltung und sonstigen Bedürfnisse vorzugsweise von deutschen und insbesondere einheimischen Erzeugnissen Gebrauch [zu] machen, und bei ihren Einkünften zunächst die hiesigen Geschäftsleute [zu] berücksichtigen“.

In einem eigenen Laden verkaufte der Wiesbadener Frauenverein einheimische Strickwaren. Außerdem organisierte er Wohltätigkeitskonzerte sowie Spendensammlungen für unbeschäftigte Arbeiterinnen und andere Bedürftige. Der Vorstand bestand aus Frauen des wohlhabenden und besitzenden Bürgertums. Vorsitzende war auch hier die Frau eines bekannten männlichen Politikers: Pauline Hergenhahn, Ehefrau August Hergenhahns, des nassauischen Ministerpräsidenten und Paulskirchenabgeordneten. *tw*

„Jeder Hinz und Kunz schimpft sich heute Schmied oder Schreiner!“

Ein Handwerker-Ehepaar plaudert aus dem Nähkästchen

Herzogtum Nassau, 1848. Bei all den Freiheiten, welche das denkwürdige Jahr 1848 und sein frischer Wind mit sich bringt, fällt bisweilen die eine oder andere Schattenseite des Fortschritts unter den Tisch. Hermann Orth ist Handwerker aus Tradition, Leidenschaft und Überzeugung. Schenkt man seiner Frau Elisabeth Glauben, ist er der „beste Wagner“ im ganzen Ort. Doch seit einiger Zeit laufen die Geschäfte vieler ländlicher Handwerker zusehends schlechter. Ausbleibende Aufträge, drohende Verarmung, Abwanderung in die Städte. Doch woran liegt das? Im Interview erzählt das Ehepaar Orth von seinen Nöten und Ängsten.

Herr Orth, als Meister Ihres Handwerks sind Sie im Besitz einer eigenen Wagnerei.
Hermann Orth: Ja, die Wagnerei hat mir mein Vater vererbt. Sie ist nun bereits in der vierten Generation im Besitz der Familie Orth. Die meisten Fuhrwerke, die Sie hier in den Dörfern sehen, stammen aus unserer Werkstatt.

Aber seit einiger Zeit ist Ihre Wagnerei hier im Umkreis nicht mehr alleine?
Hermann Orth: Ganz im Gegenteil. Lange Zeit besaßen wir die einzige Wagnerei in der Gegend. Seitdem 1815 die Gewerbefreiheit eingeführt und 1819 die Zünfte in Nassau aufgehoben worden sind, schießen allerorten neue Handwerksbetriebe aus dem Boden. Fortschritt nennt sich das. Mittlerweile kann ja nunmehr jeder ein Handwerk ausüben, wie er will. Er muss ja nicht einmal mehr Meister sein, so wie ich einer bin!

Bleiben da noch genug Aufträge für den Einzelnen?
Hermann Orth: Nein, natürlich nicht. Die Leute brauchen ja nicht mehr Fuhrwerke als zuvor. Und die anderen unterbieten sich gegenseitig mit den Preisen. Da spiele ich nicht mit, am Ende wollen die Leute noch, dass ich ihnen etwas bezahle, damit ich ihnen einen Wagen fertige! Seit einiger Zeit bin ich daher eher mit Reparaturarbeiten oder dem Fertigen anderer Ware beschäftigt. Werkzeugteile, Leitern, Heugabeln und solche Sachen. Brauchen Sie vielleicht einen Dreschflegel?
Elisabeth Orth: Hermann, jetzt lass doch den Mann von der Zeitung in Ruhe. Der braucht bestimmt keinen neuen Dreschflegel, gefertigt von einem Handwerksmeister. Oder etwa doch?

Nein, vielen Dank. Können Sie sich denn mit diesen Arbeiten über Wasser halten?
Hermann Orth: Mehr schlecht als Recht. Als stolzer Handwerksmeister lebt man in diesen Zeiten von der Hand in den Mund, besonders nach der Hungersnot im vergangenen Jahr. Aber das geht ja nicht nur mir so. In anderen Handwerken ist es dasselbe. Und seitdem die Zünfte abgeschafft sind, ist das alles für uns noch besorgniserregender geworden.

Inwiefern?
Hermann Orth: Jeder Hinz und Kunz schimpft sich heute Schmied, Stellmacher oder Schreiner! Und nun, wo die Zünfte nicht mehr sind? Wer sorgt für all die guten Handwerker in schlechten Zeiten? Wer fängt uns nun auf, wenn wir schwer erkranken? Wer sorgt nun im Falle unseres Todes für unsere Familien? Keiner!

Viele ländliche Handwerker sind von der Verarmung bedroht und verdingen sich in den Städten als Arbeiter. Manche wandern gar nach Amerika aus. Kommt das für Sie in Frage?
Hermann Orth: Viele Leute versuchen ihr Glück in der „Neuen Welt“, die Müllers von nebenan, die sind letztes Jahr nach Amerika gegangen mit Sack und Pack. Das kommt für mich nicht in Frage, da müsste ich ja meine geliebte Werkstatt aufgeben. Aber wenn es nach meiner Frau ginge, wären wir schon längst in die Stadt gegangen. Gell, Elisabeth?
Elisabeth Orth: Ich sage meinem Mann seit Jahr und Tag, dass wir in die große Stadt, nach Frankfurt gehen sollten. Dort findet mein Hermann bestimmt Arbeit, er ist ja schließlich ein Meister seines Handwerks. Und außerdem macht Stadtluft ja bekanntlich frei!

Freiheit spielt dieser Tage ja in Frankfurt eine besondere Rolle. Sind diese Vorgänge denn auch in ländlicheren Gefilden spürbar?
Hermann Orth: Ja, von Freiheiten sprechen die Leute dieser Tage viel, von Pressefreiheit und solchen Dingen. Damit war es ja nicht weit her. Und die Nachrichten kommen ja heutzutage Schlag auf Schlag. Wenn in Frankfurt etwas passiert, dann weiß das ja hier binnen weniger Tage jeder. Als es da in Frankreich wieder unruhig geworden ist im Februar, da hat sich das ja in den deutschen Landen verbreitet wie ein Lauffeuer. In Mannheim sind sie schon drei Tage später in Scharen auf die Straße gegangen.
Elisabeth Orth: Man muss geradezu aufpassen — in den Städten wimmelt es wohl nur so vor Menschenansammlungen. Meine Kusine hat mir aus Frankfurt geschrieben, dass man beinahe bei jedem zweiten Schritt auf eines dieser hochpolitischen Flugblätter tritt.
Hermann Orth: Und ehe man sich's versieht, findet man sich mitten in einem Aufstand wild gewordener Bürger wieder. In Berlin und Wien, so hört man, hat es deshalb ja schon kräftig geknallt. Nein, nein, nach Frankfurt zieht's mich dieser Tage wirklich nicht.

Aller Widerstände zum Trotz tagt nun die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. Wie blicken Sie denn auf das erste gesamtdeutsche Parlament?
Hermann Orth: Von dem, was man so hört, wird da ja viel geredet in diesem „Professorenparlament“. Über Verfassungen, über Einheit und Gleichheit und solcherlei Dinge. Ein einiges Deutschland will man aufbauen. Aber von diesen feinen Herren hat ja kaum einer jemals einen Hammer in der Hand gehalten. Was wollen die denn aufbauen? Nicht einmal eine Handvoll Handwerker sitzen da wohl drin. Und kein Bauer und kein Arbeiter.
Elisabeth Orth: Und auch keine Frauen. Frauen sind nur als Zuschauerinnen in der Paulskirche geduldet. Und wählen durften wir auch nicht. Dabei hat mir meine Kusine berichtet, dass so viele Frauen mit auf der Straße gewesen sind. Davon liest man in den Zeitungen natürlich nichts.

Was wünschen Sie sich von der Nationalversammlung?
Hermann Orth: Ach, was soll sich unsereins wünschen? Eine warme Stube, ein voller Magen und ein Dach über dem Kopf. Das wäre schön.
Elisabeth Orth: Und falls einer der Herren im Parlament ein neues Fuhrwerk braucht, so bekommt er nirgends ein besseres als bei Hermann Orth, dem besten Wagner im ganzen Ort.

Das Interview führte Alexander Maser, Freilichtmuseum Hessenpark

Freilichtmuseum Hessenpark

Elisabeth und Hermann Orth führen als Handwerker-Ehepaar durch den Hessenpark.

Kampf gegen das „Lehnsunwesen“

Bauern werden durch Reformgesetze entlastet

Die heutigen Frankfurter Stadtteile Rödelheim, Nieder-Eschbach und je zur Hälfte Niederursel und Praunheim zählten 1848 zum Großherzogtum Hessen. Dort erhielt die Agrarreform im Revolutionsjahr ihren entscheidenden Schub.

Hessen-Darmstadt. Die Rödelheimer erhoben Forderungen gegen den Solmser Grafen, der Grundherr von sechs Hofreiten war und zwei Drittel des kleinen Zehnten, Teile des Gerichts, Anteile am Fischwasser auf der Nidda sowie an der Schäferei besaß. Sie richteten eine Sturmpetition an die Hessische Zweite Kammer, in der sie einen Katalog von Freiheiten und Befreiungen verlangten. Im Auftrag des Großherzogs bewilligte Minister Heinrich von Gagern, der spätere Präsident des ersten deutschen Gesamtparlaments in der Frankfurter Paulskirche, alle Forderungen. Vertraglich sicherte der Solmser Graf zu, alle Abgaben der Gemeinde durch eine Ablösesumme zu streichen.

Adel wird entschädigt

In einer Petitionsbewegung wurden 1848/49 deutschlandweit insgesamt 25.000 bis 30.000 Eingaben aus den Bundesstaaten an die Frankfurter Paulskirchenversammlung eingereicht. Sie richteten sich dagegen, dass die mit dem „Lehnsunwesen“ verbundenen „gutsherrlichen Rechte und Befugnisse, bauliche und Pflichten jeder Art“, auch Frondienste, immer noch nicht alle aufgehoben waren. Auch darüber verhandelte die Frankfurter Paulskirche am 3. Oktober 1848. Zwischen Juni und September 1848 waren die Grundrechte des Deutschen Volkes mit großer Heftigkeit diskutiert worden. Die Darmstädter wie die Kasseler Regierung entsandten Truppen in die Unruhezonen. Unter dem Druck der Proteste vor allem aus der Landbevölkerung konnten im Großherzogtum Hessen-Darmstadt noch 1848 wichtige Reformgesetze durchgesetzt werden. Sie bestimmten, dass alle Lehns- und Erbpachtverhältnisse sowie die noch bestehenden Vorrechte der Standesherren aufgehoben und der Erwerb der Leihegüter durch Bauern eingeleitet wurden. Eine über das 18-fache des Jahresbetrags hinausgehende Ablösungssumme konnte gemindert werden.
Mit dieser Regelung sollten die „Missverständnisse“ ausgeräumt werden, die durch die Weigerung der Standesherren entstanden waren, sich dem Ablösungsgesetz von 1836 zu unterwerfen. Allerdings bildete der „Reaktionsbeschluss“ des restituierten Bundestags vom 23. August 1851 die Grundlage für standesrechtliche Restitutionsforderungen. Wo der Adel durch Ablösungsverluste in seinem Rechtsempfinden verletzt erschien, erhielt er nachträglich eine Entschädigung aus der Staatskasse. Diesen Weg beschritten Hessen-Darmstadt und Württemberg. Auch in Nassau und Bayern trug die Staatskasse und damit der Steuerzahler die Differenz zwischen Ablösebetrag und Entschädigung. Ohne den Ausgleich durch den Staat wäre die Aufhebung der standesherrlichen Vorrechte nicht möglich gewesen.

Dr. Dagmar Wendler, Kulturverein Harheim e. V. (aus: Bauernbefreiung und Eigentumsentwicklung am Beispiel Frankfurt ..., im Selbstverlag 2020)

Postkarte / Text: Lars Schlaghof, Stadtarchiv Rüsselsheim a. M.

REVOLUZZER!

Dieser, von mir neu erfundene Cichorien-Kaffee hilft Ihnen nicht nur Geld zu sparen, sondern stellt auch sicher, dass Sie die Revolution nicht verschlafen.

Der Revolutions-Kaffee nur ächt von Friedrich Engelhardt, Rüsselsheim am Main

Um vor Täuschungen zu bewahren, bitte ich höflichst genau auf meine Unterschrift und Schutzmarken zu achten.

Melibatte Schwenzberg

Gutshaus Engelbach mit Küchenanbau links im Freilichtmuseum Hessenpark

Ein Kochbuch schreibt Geschichte

Aus der Zeit zwischen etwa 1849 und 1945 stammen drei handschriftliche Rezeptbücher, welche von Nachkommen des kurhessischen Staatsministers Friedrich Heinrich Ernst Leopold Scheffer dem Freilichtmuseum Hessenpark in Neu-Anspach übergeben wurden. Darunter auch das Kochbuch der Marianne (Minna) Scheffer.

Minna lebte ab den Revolutionsjahren 1848/49 mit ihrem Mann auf dem Hofgut Engelbach in Niederaula-Solms im heutigen Kreis Hersfeld-Rotenburg. Es wurde 1983 am Originalstandort abgebaut und ab 1992 im Freilichtmuseum Hessenpark wiedererrichtet. Das Gut wurde ursprünglich 1849 von Friedrich Scheffer (1800–1879) erworben, nachdem er beim Ausbruch der Revolution 1848 als damaliger kurhessischer Innenminister die Stadt Kassel verlassen musste. 1850 kehrte Friedrich Scheffer an die Spitze des Ministeriums zurück, ehe er 1859 aus dem Staatsdienst endgültig ausschied.
Fortan widmete er sich bis zu seinem Tode der Gestaltung seines Gutshofes und plante diesen nach seinen Vorstellungen mit Obstplantagen und einem weiträumigen Park im Stile der Zeit. Zum Hofgut gehörten neben dem Wohnhaus, ein Küchenanbau, ein Backhaus, ein Gebäude für die Bediensteten, einige Stallungen, eine Kapelle und ein Friedhof. Seine Frau Marianne Scheffer, geborene Wigand (1804–1880), die Tochter des Hofgerichtsrats Wigand aus Korbach, heiratete Friedrich Scheffer am 16. Oktober 1828 in Treysa. Sie kam nach der Flucht aus Kassel 1848 mit ihrem Mann auf das Hofgut Engelbach, auf dem sie schließlich im Jahre 1880 verstarb.

Was vor 175 Jahren auf den Tisch kam

Ihr mit feiner Feder geführtes Rezeptbuch zeugt vom Wohlstand der Familie, aber auch davon, was die Stallungen und Gärten des Anwesens an frischen Zutaten, an Fleisch, Gemüse und Obst zur Verfügung stellten. Auf über 99 Seiten werden viele, meist pikante Gerichte aufgeführt: von feinem Ragout über verschiedene Mayonnaisen, Pasteten, diverse Suppen, Nudelrezepte und Klöße bis hin zu Fleischgerichten, Kümmel- und Käsestangen, Speckkuchen, Kartoffelpfannkuchen sowie unterschiedliche Brotaufstriche wie dem Kochkäse oder Liptauer Käse.

Im Laufe umfangreicher Umbau- und Sanierungsarbeiten hatte Friedrich Scheffer um 1850 einen Anbau geplant, der in erster Linie die Küche des Herrenhauses beherbergte. Die Küche lag außerhalb des eigentlichen Gutshauses, um etwaige Küchengerüche aus dem Herrenhaus fern zu halten. Im Freilichtmuseum wurde dieser Anbau rekonstruiert. Im Innern befindet sich heutzutage keine Küche, doch an den vielen Herden des Museums werden alte Gerichte, auch aus Marianne Scheffers Kochbuch, nachgekocht.

Iris von Stephanitz, Freilichtmuseum Hessenpark

Rezept

Sahneschnee mit Pfirsichen

Aus der handschriftlichen Rezeptsammlung der Familie Scheffer

Zutaten:
12 reife Pfirsiche
187 g Zucker
500 ml Sahne

Pfirsiche schälen, halbieren und entkernen. Durch ein Sieb passieren und das Mark in eine Schüssel füllen. Den Zucker in das Pfirsich-Mark einrühren. Die Sahne steif schlagen und unter die Pfirsichmischung geben. Kalt servieren.

Papierkorb-Fund in Großauheim

Briefentwurf des Bürgermeisters Kronenberger an den Kurfürsten, Herbst 1848

Hochwohlgeborene königliche Hoheit,

... bla bla ... alleruntertänigst ... bla.... ergebenster Diener, seit acht Jahren gewählter Bürgermeister Ihres gehorsamen Fleckens Großauheim, der jetzo 1400 Seelen mit brave aber sehr hungrigen Mäulern zählet. Seit dem gottlosen Jahr ohne Sommer 1816 klagen wir über ~~dürre~~ Dürren und schlimme Überschwemmungen, dann die verheerenden Heuausfälle 1842 und die vernichtende Karoffelpest ~~fäule~~ dieses Jahr. ~~Es geht uns allen einfach Scheiße.~~, Auf Ihro Rat hin werden sogar die Brachenflächen bearbeitet, womit sich das Feld nicht erholen kann und magere Ernte gibt. Der Boden reicht nicht für so viele. Wir brauchen Manufakturen. Neben dem Acker und dem Handwerk schuften auch die kleinsten Bälger und alle dünnen Weibsbilder in Heimarbeit in Zigarren, Seiden- und Silberindustrie. So kommen aufgebrachte und verbitterte Zeitungsartikel von der Fuchsschen Gaststätte aus Hanau herüber. Da erfahren wir, dass im revolutionären Frankreich kein Schmuck mehr getragen wird, deshalb falliert die Hanauer Industrie und wir hungern aus diesem Grund. Gleichzeitig baut der junge ~~aufgeblasene~~ Erbprinz Wilhelm in Hanau einen pompösen Bahnhof für die Frankfurter ~~Lackaffen~~, statt uns dringend das Geld zu geben.

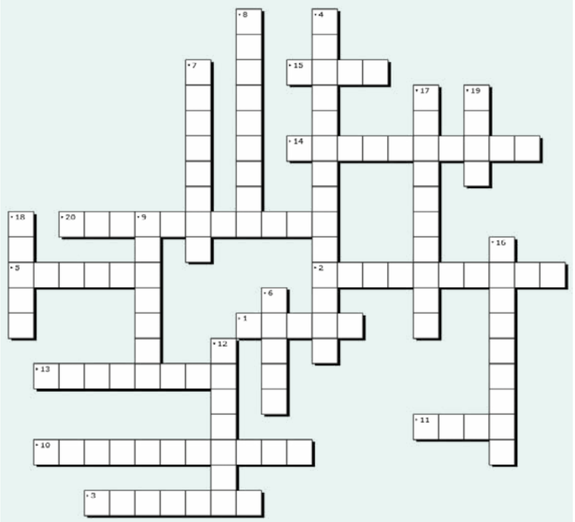
Dabei brauchten wir auch das Geld und Gut dringendst für einen neuen 4. Lehrer, damit die mehr als 200 Kinder nicht genauso ~~bekloppt~~ hilflos werden wie ihre Eltern. Wir brauchten ein neues dichtes Rathausdach, Ausrüstung für die Feuerwehr, der Friedhof muss erweitert werden bei den vielen Toten und Raum und Geld für die Bürgergarde mit ihren Schleich- und Blaswächtern, deren Spieße und ihre Uniformen. ~~Denn das Volk hat die Schnauze wirklich voll.~~ Sogar hier im Dorf gründen sich Vereine. Gottseidank keine rebellischen Turner wie in Hanau ... aber es hat sich nun auch hier ein Gesangverein Concordia gegründet und die singen weissgott nicht nur brave Sommerliedchen, sondern mit besonderer Freude „Oh hängt ihn auf!“ und „Gedanken sind frei“.
Hier wetzt sich keiner wegen Freiheit den Schnabel, aber wir haben Hunger und Not. Was nutzt unserem kleinen Dorf ein Wahlgesetz, nach dem nur „alle volljährigen selbstständigen“ Männer wählen dürfen und alle, die in Lohn und Kost stehen, ausgeschlossen sind? Alle Gesellen, Arbeiter, Knechte, Dienstboten, Gehilfen in Handel werden genauso mundtot gemacht wie die Frauenzimmer. Die Männer in der Industrie revolutioonieren und stellen empörte Forderungen: wollen nur noch 13 Stunden am Tag arbeiten. Die aufgehetzten ~~Hannebambel~~ Großauheimer haben Scheiben eingeworfen, und ich will gar nicht wissen, ob sie die „Allgemeine Arbeiterzeitung“ gelesen hatten beim Barbier statt die Bibel zu hören.

Bei Ihnen, durchlauchtisten Kurfürsten haben wir einen Vorrat an Früchten, Korn und Kartoffeln beantragt, aber da gab es nur ein goldenes Niksi und ein silbernes Warteweilche. Im Gegenteil, es hat uns Reisekosten von 12 fl 15kr gekostet um in Bonamäs Korn zu kaufen. Helft uns doch!!!! Im letzten Jahr waren von den 49 Gestorbenen mehr als die Hälfte kleine Kinderchen unter 2 Jahre! Und nur 14 Leichen waren über 50 Jahre. Die Leute haben ein kurzes und zorniges Leben voller Entbehrung und hin und her Geschubse ohne Ruhe.

Idee und Text: Dr. Sabine Laber-Szillat, HGV Großauheim e. V.

Kreuzworträtsel

1. Ausgangsort der Revolution 1848
2. Nassauer liberaler Politiker
3. Führte einen politischen Salon in Frankfurt
4. Eine der Märzerrungenschaften
5. Fraktion im Paulskirchenparlament
6. Gründungsort des Turnerbundes
7. Austragungsort großer Turner-Feste
8. Bildhafte Satire
9. Herausgeber der „Latern"
10. Tatwaffe der Henriette Strobel
11. Eine der seit 1848 offiziellen Bundesfarben
12. Waren in Aschaffenburg an Protesten beteiligt
13. Protestform, nicht nur im Spessart
14. Gegenstand vieler Beratungen in der Paulskirche
15. So viele Forderungen stellten die Nassauer an den Herzog
16. Wo residierte Großherzog Ludwig III?
17. Sein Glück in der „Neuen Welt" suchen
18. Paulskirchen-Abgeordneter der Freien Stadt Frankfurt
19. Wer wurde im November 1849 erschossen?
20. Was lehnte der preußische König 1849 ab?



Magdalena Zeller, erstellt mit XWords

Im Namen der Straße

Wie an die Revolutionäre von 1848 erinnern?
Das Beispiel Ferdinand Freiligrath

Im Rheingau gibt es am Tor zum UNESCO-Welterbe „Oberes Mittelrheintal“ einen Wanderweg, der „Von der Poesie zum Genuss“ verspricht. Er trägt den Namen von Ferdinand Freiligrath, einem romantischen Dichter, der in Assmannshausen sein Herz für Einheit und Freiheit in Deutschland entdeckte. Im Mai 1844 verfasste er im dortigen Gasthaus „Zur Krone“ sein politisches „Glaubensbekenntnis“, das ihn als Zeitgenossen von Emanuel Geibel und Hoffmann von Fallersleben zum „Trompeter der Revolution“ machte.

Ferdinand Freiligrath (1810–1876) begleitet mit seinen Gedichten die revolutionären Bewegungen im „Vormärz“. Sein Text „Trotz alledem“ ist ein bis heute vielfach rezipiertes Dokument der gescheiterten Revolution von 1848: „Das war 'ne heiße Märzenzeit, trotz Regen, Schnee und alledem! Nun aber, da es Blüten schneit, nun ist es kalt, trotz alledem!“

In jener Zeit, in der sich das Volk gegen die Restauration und für die Erneuerung gesellschaftlicher Verhältnisse zusammenschloss, nutzt Freiligrath als Vorlage für seine Verse ein altes Werk eines schottischen Dichters, trifft damit die deutsche Stimmungslage und wird zu einem der populärsten Poeten. Nach den gescheiterten Barrikadenkämpfen und der wenig nachhaltigen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, scheint die Idee von einer besseren Welt ausgeträumt zu sein. Trotz alledem der gerade erfahrenen Widrigkeiten spricht Freiligrath sich und seinen Genossen weiterhin Mut zu. Auch deshalb veröffentlicht Karl Marx das Gedicht in der von ihm herausgegebenen „Rheinischen Zeitung“.

Trotz alledem: Wir sind das Volk, die Menschheit wir!

In der siebten und letzten Strophe wird im Duktus der erfolgreichen französischen Revolution postuliert, dass die „Bourgeoisie“ trotz aller Repressionsmaßnahmen die demokratisch Gesinnten auf Dauer nicht bezwingen kann: „Wir sind das Volk, die Menschheit wir!“ Und voller Zuversicht wird bekräftigt „unser die Welt“.

Ferdinand Freiligraths Gedicht erfuhr im Laufe der Zeit mehrere Umdichtungen, unter anderem von Hannes Wader und Wolf Biermann. In den 1970er Jahren stellten sie anstelle der historischen Bezüge die aktuellen politischen Themen in den Vordergrund. Im Herbst 1989 war „Wir sind das Volk“ bekanntlich eine der politischen Parolen auf den Massendemonstrationen. Sie erreichten von Leipzig aus die ganze DDR und führten zur „Friedlichen Revolution“ sowie zum Fall der Mauer.

Freiligrath war immerzu unterwegs und wegen seines politischen Engagements oft auch auf der Flucht. Schon die Kaufmannslehre brachte ihn nach Amsterdam, er lebte in Brüssel, war in London Direktor der Schweizer Generalbank und am Rhein reimte er: „Zu Aßmannshausen in der Kron, wo mancher Durst'ge schon gezecht, da macht' ich gegen eine Kron, dies Büchlein für den Druck zurecht.“ Seine Sammlung politischer Gedichte „Ein Glaubensbekenntnis“ erschien im benachbarten Mainz als Buch. Wegen „Aufreizung zu hochverrätherischen Unternehmungen“ wurde Freiligrath in Haft genommen. Der Prozess in Düsseldorf endete mit einem Freispruch durch die Geschworenen und einem Festzug der Bevölkerung.

Wolfgang Schneider

Bereits nach der gescheiterten Revolution flachte des Kommunisten Leidenschaft für Klassenkämpfe ab. In seinem Spätwerk schloss er sich der nationalen Begeisterungswelle an und begrüßte mit patriotischen Gedichten wie „Hurra, Germania!“ den Krieg gegen Frankreich und die Reichsgründung von 1871. Trotzdem oder eben wegen dieser Bandbreite seiner Rezeption vom Revolutionär bis zum Reaktionär währte sein Ruhm bis weit ins 20. Jahrhundert. Straßen und Plätze und sogar Schulen wurden nach ihm benannt. Eine Ehre, die nicht allen Aktiven der Revolution von 1848/49 zuteilwurde. Immerhin wird der Ermordeten des Paulskirchenparlaments Felix von Lichnowsky, Hans von Auerswald und Robert Blum im Stadtbild von Frankfurt gedacht. Freiligrath-Straßen gibt es aber eben auch jenseits der Mainmetropole, beispielsweise in Bad Soden, Bischofsheim, Darmstadt, Mainz, Neu-Isenburg, Oberursel, Pfungstadt und Rüsselsheim.

Straßennamen als politische Kommunikation

Straßennamen erzählen vom Leben. Sie sind auch Zeugen der Zeit. Doch die Namen sprechen nicht nur von den Erfolgen ihrer jeweiligen Epoche. Sie spiegeln auch die Widersprüche und Wirrungen der Gesellschaft wider. Mehr als eine Million Straßen und Plätze gibt es in Deutschland. Manche Straßennamen gibt es hundertfach, einige nur ein einziges Mal. Keiner dieser Namen ist von Verwaltung und Politik in der Kommune zufällig gewählt. An jedem einzelnen lässt sich ablesen, wie sich Leben und Denken der Menschen über die Jahrhunderte verändert hat. Ende des 18. Jahrhunderts erkennen die französischen Revolutionäre, dass Straßennamen der politischen Kommunikation dienen können. Seither nutzen die Mächtigen sie auch als Mittel ihrer jeweiligen Propaganda. Das zeigt sich besonders im Straßenbild des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus.

Umso wichtiger erscheint es, dass die Heimat- und Stadtgeschichte sich allerorten „im Namen der Straße“ mit den Persönlichkeiten beschäftigt und die historischen Kontexte aufzeigt. Das betrifft ebenso die individuellen Biografien wie auch die politischen Entscheidungen dahinter. Leider fehlen ganz oft die Info-Tafeln an den Straßenschildern, die dem kulturellen Gedächtnis der Namensgeber dienen, es fehlen QR-Codes, die Interesse wecken könnten. Möge uns der „Geist der Freiheit“ wie er zum 175-jährigen Jubiläum der Nationalversammlung derzeit dankenswerterweise beschworen wird, daran erinnern, dass Erinnerung ein permanenter Prozess bleibt, der gepflegt werden will.

Prof. em. Dr. Wolfgang Schneider, Bischofsheim

„Women, Life, Freedom!“

Die iranische Frauenbewegung und ihre Rolle in den aktuellen Protesten

Der gewaltsame Tod von Mahsa Amini im Polizeigewahrsam im September 2022 hat im Iran zu Protesten geführt. Anders als bei früheren Protestbewegungen stehen diesmal Frauen im Zentrum des Geschehens und rufen den Slogan „Frau, Leben, Freiheit" aus. Mutige Frauen verbrennen ihre Kopftücher als symbolischen Akt des Widerstands gegen die Unterdrückung. Sie werden dabei von Männern unterstützt.

Seit der Revolution von 1979 kämpfen Frauen im Iran gegen Unterdrückung und Diskriminierung. In der aktuellen Protestbewegung spielen sie jedoch eine entscheidende Rolle und haben die Seitenlinie verlassen. Das patriarchalische Islamische Regime hat in den letzten 44 Jahren alle erdenklichen Mittel eingesetzt, um Frauen zu unterdrücken. Die Einführung der Pflicht-Hijabs war dabei der wichtigste Trick, um Frauen zu entwaffnen. Diese Pflicht beginnt sogar in der Schulzeit, wenn die Mädchen erst sieben Jahre alt sind.

Nach den jüngsten Protesten füllen Sicherheitskräfte erneut die Straßen und die Regierung versucht, Frauen durch Methoden wie sexuelle Übergriffe oder Bedrohungen auf der Straße zu verängstigen und aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben. Die Regierung hat Anfang 2023 sogar Schülerinnen systematisch vergiftet, um die Schulumgebung unsicher zu machen. Trotz all dieser Gefahren und Bedrohungen kehren die Frauen nicht nach Hause zurück, sondern bleiben auf der Straße und zeigen ihre Haare als Symbol des Widerstands gegen die Diktatur. Die Entschlossenheit und der Mut der Frauen treiben diese Bewegung an. Es ist an der Zeit, dass die Welt auf ihre Stimmen hört und sie unterstützt, um den Wandel zu erreichen, den sie so dringend brauchen. Wir sehen nun das echte Bild von iranischen Frauen und ihre wichtige Rolle in der aktuellen Protestbewegung.

S. E., Hanau

Picture Alliance

Frauen in Teheran verbrennen Ende September 2022 ihre Kopftücher.

Impressum

KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH
„Geist der Freiheit — Freiheit des Geistes“
Poststraße 16
60329 Frankfurt a. M.
Tel. 069 2577–1700
info@krfrm.de, www.krfrm.de
#geistderfreiheit

Redaktion: Magdalena Zeller (Projektleitung), Torsten Weigelt
Gestaltung: Claudia Leffringhausen, Frankfurt a. M.
Druck: Kuthal Print GmbH & Co. KG, Mainaschaff
100% Recycling-Papier, Auflage: 13.000

© KulturRegion FrankfurtRheinMain, Mai 2023

Mitwirkende

Anna-Schmidt-Schule Frankfurt a. M. / BüchnerHaus Riedstadt-Goddelau / Deutscher Turner-Bund e. V., Frankfurt a. M. / Fachbereich Kultur des Hochtaunuskreises / Fachbereich Kultur, Stadtidentität und Internationale Beziehungen der Stadt Hanau / Fotoclub Darmstadt e. V. / Freilichtmuseum Hessenpark GmbH / Haus der Stadtgeschichte, Offenbach a. M. / Heimat- und Geschichtsverein Alzenau e. V. / Heimat- und Geschichtsverein Bischofsheim e. V. / Heimat- und Geschichtsverein Großauheim 1929 e. V. / Heimat- und Geschichtsverein Hainburg e. V. / Heimat- und Geschichtsverein Klein-Auheim e. V. / Hessisches Staatsarchiv Darmstadt / Historisches Museum Frankfurt a. M. (HMF) / Immanuel-Kant-Schule Rüsselsheim a. M. / Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a. M. (ISG) / Internationale Wochen gegen Rassismus, Hanau / Jüdische Gemeinde Wiesbaden / Klingspor Museum Offenbach a. M. / Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen / Kulturamt Stadt Michelstadt / Kulturforum Hattersheim e. V. / Luise Büchner-Gesellschaft e. V., Darmstadt / Museum Schloss Fechenbach, Dieburg / Museum Stadt Eschborn / Museumsgesellschaft Kronberg e. V. / Museumsverein Kelkheim e. V. / Nassauischer Verein für Naturkunde e. V., Wiesbaden / Niddaer Heimatmuseum e. V. / Projekt Jüdisches Leben in Frankfurt e. V. / Stadt Bad Orb / Stadt- und Burgmuseum Eppstein / Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg / Stadtarchiv Bad Homburg v. d. H. / Stadtarchiv Büdingen / Stadtarchiv Friedberg (Hessen) / Stadtarchiv Hattersheim a. M. / Stadtarchiv Idstein / Stadtarchiv Rüsselsheim a. M. / Stadtarchiv und Museum der Stadt Butzbach / Stoltze-Museum der Frankfurter Sparkasse / Struwwelpeter Museum, Frankfurt a. M.

sowie alle genannten Autor*innen, Fotograf*innen und Bildgeber

Unterstützt durch:

HESSEN Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
175 JAHRE REVOLUTION 1848/49
Regionalverband FrankfurtRheinMain
175 JAHRE Deutsche Nationalversammlung Paulskirche Frankfurt